



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10.Wahlperiode: 1979/80

27.03.1980 - Plenarprotokoll - 11. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

11. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. März 1980

Inhalt

Bleibelastung

Antrag der Gruppe der BGL
vom 12. März 1980
(Drucksache 10/125)

Gesundheitsgefährdung durch hohe Bleikonzentration in der Luft Bremerhavens

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 11. März 1980
(Drucksache 10/116)

Bleiuntersuchungen im Land Bremen

Antrag der Fraktion der SPD
vom 20. März 1980
(Drucksache 10/126)

Bleiuntersuchungen im Land Bremen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 26. März 1980
(Drucksache 10/145)

— Fortsetzung der Aussprache —

Senator für Gesundheit und Umweltschutz	
Brückner	723
Abg. Dinné (BGL)	726
Abg. Töpfer (SPD)	728
Abg. Schröder (FDP)	730
Abg. Werner Fischer (CDU)	730
Abg. Dinné (BGL)	731
Abg. Neujahr (FDP)	732
Senator für Gesundheit und Umweltschutz	
Brückner	732
Abstimmung	734

Strukturprogramm Küste

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 6. März 1980
(Drucksache 10/111) 734

Ergebnisse der Gutachten über die Industrieansiedlung auf der Luneplate/Luneort

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 6. März 1980
(Drucksache 10/113) 734

Privatisierung der Naßbaggerei auf den Bundeswasserstraßen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 6. März 1980
(Drucksache 10/112)

Privatisierung der Naßbaggerei auf den Bundeswasserstraßen

Antrag der Fraktion der SPD	
vom 26. März 1980	
(Drucksache 10/139)	
Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr	
Brinkmann	735
Abg. Töpfer (SPD)	737
Abg. Gassdorf (CDU)	739
Abg. Ostendorff (FDP)	742
Abg. Dinné (BGL)	743
Abstimmung	743

Werftenkonzept des Senats

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 11. März 1980
(Drucksache 10/115) 744

Aufsichtsräte staatlicher und kommunaler Eigen- und Beteiligungsgesellschaften

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 11. März 1980
(Drucksache 10/123) 744

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 6 vom 18. Februar 1980

(Drucksache 10/100) 744

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7 vom 3. März 1980

(Drucksache 10/109) 744

Wahl von drei Mitgliedern und deren Vertretern für den Gemeinsamen Planungsrat der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen

Abg. Dinné (BGL) 744
Abg. Jäger (FDP) 744
Abg. Wedemeier (SPD) 745
Abstimmung 746

Ablehnung öffentlicher Hilfen des Landes Bremen für das SPD-eigene Unternehmen Verlag und Druckerei J. H. Schmalfeldt & Co.

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der CDU
vom 25. März 1980
(Drucksache 10/130)

D a z u

Senatsvorlage betreffend Sanierungskonzept Schmalfeldt

Antrag (EntschlieÙung) der Gruppe der BGL
vom 27. März 1980
(Drucksache 10/146)

Unternehmenshilfe für ein Bremer Druckhaus

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der SPD
vom 27. März 1980
(Drucksache 10/147)

D a z u

Änderungsantrag der Gruppe der BGL vom 27. März 1980

(Drucksache 10/149)

Abg. Klein (CDU) 746
Senatsdirektor Dr. Hennemann 748
Abg. Adamietz (BGL) 751
Abg. Kunick (SPD) 754
Abg. Lahmann (FDP) 756
Abg. Wedemeier (SPD) zur Geschäftsordnung . 759
Abg. Lahmann (FDP) zur Geschäftsordnung . 761
Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung . 761
Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen . 763
Abg. Ostendorff (FDP) zur Geschäftsordnung . 763
Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung . 763
Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung . 763
Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung . 764
Abg. Kunick (SPD) zur Geschäftsordnung . 764
Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung . 764
Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen . 765
Abg. Klein (CDU) 766
Abg. Adamietz (BGL) 769
Abg. Kunick (SPD) 772
Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung . 773
Abg. Lahmann (FDP) 773
Abg. Marianne Hänecke (CDU) 775
Abg. Wedemeier (SPD) 776
Abg. Adamietz (BGL) 776
Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung . 779
Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen . 781
Abg. Marianne Hänecke (CDU) zu einer Erklärung nach § 42 der Geschäftsordnung 781
Abstimmung 783

Wahl von neun Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern eines nichtständigen Ausschusses „Hochschulreform“

Abg. Adamietz (BGL) 783
Abstimmung 784

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Schmidt, Schröter.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Ehlers

Schriftführer Ravens

Bürgermeister **Thape** (SPD), Senator für Finanzen

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr **Brinkmann** (SPD)

Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Brückner** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Meyer** (SPD)

Senatsdirektor **Dr. Euler** (Senator für Gesundheit und Umweltschutz)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Kulenkampff** (Senator für das Bauwesen)

Oberregierungsrat **Piorkowski** (Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr)

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.17 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 11. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse der Landespolizeischule Bremen, zwei Klassen des Schulzentrums Carl-Goerdeler-Straße, eine Klasse der Schule Dudweiler Straße, eine Klasse des Schulzentrums Alwin-Lonke-Straße und eine Klasse der Bundeswehrfachschule Bremen.

Ich begrüße die Zuhörer recht herzlich.

(Beifall)

Eingänge liegen nicht vor.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Wir setzen die Beratung über den Tagesordnungspunkt 11 fort.

Bleibelastung

Antrag der Gruppe der BGL
vom 12. März 1980
(Drucksache 10/125)

Wir verbinden hiermit:

(B) **Gesundheitsgefährdung durch hohe Bleikonzentration in der Luft Bremerhavens**

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 11. März 1980
(Drucksache 10/116)

s o w i e

Bleiuntersuchungen im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der SPD
vom 20. März 1980
(Drucksache 10/126)

Bleiuntersuchungen im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 26. März 1980
(Drucksache 10/145)

— Fortsetzung der Aussprache —

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in der gestrigen Sitzung die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU entgegengenommen und ist in die gemeinsame Aussprache über die Tagesordnungspunkte eingetreten.

Während dieser Aussprache haben die Fraktion der SPD und die Gruppe der Bremer Grünen Liste Ergänzungen zum ursprünglich unter der Drucksachen-Nummer 10/141 eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion der FDP geäußert. Diese Ände-

(C) rungswünsche wurden vom Antragsteller übernommen mit der Maßgabe, daß dieser Antrag nunmehr als selbständiger Antrag zu behandeln ist.

Dieser Antrag liegt den Abgeordneten unter der Drucksache 10/145 im Wortlaut vor. Er ist unterzeichnet von den Abgeordneten Neujahr, Lahmann und Fraktion der FDP.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:
Der Senat wird aufgefordert,

1. regelmäßige Untersuchungen
 - a) der Immissionswerte in der Luft,
 - b) der Bleiwerte in den Nahrungsmitteln, besonders in den tierischen Produkten,
 - c) der Bleibelastung an den durch das Land Bremen führenden Autobahnen sowie in der Umgebung von Industriebetrieben, Deponien und Spülfeldern,
 - d) der Bleibelastung des Bodens an besonders gefährdeten Stellen,
 - e) über die Belastung des Menschen durchzuführen bzw. fortzusetzen;
2. dafür Sorge zu tragen, daß die Zusammenhänge zwischen Dosis, Schadstoffkombination und Kombinationswirkungen erforscht werden und
3. sich dafür einzusetzen, sämtliche technische, rechtliche und politische Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Bleiimmissionen zu verringern.

Wir setzen die gemeinsame Beratung der miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte fort.

Die Beratung ist eröffnet.

Als nächster hat das Wort Herr Senator Brückner.

(D) **Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Bleidebatte nicht neu eröffnen mit Wiederholungen von dem gestrigen Tag, sondern auf die Punkte eingehen, die als Fragen hier gestellt worden sind oder deren Hinweise mich veranlassen, bestimmte Richtigstellungen und ergänzende Antworten zu geben.

Ich will dabei nicht eingehen auf das von einigen Rednern gestern praktizierte Verfahren, statt über Blei über Herrn Oberbürgermeister Lenz zu reden. Ich bin sicher, daß dies wie ein Bumerang auf diejenigen zurückschlägt, die das selbst gesagt haben, zumindest in Bremerhaven wird das so sein.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Casens [CDU]: Fragen Sie Herrn Lenz einmal!)

In Bremerhaven wird das mit Sicherheit so sein. Darauf können Sie sich verlassen!

Ich will einige Punkte nennen und eingehen darauf, was Herr Dinné, Herr Fischer und Herr Neujahr gesagt haben. Herr Dinné hat gesagt, wir sollten endlich einmal Feinstäube und nicht nur Grobstäube messen. Da kann ich Sie beruhigen, Herr Dinné, es werden natürlich so fein wie möglich meßbare Feinstäube gemessen. Das ist überhaupt nicht das Problem. Aus meiner Antwort hätten Sie entnehmen können, daß wir die Staubkonzentration in der Luft

(A) insgesamt, insbesondere die Bleistaub- und Cadmiumstaubkonzentration, messen, so fein wie es auch immer meßbar ist. An der Stelle will ich gleich sagen, daß wir, weil wir verfeinerte Meßmethoden haben, jetzt in der Lage sind, heute einiges festzustellen.

Herr Dinné hat außerdem gesagt, wir hätten Werte falsch gemessen, und er hat Werte angegeben, die höher lagen. Der Unterschied dieser Bemessungen liegt darin, daß Herr Dinné Quadratmetermessungen des Niederschlags von Immissionen verglichen hat mit Luftmessungen. Nun ist es so, daß man natürlich nur dann etwas vergleichen kann, wenn man es von dem gleichen Ausgangspunkt her sieht. Die Richt- beziehungsweise Grenzwerte, die wir haben für Blei, richten sich nach dem Bleigehalt der Luft, wieviel Milligramm in wieviel Kubikmeter Luft enthalten ist. Das ist auch das Entscheidende.

Das ist aus gesundheitlichen Gründen gemacht worden, weil medizinisch erwiesen ist, daß in der Tat durch die Luftaufnahme ganz entscheidend mehr Blei im Körper festgehalten wird als durch die Aufnahme von Lebensmitteln. Sie können von daher den Grenzwert, welcher Bleigehalt der Luft noch vertretbar ist — 1,5 waren das, glaube ich —, nicht mit dem Ergebnis einer Messung vergleichen, welcher Niederschlag pro Quadratmeter Boden vorhanden ist.

(B) Das ist nicht miteinander vergleichbar, zumal dann nicht, wenn möglicherweise dort gar keine Pflanzen angebaut werden oder Pflanzen dort angebaut werden, die dies nicht aufnehmen, wie ich das gestern morgen in bezug auf Hasenbüren schon gesagt habe.

Dann: Es gäbe, so habe ich gehört, geheimgehaltene Untersuchungen! Das, finde ich, ist nicht wahr. Ich kenne jedenfalls keine geheimgehaltenen. Ich habe gestern seitenweise zitiert aus diesem seit Mai 1974 veröffentlichten Werk. Das kann jeder haben. Wenn Sie Schwierigkeiten haben, sich das irgendwo zu besorgen, dann geben wir Ihnen gern die Adressen an, wo Sie das bekommen können.

Auch das Gutachten über Bremerhaven von Professor Charles, über das gestern geredet worden ist, ist bekannt, ist öffentlich. Frau Tuzek hat darauf hingewiesen. Das hat im Magistrat den Fraktionen im Herbst vergangenen Jahres zur Verfügung gestanden, im Juli sind die Untersuchungen abgeschlossen worden.

Also, reden Sie bitte nicht von geheimgehaltenen Untersuchungen, indem Sie den Eindruck erwecken,

(Abg. Dinné [BGL]: Ich habe Ihnen die alle genannt, Herr Senator!)

daß hier Dinge seien, die irgend jemand hier etwa nicht veröffentliche! Wenn Sie Untersuchungen vom Bundesgesundheitsamt haben wollen, dann müssen Sie dorthin schreiben. Wenn Sie behaupten, es gäbe dort Untersuchungen, die noch nicht veröffentlicht seien, dann müssen Sie denen das mitteilen. Ich bin

(C) nicht verantwortlich für andere Organisationen oder für andere Institutionen. Ich will nur deutlich machen, daß das, was wir in Bremen gemessen haben, daß das, was es hier an Gutachten gibt, von uns bekanntgemacht worden ist, veröffentlicht worden ist.

Das gleiche gilt auch für Ihren — leider etwas unfairen — indirekten Vorwurf oder die Behauptung, es stünde etwa die Säuglingssterblichkeit in Bremerhaven in Verbindung mit Blei, und die damit verbundene Aussage, daß wir keine Veröffentlichung über diese Untersuchung durchgeführt hätten. Es gibt zu dem Forschungsvorhaben „Feststellung der Gründe für die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik“, von dem wir in Bremen und Bremerhaven ein Teilvorhaben durchführen, einen Zwischenbericht, der im vergangenen Jahr veröffentlicht worden ist, und es wird in Kürze, vermutlich Ende April, einen Endbericht geben, der auch veröffentlicht werden wird.

Ich will Ihnen einmal, weil ich gestern die Zahlen gerade bekommen habe, sagen, wie sich die Säuglingssterblichkeit in Bremen und in Bremerhaven verbessert hat, verändert hat durch die Maßnahmen, die wir eingeführt haben. Die Säuglingssterblichkeit liegt nämlich, das ist aus diesen Untersuchungen hervorgegangen, nicht etwa an Blei oder anderen Dingen, sondern hängt nahezu ausschließlich mit der Vorsorge zusammen, wie sie wahrgenommen wird und wie die Kliniken mit technischen Geräten ausgestattet sind, so daß bei Risikogeburten sofort geholfen werden kann. Die Säuglingssterblichkeit in der Stadt Bremen und in der Stadt Bremerhaven hat sich wie folgt entwickelt: 1975 32,5 auf 1 000 Geburten, und zwar jeweils die Totgeburten und die Gestorbenen im ersten Lebensjahr zusammengezählt, sie hat sich 1979 verändert auf 17,3 pro 1 000 Geborene, also nahezu auf die Hälfte zurückgeführt, und in der Stadt Bremerhaven von 35 im Jahre 1975 auf 23,6 im Jahre 1979.

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Sie liegt aber ja trotzdem noch sehr hoch!)

(D) Sie liegt sehr hoch. Die Gründe sind — wollte ich gerade erklären —: Insbesondere in der Stadt Bremerhaven der hohe Umfang der Risikogeburten durch Ausländeranteil, der Anteil der Bevölkerung, die auf dem Lande wohnt, die Frage der Ausstattung der niedergelassenen Ärzte — diese ist in Bremerhaven sehr viel schlechter als in der Stadt Bremen, sie liegt zum Teil sogar unter dem Bundesdurchschnitt —, damit wieder zusammenhängend, daß die Vorsorge nicht wahrgenommen wird oder, wenn sie wahrgenommen wird, schlecht ausgeführt wird, dann die letzte Möglichkeit, die aber weitgehend auf 100 Prozent verbessert worden ist, nämlich die Frage, wie in der Klinik mögliche Risiken durch schnelles Handeln abgewehrt werden!

Ich wehre mich dagegen, daß hier der Eindruck erweckt wird, im Zusammenhang mit Blei gäbe es in

- (A) Bremerhaven eine hohe Säuglingssterblichkeit. Das ist nicht wahr, und diesen Eindruck sollte niemand erwecken.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu dem, was inhaltlich gesagt worden ist! Herr Dinné hat gesagt, er könne meinen Optimismus nicht teilen. Das verstehe ich, aber ich habe hier keinen Optimismus ausgebreitet. Ich habe rein die Fakten genannt und die derzeitigen Bewertungsmaßstäbe und wie aufgrund dieser Bewertungsmaßstäbe die Sachen zu beurteilen seien. Ich habe keinen Optimismus ausgestreut in der Richtung, das sei alles gar nicht so schlimm, sondern Ihnen genau das gesagt, was zum heutigen Zeitpunkt beurteilt und bewertend dazu zu sagen ist.

Schlimmer fand ich schon, daß Herr Fischer gesagt hat, wir hätten hier wohl irgend etwas zu vertuschen oder zu verschleiern oder hätten ein schlechtes Gewissen. Das finde ich besonders ärgerlich und eine nahezu infame Unterstellung, Herr Fischer,

(Beifall bei der SPD)

denn Sie wissen genau, daß wir alles, was wir auf diesem Gebiet getan haben, jedem, sei es in der Deputation, sei es hier oder an anderer Stelle, zur Verfügung gestellt haben. Wenn Sie zum Beispiel bei der Einwohnerversammlung in Seehausen/Hasenbüren gewesen wären, hätten Sie das selbst miterleben können und hätten alle Informationen schon zu dem Zeitpunkt, als wir die Bevölkerung informiert haben, mit erhalten können.

- (B)

Wir haben nicht nur nichts vertuscht, auch kein schlechtes Gewissen, auch nichts verschleiert, sondern wir waren diejenigen, die zuerst immer dann der Bevölkerung, wenn wir Untersuchungsergebnisse hatten, diese vorgestellt und diskutiert haben, und daß wir etwa erst untersucht hätten, weil es EG-Richtlinien gibt, das ist doch auch dummes Zeug.

Sie wissen genau, daß die Untersuchungen 1972, 1974 von Niedersachsen und vom Bundesgesundheitsamt durchgeführt wurden, und zwar in Niedersachsen. Ich bin doch nicht zuständig für Niedersachsen, Sie doch auch nicht. Die niedersächsischen Behörden haben in diesem Fall relativ schnell gearbeitet, und wir haben sofort, als 1978 das Problem auftrat mit dem Sterben in den Tiergrotten — wir heißt der Magistrat Bremerhaven —, eine Sonderuntersuchung durchgeführt und die Ergebnisse bekanntgegeben.

Wir haben darüber hinaus, weil die Sonderuntersuchung nur an einer Stelle durchgeführt worden ist, gesagt, vielleicht ist es noch sicherer, für die ganze Stadt zu messen, und haben ein neues Programm aufgelegt und dies auch bekanntgegeben in der Deputation, in der Presse. Wer uns hier gefragt hätte, hätte das auch erfahren.

Die Blutbleiuntersuchungen im Körper, die wir gemacht haben, sind im Rahmen eines Gesamtprogramms in der gesamten EG erfolgt und werden zen-

tral vom Bundesgesundheitsamt für die ganze Bundesrepublik eingesammelt, ausgewertet. Da können Sie doch nicht sagen, das hätte man vielleicht schon eher machen können! Ich habe den Eindruck, Sie haben sich entweder mit der Sache zuwenig beschäftigt oder haben hier versucht, in billiger Polemik den Beifall Ihrer Fraktion zu bekommen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, daß wir uns von Anfang an gerade aus Gründen des vorsorgenden Gesundheitsschutzes um diese Dinge gekümmert haben, will ich noch einmal mit ein paar Beispielen deutlich machen. Schon im Jahr 1977 haben wir in Zusammenarbeit mit den Kleingärtnern direkt an den Autobahnen, dort, wo Kleingärtner ihre Früchte anbauen, Untersuchungen durchgeführt, wie stark der Bleigehalt durch die Autos, die dort fahren, auf die Kleingärten abgewälzt wird, und haben 1977 den Kleingärtnern gesagt, welche Früchte besonders gefährdet sind und wie sie sich am besten verhalten sollen: Braunkohl, in der Nähe der Autobahn angepflanzt, entweder am liebsten gar nicht, das wäre besser, oder aber nur nach strengem Abwaschen verzehren. 1977 in den Zeitungen dargestellt, überhaupt nichts Neues!

1978 habe ich aufgerufen, wegen des hohen Cadmiumgehalts keine Pilze aus dem Umland von Bremen zu essen, zum Ärger der Marktfrauen, die hier dann nichts mehr verkaufen konnten und mir böse Briefe geschrieben haben. Das waren Untersuchungen, zu denen uns keiner irgendwie aufgefordert hat — Sie schon lange nicht! —, zu denen auch keine gesetzliche Notwendigkeit bestand, sondern die wir ausschließlich aus Vorsorgegründen durchgeführt haben und deren Ergebnisse wir veröffentlicht haben.

(D)

Im Jahr 1979 haben wir ein Vierjahresprogramm für Untersuchungen von möglichen Schadstoffen in Lebensmitteln veranlaßt, ein Programm über HCH-Schadstoffe in der Milch. Das könnte man ja auch diskutieren nach den Vorfällen in Hessen oder in Hamburg. Obwohl wir keine Werte gefunden haben in der Milch, die in Bremen auf den Tisch kommt, machen wir eine zusätzliche Untersuchung und untersuchen die Tankwagen, damit nicht die eventuell an einer Stelle bestehenden hohen Werte dadurch, daß die Milch zusammengeführt ist, später insgesamt in der Milch nicht mehr festzustellen sind. Da machen wir es zusätzlich aus Vorsorgegründen, geben das auch bekannt, jeder weiß das.

Wir untersuchen jetzt neu Pharmakarückstände im Fleisch. Es gibt noch keine gesetzliche Verpflichtung dafür, keine gesetzliche Aufgabe. Trotzdem machen wir das und werden gegebenenfalls Ärger an der Stelle haben, wo wir dann, wenn wir die Ergebnisse haben, im nächsten Jahr sagen werden, dieses oder jenes sollte man nicht mehr nutzen.

Wir geben zum Beispiel vorsorglich 50 Hektar Land in Seehausen/Hasenbüren nicht für die Land-

(A) wirtschaft frei, sondern wir sagen, das bleibt so, obwohl der Hafensenator dann weiterhin Pacht bezahlen muß, bis wir die Ergebnisse der Untersuchungen vorliegen haben, ob man hier etwas anbauen kann oder nicht. Dies alles sind Hinweise dafür, daß wir in diesem Bereich erstens so schnell wie möglich, zweitens so öffentlich wie möglich und in Diskussion mit den Betroffenen auf die Dinge eingegangen sind.

Ich stimme mit Herrn Neujahr in dem Punkt sehr überein, den er in seinem gestrigen sachlichen Beitrag dargestellt hat, nämlich daß es falsch sei, auf der einen Seite das Ganze zu dramatisieren und darzustellen, als bestünde hier sozusagen eine Riesengefahr, auf der anderen Seite es nicht verantwortlich wäre, das Ganze zu verharmlosen. Genau dazwischen liegt eine sachlich notwendige Aufgabe, wie in anderen Bereichen auch, und Sie täten gut daran, meine Damen und Herren, insgesamt quer durch die Fraktionen diese schwere Aufgabe, die vor uns liegt, gemeinsam zu tragen und zu unterstützen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auf das Gestrige noch einmal zurückkommen und noch einmal daran erinnern, daß wir zweimal gestern den Fall hatten, daß die SPD auf dem Fuß erwischt worden ist, daß sie einerseits Kritik wohl deutlich werden läßt, auch an Konzernen, die ja die eigentlichen Urheber dieser Miseren sind — beispielsweise bei der Computeraus-einandersetzung oder hier beim Bleiskandal —, und auf der anderen Seite dann aus derselben Fraktion Leute auftreten, die sagen, ihr seid ja wahnsinnig, das ist ja alles nicht so schlimm: weitermachen wie bisher!

Dieser Widerspruch, Ursel, ich möchte dich da auch einmal direkt ansprechen,

(Abg. **Seifriz** [SPD]: Billige Polemik!
Das ist die typische Art und Weise, wie Sie hier argumentieren!)

du hast ja miterlebt — —. Herr Seifriz, seien Sie einmal einen Moment ruhig! Ich rede doch gar nicht mit Ihnen!

(Zurufe von der SPD — Glocke)

Wir haben doch 1972 — —.

Präsident Dr. Klink: Eine Sekunde! Meine Damen und Herren, ich möchte herzlich darum bitten, daß wir den Beiträgen der Bremer Grünen Liste — —.

(Zurufe von der SPD)

Ich bitte darum, daß wir den Beiträgen genauso ruhig folgen! Es geht doch gar nicht anders! — Bitte sehr!

Abg. **Dinné** (BGL): Wir haben doch 1972 zusammen erlebt, wie die Bauern die toten Kühe mit ihren Traktoren von den Wiesen gezogen haben, und ich nehme dir die Betroffenheit auch heute noch ab. Ich wundere mich nur darüber, daß du dich dafür zur Verfügung stellst, daß in Bremen die Sachen weiterhin verschleiert werden und es zu keinen politischen und rechtlichen — sozusagen faktischen — Maßnahmen gegen die Verursacher kommt.

Das gleiche Schicksal hat ja Erhard Eppler jetzt in Baden-Württemberg erwischt, der ja auch immer gemeint hat, er könne, was weiß ich, besorgte Bürger hinter sich bringen.

(Abg. **Ursula Kerstein** [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage. — Glocke)

Dieses Verfahren scheint mir in Zukunft nicht mehr politisch tragfähig zu sein.

(Abg. **Stichweh** [SPD]: Das bestimmen wir selbst, was tragfähig ist!)

Ich lasse die Zwischenfrage gern zu, Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Dinné, ich möchte doch um eines bitten: Auch wenn vielleicht aus früherer Zeit irgendwelche Bekanntschaften bestehen, sollten wir hier im Plenum die Abgeordneten nicht mit Vornamen anreden. Ich sage dies nur, weil jetzt ein Dialog sich entwickeln wird! — Bitte, Frau Kerstein!

(Beifall bei SPD und CDU — Abg. **Lahmann** [FDP]: Halten Sie das für unparlamentarisch?)

Abg. **Ursula Kerstein** (SPD): Herr Olaf Dinné, haben Sie nicht meinen Ausführungen gestern entnommen, daß gerade ich es gesagt habe, daß vor dieser Verschleierung zu warnen ist? Ich kann Ihnen gern mein Manuskript noch einmal zur Verfügung stellen!

Abg. **Dinné** (BGL): Ich habe das sehr wohl gehört, ich höre nämlich sehr genau zu,

(Abg. **Kunick** [SPD]: Er hört nur das, was er hören will!)

und deshalb möchte ich Sie auch bitten, bei mir zuzuhören! Ich habe ja lediglich mit unserem Antrag gefordert, daß wir die Zahlen und die Gutachten, die bereits vorhanden sind — noch nicht veröffentlicht, aber vorhanden —, vorlegen. Wir erwarten ja nicht, daß jetzt neu gemessen wird, das dauert natürlich eine Weile, das ist uns auch klar, sondern ich habe eine lange Reihe von Gutachten — auch Geheimgutachten, Herr Brückner — aufgezählt, zu denen ich die Quellen alle angegeben habe, die es bereits gibt.

(Abg. **Tiedemann** [SPD]: Dann können die doch nicht geheim sein! — Heiterkeit bei der SPD)

(C)

(B)

(D)

(A) Wir haben ja manches Geheimes! Das scheint das Problem der Bremerhavener zu sein, daß die das als letzte immer mitbekommen. Das habe ich auch bei dem Beitrag von Frau Tuczek gestern festgestellt!

(Zuruf des Abg. Tiedemann [SPD])

Ja, haben Sie es denn, Herr Abgeordneter? Sie haben es doch offensichtlich nicht! Das ist ja das Interessante, daß Ihnen die Informationen alle nicht zur Verfügung stehen! Wenn Herr Brückner dann sagt, es sei alles nicht so schlimm, und wenn wir warnen — das haben Sie eben wieder gesagt! —, es sei Räson zu wahren, und man solle doch hier vernünftig sein und keine Emotionen aufkommen lassen — das deutsche Wort dafür darf schon gar nicht mehr genannt werden —,

(Abg. Seifriz [SPD]: Chaotisieren heißt das!)

dann haben Sie frenetischen Beifall Ihrer Fraktion, die sozusagen die Wahrheit nicht zur Kenntnis nehmen will! Das ist das Problem, vor dem wir heute stehen!

Ich möchte einfach noch einmal darum bitten, bei Ihnen einen Bewußtseinsprozeß voranschreiten zu lassen, daß es hier zunächst einmal darum geht, daß das Parlament bestimmte Dinge zur Kenntnis nehmen muß, ehe es vernünftige Maßnahmen einleiten kann. Darum geht es doch wohl! Deshalb habe ich gestern auch ausführlich die ganzen Gutachten, die dort vorhanden sind, genannt. Ich bitte einfach den Senat, daß er das in einer Reihe auflistet und daß die Zahlen dann allerdings auf dem Tisch sein werden!

(B) Mein Vorwurf der Verschleierung bei Ihnen, Frau Kerstein, geht dahin, daß Sie das zwar auch alles wissen oder ahnen — wie auch immer —, aber daß Sie sich daran beteiligen, daß diese Sachen eben nicht auf den Tisch kommen! Das ist mein Vorwurf! Mein Vorwurf ist der, daß Sie mich nicht unterstützen, damit das — ich habe das vorhin so genannt — gefälschte Gutachten und das Gutachten der medizinischen Hochschule Hannover und die Messungen, die in Nordenham alle vorliegen, hier einmal auf den Tisch kommen!

(Abg. Tiedemann [SPD]: Dann machen Sie das doch!)

Dann würden Sie sich wundern! Die Zahlenkette habe ich ja gestern genannt. Die Spitzenwerte, die beim Bleiskandal Goslar gemessen wurden, waren 50 Mikrogramm pro 100 Milliliter Blut. In Nordenham waren es 72! Da habe ich Sie gestern beobachtet. Da reißen Sie Ihre Hand hoch und sagen, ein einziger Fall. Wollen Sie denn immer warten, bis es sechs Millionen Fälle sind, wenn wir uns dann darüber unterhalten, und dann in Deutschland nur

noch der Streit besteht, ob es nun sechs Millionen oder etwas weniger Betroffene waren? (C)

(Abg. Seifriz [SPD]: Das ist doch wohl unerhört!)

Ich meine, ein Fall, der die — —.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist doch wohl kein Vergleich, Herr Präsident! — Zuruf des Abg. Tiedemann [SPD])

Die Werte sind jetzt höher, das wissen Sie doch auch genau, Herr Tiedemann! Die Werte sind jetzt höher, als sie 1972 waren! Die Kette lautet so, die Werte in Nordenham sind höher als in Goslar, und ich habe Ihnen die Luft- und die Bodenmeßwerte gestern genannt. Diese sind wiederum in Bremerhaven höher als in Nordenham. Das ist sonnenklar, darum können Sie nicht herumreden!

(Senator Brückner: Sonnenfalsch!)

Was die Sterblichkeit anbelangt: Ich meine, es ist etwas makaber, daß man jetzt mit Sterblichkeit hier herumoperiert und daß Sie sich hier nun brüsten, Sie hätten die Sterblichkeit — —.

(Zurufe von der SPD)

Na ja, ich habe es nur einmal erwähnt! Wenn wir uns sachlich darüber unterhalten, ist es ja gut, aber heute morgen ist hier wieder gesagt worden, die Säuglingssterblichkeit — ich habe die Zahlen natürlich mitgeschrieben — habe in Bremerhaven 35 pro Tausend betragen, und nun der grandiose Erfolg, Reduzierung auf 24 oder 23,6! (D)

Herr Brückner, das ist immer noch viermal höher als in Holland oder in der DDR oder sonstwo! Das wissen Sie doch alles! Das können Sie doch nicht als Erfolg hier hinstellen!

(Senator Brückner: Ich weiß auch, woran es liegt!)

Ja, wenn Sie es wissen — —.

(Abg. Jettka [SPD]: Hat er doch gesagt!)

Ja, aber es wird doch immer so dargestellt, als ob das ein unglaublicher Erfolg wäre! Ich meine, der Witz ist doch — —.

(Abg. Tiedemann [SPD]: Er hat gesagt, das hat mit Blei nichts zu tun! Hören Sie doch einmal zu!)

Das wissen Sie doch gar nicht, Herr Tiedemann, ob das nichts mit Blei zu tun hat! Frenetischer Jubel bei der SPD,

(Zurufe von der SPD)

wenn Herr Brückner sagt, das habe nichts mit Blei zu tun!

(Senator Brückner: Das ist das Ergebnis der Untersuchungen!)

(A) Aufgrund der Untersuchungen, gerade auch im Raum Goslar bei geringeren Werten als in Nordenham, also auch in Bremerhaven, werden die Mütter dort evakuiert. Da sagt der eine Professor am Dienstagabend in der Fernsehsendung, das sei ja auch ein Erfolg. Es ist ein Erfolg: Wir schicken die Mütter solange in Urlaub. Das ist ja ein großer Fortschritt, wir schicken sie zur Erholung! Es wird doch jeder Skandal noch ins Positive umgedreht! Das ist das, wogegen ich mich hier wende!

Ich möchte einfach noch einmal darauf hinweisen, daß wir nichts ultimativ gefordert haben. Wir wissen, daß Messungen nicht so schnell durchgeführt werden können, sondern wir haben lediglich gefordert, die Gutachten einfach auf den Tisch zu legen. Das sind keine Zettel, Frau Tuzek, sondern ich habe die Quellen alle genannt.

(Zuruf des Abg. Beckmeyer [SPD])

Ja, die Zettel! Ich spreche ja im Gegensatz zu Ihnen hier — oder ich bemühe mich jedenfalls — frei und lese hier nicht irgendeinen Sermon ab, der vielleicht auch gar nicht in die Landschaft paßt! Heute morgen haben wir wieder gelesen, was bei der Hütte los ist, heute morgen steht im „Stern“ auch zu Bremerhaven allerhand. Darauf muß man sich doch irgendwie einstellen können!

Ich bitte Sie jedenfalls, unseren Antrag abzulehnen!

(B) (Zurufe von der SPD: Ja!)

Ich bitte um Beifall! Ich bitte Sie, unseren Antrag abzulehnen, damit wirklich einmal deutlich wird, wie dieses Haus es ablehnt, die Wahrheit zur Kenntnis zu nehmen! Das wollen wir gleich auch einmal sehen.

Herr Brückner, ich darf auch noch einmal daran erinnern, wie Sie an die Sachen herangehen wollen, nämlich daß Sie aufrufen, den Pilzfrauen ihre Pilze nicht mehr abzukaufen. Das ist doch das gleiche Beispiel, was ich gestern genannt habe mit dem Prinzip, daß sozusagen die Haftung bei den Kleinen gesucht wird. Das ist das gleiche Prinzip, daß den Bauern zugemutet wird, die verbleite Milch nicht mehr abzuliefern.

Ich habe noch nie gehört, daß Sie sich dagegen wenden, was Sie ja auch alles wissen, daß die Bleihütte in Nordenham oder die Klöckner-Hütte in Bremen nachts die Schleusen aufmacht und an den Filtern vorbei ihre Entlüftung der Sachen vornimmt. Das wissen Sie doch alles! Sie haben doch genügend Genossen in der Klöckner-Hütte!

(Senator Brückner: Aber Sie wissen doch auch, was ich da getan habe!)

Ja, nichts, denn das Ergebnis bringt ja nichts!

(Senator Brückner: Das gibt es doch wohl gar nicht!)

(C) Die Ergebnisse sind so, daß die Konzerne keine Auflagen bekommen haben! Ich meine, wenn Sie den Pilzfrauen die Sachen zumuten oder wenn Sie den Bauern die Sachen zumuten, dann sind wir an dem Punkt, an dem wir wieder sagen müßten, daß die SPD wirklich die Konzerne unterstützt und die Pilzfrauen und die Bauern legt! Ich bitte, unseren Antrag abzulehnen!

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß für die SPD-Fraktion den Vorwurf, der von der CDU und auch von der BGL gekommen ist, hier wäre etwas verschleiert worden, ganz entschieden zurückweisen! Ich will das hier auch gleich belegen.

Genauso gut muß ich zurückweisen, daß es irgendwelche Geheimgutachten oder gefälschte Gutachten gibt, wie Herr Dinné das hier eben ausgeführt hat!

(Abg. Dinné [BGL]: Sie kennen die doch gar nicht! — Abg. Wedemeier [SPD]: Du doch auch nicht, Olaf! Schnack doch nicht so dummes Zeug!)

Ich will Ihnen das doch jetzt gleich einmal sagen, Herr Dinné!

(D) Am 24. August 1977 und am 19. Oktober 1977 haben zwei Vorlagen dem städtischen Gesundheitsausschuß in Bremerhaven vorgelegen. Da ist davon etwas gesagt worden, daß 1966 schon ein erstes Gutachten erstellt worden ist, als es darum ging, das Titanwerk in Einswarden anzusiedeln. Dann ist gesagt worden, ich will zitieren mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Aus Anlaß des zu errichtenden Columbus-Centers erstellte der Technische Überwachungsverein Norddeutschland im Auftrag der Stadt Bremerhaven 1975 ein weiteres Gutachten. Es sollte die Frage beantwortet werden, ob die Industrieansiedlung in Nordenham beziehungsweise die stadteigenen Schadstoffe insbesondere die höheren Stockwerke des Columbus-Centers beeinträchtigen könnten. Dieses Gutachten hat in seiner Betrachtung die Schadstoffausbreitung in Nordenham und innerhalb Bremerhaven berücksichtigt und die Konzentration von Schwefeldioxyd, Stickstoffdioxyd und Fluorverbindung einbezogen.“

Es kommt zu der Feststellung, — und nun hören Sie einmal gut zu! — „daß die Meßergebnisse die Grenzwerte der Technischen Anleitung Luft für die drei betrachteten Luftverunreinigungen beim Standort des Columbus-Centers nicht überschreiten. In Anbetracht aller Meßergebnisse erscheint es dem Städtischen Gesundheitsamt ausgeschlossen, daß die gesamten Stadtgebiete einschließlich des Columbus-Centers durch Schadstoffe aus Nordenham Schaden nehmen könnten.“

(A) Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Meßergebnisse zum Teil weit unter den zulässigen Grenzwerten liegen und Bremerhaven deshalb auch beste Voraussetzungen für die Ansiedlung von Industrien bietet.“ Das war ein Gutachten des Technischen Überwachungsvereins Norddeutschland.

(Abg. Dinné [BGL]: Darf ich einmal eine Zwischenfrage stellen?)

Nein, ich muß sehen, daß ich mit meinen Minuten hier noch auskomme, weil ich noch einige andere Fakten auf den Tisch legen möchte, damit für die Öffentlichkeit ganz klar zu ersehen ist, daß nichts verschleiert worden ist und daß auch keine Geheimgutachten zurückgehalten werden.

Es hat sich der Umweltausschuß der Stadtverordnetenversammlung mehrmals mit dem Thema Bleivergiftung von Flughunden in den Tiergrotten beschäftigt, und zwar am 25. April 1979, dann am 12. Dezember 1979, dann noch einmal im Januar 1980, alles vor den Ereignissen in Oker!

Ich möchte daraus auch einmal zitieren, April 1979, Beratungen im Umweltausschuß Bremerhaven. Da wurde gesagt, daß ein Zwischenergebnis schon vorliege, und sobald das Endergebnis vorliegen werde, habe der Vorsitzende, Stadtrat Rogge, eine sofortige Information zugesagt. Da ist also nichts verschleiert worden!

(B) Dann ist im Umweltausschuß im Dezember 1979 mit dem Professor Charles der Hochschule Bremerhaven, der das Gutachten erstellt hat, ausführlich dieses Gutachten erörtert worden. Wenn man sich das Protokoll ansieht, und da wende ich mich einmal an die CDU, haben nur SPD-Stadtverordnete sich mit dem Gutachten auseinandergesetzt und mit dem, was Professor Charles dort vorgetragen hat. Dann hat auch noch Frau Stadtrat Wilken zugesagt, die Ausschußmitglieder über weitere Maßnahmen zu unterrichten und den Mitgliedern auszugsweise das Gutachten von Professor Charles zu übersenden.

Das ist alles geschehen, auch an die CDU gerichtet, selbst an die neue Garde der CDU, die ja alles besser machen wollte als angeblich die alte CDU in Bremerhaven!

Dann wurde noch einmal der Umweltausschuß am 30. Januar 1980 mit der Thematik beschäftigt, und da hat die Stadträtin Frau Wilken berichtet, daß der Magistrat den Stadtrat Korves gebeten habe, einen Bericht zu erstellen, der einen zusammenfassenden Überblick über die Ergebnisse von Immissionsmessungen beinhalten solle, die von den an der Ermittlung von Umweltbelastungen beteiligten Stellen bislang durchgeführt und aufgezeichnet worden seien.

Es trifft also auch der Vorwurf, es wäre nichts geschehen, überhaupt nicht zu. Es ist ja gehandelt worden, lange vor Oker, wenn ich das hier noch einmal sagen darf. CDU und FDP und alle anderen hatten jederzeit Gelegenheit, sich mit der Thematik voll zu beschäftigen und sich zu informieren, die Gutachten zu studieren oder die Gutachten, die in

(C) den Vorlagen erwähnt worden sind, anzufordern. Kein Mensch hat Gutachten zurückgehalten! Darum, Herr Dinné, muß ich Ihre Ausführungen noch einmal wirklich entschieden zurückweisen.

(Abg. Willers [BGL]: Es ist nicht gehandelt, sondern geredet worden! Das ist ein Unterschied!)

Dann noch ein Fall! Wir haben uns Mitte letzten Jahres in Bremen damit beschäftigt, daß an Bremer Kindern und Erwachsenen Blutbleiuntersuchungen durchgeführt worden sind. Dafür wurden Mittel aus dem Haushalt des Senators für Gesundheit und Umweltschutz zur Verfügung gestellt.

Es ist richtig, daß das eine Initiative der EG war, es sind auch EG-weit Untersuchungen durchgeführt worden, und damals waren wir uns schon einig, Herr Senator Brückner kann das bestätigen, daß wir, sobald die Meßergebnisse vorliegen und man eine genaue Auswertung und einen Überblick darüber hat, wie die Meßergebnisse nicht nur in Bremen, sondern auch in anderen Städten der Bundesrepublik und in Europa sind, dann auch in Bremerhaven solch eine Meßreihe einmal durchgeführt hätten.

Auch damals kam weder etwas von der CDU und der FDP noch von den Grünen, obwohl das mitten im Wahlkampf gewesen ist! Sie hätten das ja anpacken können. In der „Nordsee-Zeitung“, die ich leider nur habe, stand am 15. Mai 1979 etwas darüber, stand im August etwas darüber, welche Meßergebnisse auf den Tisch gelegt worden sind hier in Bremen. Kein Mensch in diesem Hohen Haus und außerhalb des Hauses hat jemals Kritik daran geübt, hat gesagt, paßt einmal auf! Nein, da sind die Bremer Werte auf den Tisch gelegt worden, da ist nichts verschleiert worden! Insofern, das darf ich noch einmal wiederholen, trifft der Vorwurf einfach nicht zu.

(D) Wenn wir von Verschleierung reden, ich will das hier einmal ganz offen sagen, dann müßte man eigentlich einmal den Leiter der Tiergrotten Bremerhaven fragen, ob er nicht etwas verschleiert hat. Warum hat der Leiter der Tiergrotten Bremerhaven nur die Flughunde untersuchen lassen bei der Hochschule in Hannover? Warum hat er denn nicht Farbproben vom Gitter dort einmal mit hingeschickt?

(Abg. Gassdorf [CDU]: Oder die Eisbären einmal persönlich untersucht!)

Eisbären, gut, daß Sie das ansprechen, Herr Kollege Gassdorf! Der Zoo in Bremerhaven hat bundesweite Erfolge in der Nachwuchszucht von Eisbären. Das kann doch nicht am Bleiwerk in Nordenham liegen. Sie wissen ja, dort, wo Eisbären herkommen, gibt es keine Bleiwerke. Man muß also, finde ich, an dieses Thema sachlich herangehen und sich auch einmal die Fakten zu Gemüte führen.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Anstrengend, wenn man die Eisbären persönlich untersucht! — Unruhe — Glocke)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Töpfer, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. **Töpfer** (SPD): Ja, ich komme also zum Schluß, Herr Präsident. Ich habe mir zwar noch ein paar andere Stichworte aufgeschrieben, im großen und ganzen war diese Debatte in meinen Augen nicht befriedigend.

(Beifall bei der SPD — Abg. Gassdorf
[CDU]: Eine sehr gute Selbsterkenntnis!)

Das, was BGL und CDU hier geboten haben, war kein vernünftiger solider Beitrag zum Thema Umweltschutz.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schröder.

Abg. **Schröder** (FDP)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich muß hier auch noch einmal Stellung nehmen zu dem, was Herr Dinné von der Bremer Grünen Liste gesagt hat. Herr Dinné, wenn Sie Gutachten kennen, die andere Aussagewerte enthalten als die Werte, die hier von SPD, CDU und FDP bisher genannt worden sind, dann legen Sie diese bitte auf den Tisch!

(Beifall bei FDP und SPD — Abg. Dinné
[BGL]: Das habe ich getan!)

(B) Das haben Sie nicht getan, Herr Dinné. Sie haben gesagt, ich darf das noch einmal aus der Erinnerung sagen, daß Geheimgutachten vorlägen, daß Geheimgutachten irgendwo in der Schublade in Bremerhaven lägen und daß die Werte in diesen Geheimgutachten ganz andere Daten beinhalteten als die hier genannten. Dann sagen Sie doch, welche Institution hat diese Gutachten gemacht, was meinen Sie denn?

(Abg. Dinné [BGL]: Das habe ich doch alles aufgelistet gestern! Haben Sie geschlafen?)

Sie haben doch gar nichts aufgelistet, nichts haben Sie!

(Unruhe)

Sie schaden nicht nur sich selbst — das wäre mir egal —, Sie schaden auch der Sache, Sie schaden der Aufklärung, um die es hier geht!

(Beifall bei FDP und SPD)

Aber das ist, glaube ich, typisch für die Bremer Grüne Liste oder für die Grünen in der Bundesrepublik überhaupt, wie da argumentiert wird. Ich erinnere nur an eine der drei Vorsitzenden, Frau Kelly, die neulich im Fernsehen gesagt hat auf die Frage hin, ob Sie nun Herrn Strauß als Kanzler wollen, daß ihr der liebste Kanzler Herr Eppler sei. Das ist meines Erachtens noch mehr als Zynismus, was da bei den Grünen passiert.

(Beifall bei FDP und SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Als unseriös empfinde ich auch Ihre Behauptung mit der Milchabnahme der Bauern. Im Umkehrschluß hieße das, daß Sie wollen, daß Blei enthaltende Milch in den Ernährungskreislauf kommt. Wollen Sie das wirklich? Sie können ja nicht mit diesen simplen — —.

(Abg. Willers [BGL]: Wir wollen, daß Blei nicht in die Milch kommt!)

Dann sagen Sie doch auch, daß Sie keine bleivergiftete Milch haben wollen!

(Zurufe von der SPD)

Sie können doch nicht nur von der wirtschaftlichen Lage der Bauern sprechen und das andere Problem so beiseite wischen!

Ich möchte aber auch noch etwas sagen zu dem, was Herr Fischer hier von der CDU gesagt hat in seinen Schlußpunkten, ich glaube, es waren vier an der Zahl, ich nenne nur zwei. „Es muß alles unternommen werden, um zu Erkenntnissen zu kommen“, das ist alles richtig. Der letzte Punkt, den Sie genannt hatten, ich zitiere sinngemäß, alle Bürger werden aufgefordert, zielgerichtet Umweltschutz zu betreiben, dieser Punkt ist ein hehres Ziel, nur, meine Damen und Herren von der CDU, wenn wir davon ausgehen — das ist ja noch nicht erwiesen —, daß die Hauptverursacher der Bleimissionen in Niedersachsen liegen, dann muß ich Sie fragen, was Sie denn eigentlich unternommen haben, Ihre niedersächsischen Parteifreunde um die gleiche Aufklärung zu bitten, wie Sie es hier beispielsweise von Oberbürgermeister Lenz verlangen.

(D)

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Werner Fischer.

Abg. **Werner Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator Brückner, ich glaube, es ist der Sache nicht dienlich, wenn man hier den wahren Ablauf verzerrt will, den tatsächlichen Ablauf. Fest steht doch, daß in Bremerhaven, nachdem der Sachverhalt bekannt wurde, hinsichtlich der Feststellung der Bleibelastungen vorweg nichts geschehen ist.

(Abg. Töpfer [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Es lag lediglich ein Gutachten vor, das sich nur auf die Tiergrotten bezogen hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber sicher! Dann kamen die scharfen Angriffe von Herrn Lenz gegenüber dem Direktor. Man frate diesen Mann im Regen stehen lassen. Das ist doch ganz klar! Wenn Herr Lenz sich da einmal etwas vorsichtiger benommen hätte und etwas sachlicher

(A) an die Sache herangegangen wäre, wäre etwas ganz anderes dabei herausgekommen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Weniger Blei oder was? — Abg. Beckmeyer [SPD]: Weniger Blei oder weniger Lenz?)

Was ist denn anschließend geschehen? Sie tun immer so, als ob alles gemacht wurde und alles getan ist. Das stimmt doch nicht! Erst im nachhinein! Plötzlich wurden Leute untersucht, plötzlich wurden Messungen durchgeführt in anderen Bereichen! Mit einem Mal wird etwas getan. Nur, das ist ja die Forderung, die wir gestellt haben.

Wir wollen, und das ist der Sinn unserer Großen Anfrage, es sollte in der Bevölkerung einmal klar gestellt werden, entweder sie braucht sich nicht zu beunruhigen, oder es ist wirklich etwas daran. Nur diese Forderung haben wir gestellt, daß einmal Klarheit geschaffen wird.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Albrecht vergiftet uns ja!)

Herr Senator Brückner, wenn Sie mir hier persönliche Angriffe und Polemik unterstellen, schön, das mag ja sein, wenn das Ihre Auffassung ist. Ich habe hier im Sinne der Sache gesprochen und tue es auch heute noch.

(B) (Beifall bei der CDU — Lachen bei der SPD — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Was ihnen nicht paßt, ist Polemik!)

Genau, das ist es! Was ihnen nicht in den Kram paßt, ist Polemik.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sie sollten nicht alles nachsabbeln, was Cassens sagt!)

Ich weiß gar nicht, wer hat hier denn so engagiert versucht darzustellen, daß da eine heile Welt sei? Wenn es so ist, ist es ja in Ordnung, wir wünschen und begrüßen es, aber tun Sie doch bitte nicht so, als wenn Sie vorweg alles getan hätten! Nein, im nachhinein, jetzt!

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator Brückner, ich wäre an Ihrer Stelle auch sehr, sehr vorsichtig, wenn es um die Säuglingssterblichkeit geht, mit Äußerungen dahingehend, daß etwa die Ausrüstung der praktischen Ärzte in Bremerhaven etwa schuld sein könnte. Ich weiß nicht, ob Sie derartige Äußerungen als Gesundheitssenator durchhalten können. Ich möchte Sie bitten, legen Sie doch einmal ein Untersuchungsergebnis vor, damit wir einmal klar über diese Dinge reden können!

(Abg. Tepperwien [SPD]: Haben wir doch!)

Sonst muß ich mich von diesen Aussagen distanzieren. So kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der CDU — Senator Brückner: Das ist schon veröffentlicht! — Abg. Tepperwien [SPD]: Das müssen Sie einmal nachlesen!)

Dann taucht die Frage auf, wer denn hier polemisch ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Sache Bremerhaven ist uns viel zu ernst, um sich hier weiter in großen Tönen gegenseitig zu beschimpfen.

(Abg. Stichweh [SPD]: Dann hören Sie doch auf!)

Angefangen hat es in Bremerhaven mit Ihrem Oberbürgermeister Lenz und mit keinem anderen.

(Beifall bei der CDU)

Er hätte es in der Hand gehabt, von vornherein sachlich darzustellen, was in Bremerhaven Sache ist, und er hat etwas anderes getan. Nur daher ist die Schärfe hier hereingekommen!

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Mir ist der Umweltschutz viel zu ernst, um überhaupt — —.

(Lachen bei der SPD)

Aber selbstverständlich doch! Deshalb haben wir die Große Anfrage eingebracht, doch nur, um einmal zur Ordnung und Ruhe und zur richtigen Aufklärung zu kommen!

(Beifall bei der CDU — Unruhe bei der SPD)

Ein Letztes, Herr Töpfer! Wenn Sie hier sagen, die Debatte wäre sehr dünn, da gebe ich Ihnen natürlich recht. Von seiten der SPD war sie sehr dünn. Da haben Sie ein wahres Wort gelassen ausgesprochen.

(Erneuter Beifall bei der CDU — Abg. Stichweh [SPD]: Zur Zeit ist es gerade am dünnsten! — Abg. Wedemeier [SPD]: Bei Ihnen ist auch nur der Redner dünn!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. Dinné (BGL): Ich möchte nur ganz kurz, weil der Herr Schröder solchen Unsinn erzählt hat, sagen, daß wir uns mit der Frage, ob wir nun Blei in der Milch wünschen, nicht auseinandersetzen. Das brauchen wir, glaube ich, nicht zu tun. Herr Schröder, ich habe hier gestern eine lange Liste zu Protokoll gegeben mit den Quellenangaben. Deshalb versage ich es mir, es noch einmal zu wiederholen, weil meine Redezeit knapp ist. Wahrscheinlich waren Sie gestern nicht hier.

(C)

(D)

(A) Dann möchte ich zum TUV sagen: Es ist ja interessant, daß die Messungen, die von Bremerhaven jetzt kommen, vom TUV kommen. Welche Organisation der TUV ist, wissen wir auch. Der TUV ist ein freier Verein, den die Industrie und andere Interessierte tragen, zur Kontrolle bestimmter technischer Einrichtungen. Das Problem ist schon im Rahmen der Kernkraftwerke aufgetaucht. Da kontrolliert ja auch der TUV, und der TUV —.

(Zuruf von Senator Brückner)

Das wissen Sie alles besser, das brauche ich Ihnen nicht zu erzählen. Ich meine, Sie sollten sich einmal auf die Gutachten stützen, die dafür berufene Forschungseinrichtungen und wissenschaftliche Einrichtungen gemacht haben! Jetzt mit dem TUV anzukommen, ist ja ein Witz!

Dann möchte ich noch einmal darauf zurückkommen, was gestern gesagt worden ist, wie denn der Misere nun abgeholfen werden soll. Frau Kerstein hat dann gesagt, es müßten neue Gesetze her, neue Richtwerte und was weiß ich nicht alles. Das ist alles überflüssig. Es gibt Gesetze, es gibt Gewerbeaufsichtsämter, die das alles wissen, aber sie bekommen ja vom bremischen Senat Dienstanweisungen, nichts zu tun.

Das hat doch der Klöckner-Skandal gezeigt, wo jahrelang an der Kläranlage vorbei das Wasser in die Weser geleitet worden ist. Ich habe das hier neulich schon einmal erzählt. Als der Direktor endlich gegriffen wurde, konnte er sich natürlich gut darauf berufen, daß der Senat ihm ständig Absolution erteilt hat, er dürfe das Wasser so da hineinleiten.

(B) Herr Senator Brückner, Sie können sich auch selbst nachts neben die Hütte stellen. Wenn diese dann ihre Schleusen aufmacht und die Sachen an den Filtern vorbeileitet, dann haben Sie doch einmal den Mut, gehen Sie doch einmal persönlich hinein und fragen die Leute, was sie hier eigentlich machen! Da brauchen Sie keine neuen Gesetze, da brauchen Sie keine weiteren Mittel oder was man hier immer alles hört. Sie müssen nur einmal den Mut haben, nicht gegen die Pilzfrauen, sondern gegen die Industrie anzugehen! Das ist das Problem!

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr.

Abg. Neujahr (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe gestern darauf hingewiesen, daß wir einen Kurs der Vernunft steuern müssen, und ich bin eigentlich sehr froh darüber, daß Herr Senator Brückner die gleiche Auffassung heute geäußert hat.

Klar ist erstens: Die Schadstoffbelastungen sind unter gewissen Voraussetzungen in Bremerhaven erhöht gewesen. Klar ist zweitens, daß die Werte, die vorgegeben sind, unsicher sind und daß sie einer weiteren Erforschung bedürfen. Drittens ist

ebenso klar, daß Schadstoffkombinationen in ihrer Wirkung auf den Menschen unbekannt sind. Ich bitte Sie daher, eine Emotionalisierung dieser ganzen Debatte zu unterlassen und dem Antrag der FDP zuzustimmen, der Ihnen allen vorliegt, denn dieser Antrag enthält genau die Maßnahmen, die nach der Erforschung der Lage und nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge zwingend notwendig sind. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Neujahr, es ist aber auch beantragt, ich glaube, das war auch mit Zustimmung der FDP, diesen Antrag zu überweisen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Dabei bleibt es auch!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zurufe: Doch, Senator Brückner!)

Das Wort hat Herr Senator Brückner.

Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur noch zwei Bemerkungen! Erstens zum Hinweis, statt gegen Pilzfrauen gegen die Industrie anzugehen! Ich will Ihnen den Weg schildern, wie so etwas bearbeitet werden muß, damit Sie ganz sachlich und wahrscheinlich dann dem auch folgend zunächst einmal das verstehen.

Der erste Schritt ist, daß durch Untersuchungen festgestellt wird, wo es welche Schadstoffe gibt. In der Mehrheit der Fälle sind wir erst bei diesem Schritt in der Bundesrepublik Deutschland, in Bremen, in der Welt.

Der zweite Schritt ist, dort, wo etwas festgestellt wird, kurzfristig zu erreichen, daß der Genuß verhindert wird, daß die Schadstoffe nicht aufgenommen werden. Das ist kurzfristig notwendig. Ich kann doch nicht sagen, eßt weiter Pilze, wenn ich weiß, daß zuviel Cadmium darin ist!

Der dritte Schritt ist dann der, die Ursachen zu erkennen, zu erforschen und zu beseitigen. Bei dem Cadmiumniederschlag um Bremen herum kennen wir die Ursache nicht. Wir haben kein Cadmiumwerk in der Nähe Bremens. Das kann aus dem Ruhrgebiet kommen, das kann aus Japan kommen, das kann aus Schweden kommen. Wir wissen nicht, woher es kommt. Dann kann ich doch nicht sagen, nun seht einmal zu, daß ihr die Ursachen aus der Welt schafft! Deshalb auch ein Satz noch zu Ihrem Hinweis, daß hier in Bremen der Senat die Gewerbeaufsicht anweisen würde, daß sie nicht gegen die Industriebetriebe vorgehe!

(Abg. Dinné [BGL]: So ist es!)

Das ist falsch, Herr Dinné, so ist es nicht!

Wir haben ein Bundes-Immissionsschutzgesetz, das in der Mehrheit der Schadstoffe eindeutige Mengenangaben vorsieht, was zulässig ist, was nicht

(A) zulässig ist. Dieses Gesetz einzuhalten und regelmäßig zu kontrollieren ist unsere Aufgabe. Es ist außerordentlich schwierig, in bestimmten Bereichen, wo es keine solchen Richtwerte gibt, dafür zu sorgen —

(Abg. Dinné [BGL] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

ich möchte das erst zu Ende führen hier —, dafür zu sorgen, daß auch die Dinge getan werden, bei denen es keine eindeutigen Vorschriften gibt. Bei Zyaniden zum Beispiel gibt es in der Frage, ob sie in den Wasserkreislauf geleitet werden dürfen oder nicht, in der Wissenschaft nur Umstrittenes. Die einen sagen 0,0, die anderen sagen 0,5, und wieder andere sagen 0,1, und niemand ist in der Lage, sich festzulegen, für heute zu sagen, dieses oder jenes darf es nicht.

Auf diesem Hintergrund, gerade weil Sie Klöckner erwähnen, will ich deutlich machen, daß das, was in den letzten Tagen dort passiert ist, ein Beweis dafür ist, daß in dem Moment, in dem wir etwas feststellen, wenn jemand anruft bei uns, sofort die Mitarbeiter dort hingehen, untersuchen und sofort veranlaßt wird, was — sofern wir, in diesem Fall war das leicht, die Ursachen kennen — unternommen werden kann.

(B) Der Schornstein von Klöckner ist einer, der mich schon seit vier Jahren beschäftigt, weil immer wieder gesagt wird, das muß doch eigentlich da herauskommen. Es sind von der Gewerbeaufsicht Auflagen gemacht worden für diesen Schornstein mit dem, was heute technisch möglich ist, neue Filter einzusetzen, die so viel wie möglich abfangen. Das wird regelmäßig erneuert.

Das, was jetzt dort im Gestein festgestellt worden ist, ist erneut Anlaß für die Gewerbeaufsicht, wiederum den Filter zu überprüfen, herauszunehmen und festzustellen, ob er den letzten Vorschriften entspricht. Was dann bleibt, ist die Vermutung, die von Ihnen oder von anderen gesteuert wird, daß gesagt wird, irgendwann in der Nacht würden die Schotten geöffnet. Technisch soll das nicht möglich sein, aber die Möglichkeit, daß Tag und Nacht alle Einrichtungen im Land Bremen überprüft werden, gibt es auch nicht. Dann brauchen wir dort mehr Polizisten als auf der Straße oder sonstwo.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Senator Brückner: Ja, natürlich!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Dinné!

Abg. Dinné (BGL): Herr Senator, ist Ihnen angesichts Ihrer Behauptung, daß der Senat keine Dienst-anweisung gebe an das Gewerbeaufsichtsamt, die Hütte nicht überprüfen zu lassen, das Ergebnis dieses Prozesses und seine Begründung entgangen?

Senator Brückner: Herr Dinné, Sie verwechseln wiederum einiges. Das Problem, daß Sie ansprechen, ist, daß staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, nachdem Umweltschutzbereiche als Strafdelikte ins Strafgesetzbuch aufgenommen worden sind, völlig unabhängig von dem, was getan werden muß von den Behörden, eingeleitet werden können. (C)

Bei Klöckner wie bei manchen anderen ermittelt die Staatsanwaltschaft dann, wenn sie etwas vermutet, etwas in der Zeitung liest oder sonst irgend etwas davon hört. Sie ermittelt so, wie es nach dem Strafgesetzbuch vorgeschrieben ist, gegen denjenigen, der verantwortlich ist, gegen den Direktor, gegen den Prokuristen, Abteilungsleiter oder gegen den Werksvorstand insgesamt. Das ist eine Sache, die mit dem, was bei der Gewerbeaufsicht zur Einhaltung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes mir vorgeschrieben ist, daß alles getan werden muß, was technisch möglich und was unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten des Betriebes vertretbar ist, nichts zu tun hat. Diese beiden Punkte stehen im Gesetz als Generaldevise, daß dies auch eingehalten wird.

Völlig unabhängig davon kann die Staatsanwaltschaft ermitteln, und zwar sowohl gegen Verantwortliche in den Behörden — das haben wir in Hessen jetzt erlebt — als auch gegen Verantwortliche in den Betrieben. Ich bin sicher, daß diese zusätzlichen Maßnahmen durch das Strafgesetzbuch und durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen noch mehr erreichen werden, als wir bisher mit der behördlichen Arbeit getan haben. Werfen Sie uns das nicht vor! Unterstützen Sie das lieber, indem Sie, wenn Sie etwas wissen, Angaben darüber machen und dann auf diese Art und Weise dem Umweltschutz noch mehr als bisher Vorrang eingeräumt wird! (D)

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, Herr Senator, eine Zwischenfrage anzunehmen? Die Redezeit war allerdings schon abgelaufen, als Sie hinter das Pult getreten sind.

Senator Brückner: Bitte sehr!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Frau Stieringer!

Abg. Karin Stieringer (CDU): Herr Senator Brückner, gestatten Sie eine Zwischenfrage! Ist es nun richtig, daß Klöckner bewußt Abwässer an den Filtern vorbeileiten kann, oder hat Herr Abgeordneter Dinné die Unwahrheit gesagt?

Senator Brückner: Ich habe das akustisch nicht verstanden! Die Abwässer an was vorbeileiten darf?

(Abg. Karin Stieringer [CDU]: An den Filtern!)

Die Filter sind im Schornstein. Sie sprechen von Abwässern.

Abg. Karin Stieringer (CDU): Ist es richtig — das ist eine laienhafte Frage, das räume ich ein, aber

(A) das beschäftigt mich —, ist es richtig, daß nachts — er hat Sie aufgefordert, dort hinzugehen — die Möglichkeit besteht und auch praktiziert wird, daß Schadstoffe widerrechtlich ins Wasser geführt werden? Oder hat er nicht die Wahrheit gesagt?

Senator Brückner: Ich möchte zwar antworten, aber es sind zwei unterschiedliche Problembereiche, die Sie verknüpft haben. Das eine ist die Frage Staubbelastung aus dem Schornstein, wenn Filter vorgeschrieben, eingesetzt und überprüft werden. Das andere sind Abwassereinleitungen in die Weser.

Für Abwassereinleitung in die Weser braucht man eine Genehmigung, aber die Möglichkeiten, diese exakt nach Schadstoffen beschrieben mit Auflagen zu versehen, gibt es erst zum 1. Januar 1981. Das Abwasserabgabengesetz, das ganz klare Immissionen beschreibt, welche, welcher Gehalt welcher Stoffe eingeleitet werden darf, liegt vor, gilt ab 1. 1. 1981.

Es wird in Bremen ein Entwurf zum Vollzug dieses Gesetzes beim Bausenator erstellt. Soviel ich weiß, ist er fertig und wird in den Behörden beraten, damit der Vollzug zum 1. 1. 1981 eingehalten werden kann. Die bisherigen Möglichkeiten allgemeiner Art, Festlegungen zu treffen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, sind so, wie ich das vorhin beschrieben habe.

Da die Redezeit abgelaufen ist, will ich auch nicht wieder anfangen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, wir haben selbstverständlich gar keine Möglichkeit — wir wollen es auch gar nicht —, auf die Redezeit eines Senatsmitglieds hinzuweisen. Wir erinnern nur daran für den Fall, daß die Gleichstellung mit den Abgeordneten gesehen wird. Wir werden selbstverständlich nicht auf die Durchsetzung achten wollen und auch nicht achten können.

(Senator Brückner: Sie sind 100, wir sind nur zwölf, das ist der Unterschied!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Gruppe der Bremer Grünen Liste auf.

Wer dem Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/125 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 10/126.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Meine Damen und Herren, es ist während der gestrigen Debatte beantragt worden, den Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 10/145 zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Umweltschutz zu überweisen, und zwar in der neugefaßten Form mit den Änderungen, die von der Bremer Grüne Liste und der SPD-Fraktion vorgetragen und vom Antragsteller übernommen wurden.

Ich gehe davon aus, daß alle diesen Antrag vor sich liegen haben.

Wer der Überweisung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Überweisung einstimmig zu.

Strukturprogramm Küste

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 6. März 1980
(Drucksache 10/111)

u n d

Ergebnisse der Gutachten über die Industrieansiedlung auf der Luneplate/Luneort

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 6. März 1980
(Drucksache 10/113)

Meine Damen und Herren, der Senat hat mit Schreiben vom 13. März 1980 für die Beantwortung der beiden Großen Anfragen um Fristverlängerung bis zur Sitzung am 7. Mai 1980 gebeten.

Die fragestellende Fraktion der SPD hat sich mit den Fristverlängerungen einverstanden erklärt. Den Anträgen des Senats wurde stattgegeben.

Die Großen Anfragen kommen auf die Tagesordnung der Sitzung am 7. Mai 1980.

Privatisierung der Naßbaggerei auf den Bundeswasserstraßen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 6. März 1980
(Drucksache 10/112)

Wir verbinden hiermit:

Privatisierung der Naßbaggerei auf den Bundeswasserstraßen

Antrag der Fraktion der SPD
vom 26. März 1980
(Drucksache 10/139)

(A) Die dringliche Behandlung des Antrags Drucksache 10/139 hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn ihrer gestrigen Sitzung beschlossen.

Die Große Anfrage mit der Drucksachen-Nummer 10/112 trägt die Unterschriften der Abgeordneten Töpfer, Jettka, Beckmeyer und Fraktion der SPD.

Der Antrag Drucksache 10/139 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Töpfer, Jettka, Kunick und Fraktion der SPD.

Beide Vorlagen liegen den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Drucksache 10/112

Wir fragen den Senat:

1. a) Welche Auswirkungen sind auf die bremischen Häfen zu befürchten, wenn die Naßbaggerei auf der Bundeswasserstraße Weser privatisiert wird?
- b) Wie ist die Haltung des Senats zu einer geplanten Privatisierung der Naßbaggerei auf der Weser, und was hat der Senat gegenüber dem Bund und anderen Organisationen unternommen, um solche Bestrebungen zu unterstützen oder abzulehnen?
- c) Sind Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven gefährdet, wenn die Naßbaggerei privatisiert wird?
2. Deckt sich die Haltung des Senats zu einer Privatisierung dieses Bereichs mit den Auffassungen des Bundesverkehrsministeriums und der übrigen norddeutschen Küstenländer?

Drucksache 10/139

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) spricht sich entschieden gegen die Übernahme der Naßbaggerei auf den Bundeswasserstraßen durch private Unternehmungen aus.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich weiterhin unnachgiebig gegenüber der vom Haushaltsausschuß des Bundestages der Bundesregierung empfohlenen Privatisierung zu verhalten und der Bundesregierung erneut die bremische Position deutlich zu machen.

Herr Senator Brinkmann, sind Sie bereit, die Große Anfrage zu beantworten?

Das Wort zur Beantwortung erhält Senator Brinkmann.

Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr Brinkmann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Große Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1. a): Der Senat befürchtet, daß bei einer Privatisierung der Naßbaggerei auf der Bundeswasserstraße Weser sich die Zufahrten zu den bremischen Häfen in Bremen und Bremerhaven verschlechtern werden. Insbesondere wird man der Schifffahrt nicht mehr wie bisher die erforderliche Fahrwassertiefe garantieren können. Schließlich dürfte eine Privatisierung auch auf eine Verteuerung der Baggerung hinauslaufen.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Damit möchte der Senat keineswegs etwa zum Ausdruck bringen, daß Qualitätsarbeit auf dem Gebiet der Baggerei grundsätzlich nur von einem staat-

lichen Regiebetrieb erwartet werden dürfe und die privaten Unternehmern übertragene Baggerung grundsätzlich zu höheren Kosten führten, denn dort, wo es um die Beseitigung von größeren, in ihrem Umfang vor Aufnahme der Arbeiten hinreichend genau berechenbare Mengen geht, hält es der Senat mit den Befürwortern der Privatisierung der Baggerei für ebenso zweckmäßig wie wirtschaftlich, dies von privaten Baggerunternehmen besorgen zu lassen. Deshalb wurden auch solche Maßnahmen wie der Bau von Kanälen und Häfen oder der Ausbau von Wasserstraßen mit ihren Vertiefungsbaggerungen in den Flußmündungen in Vergangenheit und Gegenwart vom Bund ebenso wie von den Ländern oder Gemeinden privaten Unternehmen übertragen. Hieran sollte sich auch in Zukunft nichts ändern.

Ganz anders ist dagegen die Unterhaltungsbaggerei zu beurteilen, und nur um diese Unterhaltungsbaggerei handelt es sich, wenn hier von einer „Privatisierung der Naßbaggerei“ die Rede ist.

Bei der Unterhaltungsbaggerei geht es nicht um die Beseitigung von großen Mengen. Hier handelt es sich vielmehr um einen aktiven Strombau, der nach ingenieurmäßigen Gesichtspunkten zu leisten ist. Das Wesen dieses aktiven Strombaus mit seinen oft täglich wechselnden Bagger- und Ablagerungsstellen ist mit dem Ziel des Unternehmerbetriebes unvereinbar, denn das Ziel des Unternehmerbetriebes ist und bleibt — was im Grundsatz gar nicht negativ beurteilt werden soll — der Gewinn.

Dieses Ziel wird man bei der Unterhaltungsbaggerei nur erreichen können, wenn man etwa bei einer Ausschreibung nach Kubikmeterleistung zu viel baggert oder bei einer Ausschreibung nach Gerätevorhalt die Geräte schon und also zu wenig baggert. Beides würde aber für Schifffahrt und Strom auf eine Verschlechterung der bisherigen Verhältnisse hinauslaufen.

Das Problem der Unterhaltungsbaggerei, eine oft nur verhältnismäßig dünne, aber auf einer größeren Fläche vorhandene Schicht abzutragen und das so gewonnene Baggergut an anderen Stellen mit Über-tiefen wieder sorgfältig einzubauen, läßt sich deshalb reibungslos nur im Regiebetrieb besorgen, bei dem Amtsleitung, Geräteführung und Besatzung von der Aufgabe durchdrungen sind, das von ihnen zu betreuende Fahrwasser optimal zu unterhalten.

Um qualitativ das derzeitige Niveau der Unterhaltungsbaggerung auch bei einer Übertragung auf private Unternehmen zu halten, müßte eine ständige Bauaufsicht der Verwaltung auf dem Baggergerät eingesetzt werden. Diese zusätzliche Bereitstellung von Personal würde jedoch die von den Befürwortern der Privatisierung behauptete Einsparung von Kosten mit Sicherheit wieder ausgleichen.

Schließlich dürfte nach einer Privatisierung auch die schnelle und unbürokratische Bewältigung von Sonderproblemen auf der Unter- oder Außenweser nicht mehr möglich sein. Wenn beispielsweise ein ungewöhnlich großes Passagier- oder Erzschiß in Bremerhaven erwartet wurde, konnte die Wasser-

(C)

(B)

(D)

(A) und Schiffsverkehrsverwaltung hier kurzfristig — ohne Ausschreibung und ohne besonderen Auftrag — helfen. Ähnliches gilt von der weiteren Vertiefung der Außenweser: Hier konnte im reinen Unterhaltungsbetrieb manches zum Vorteil der bremischen Häfen besorgt werden, was bei einer Privatisierung nur unter den erschwerten Bedingungen eines förmlichen Ausbaues und den damit verbundenen finanziellen Problemen möglich erscheint.

Zur Frage 1. b): Der Senat nimmt zu einer Privatisierung der Unterhaltungsbaggerung aus den oben genannten Gründen eine eindeutig ablehnende Haltung ein. Bereits bei seinem Antrittsbesuch in Bremen am 6. Mai 1975 und damit weit vor der später einsetzenden öffentlichen Diskussion konnten dem Bundesverkehrsminister Gscheidle die negativen Wirkungen einer Privatisierung aufgezeigt werden. Der Senat hat seitdem nicht nachgelassen, in zahlreichen Schreiben an das Bundesverkehrsministerium, an die Küstenländer und an andere Organisationen, wie zum Beispiel die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, seinen Standpunkt weiter zu festigen und aufkommende Gegenargumente zu entkräften.

In letzter Zeit konzentrierten sich die Bemühungen des Senats darauf, die für die Küstenregion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages tätigen Bundestagsabgeordneten davon zu überzeugen, daß die behauptete Verbilligung der Unterhaltungsbaggerung bei einer Privatisierung einer kritischen Prüfung nicht standhalte, insbesondere aber die mit einer Privatisierung verbundene Verschlechterung der Strom- und Schiffsverkehrsverhältnisse für Bremen nicht hinnehmbar sei. Unter Hinweis auf die erfolgreiche Modernisierung des Baggereibetriebes beim Hansestadt Bremischen Amt in Bremerhaven wurde geraten, die bisherigen Rationalisierungserfolge im Regiebetrieb der Wasser- und Schiffsverkehrsverwaltung weiter voranzutreiben in der Überzeugung, daß im Ergebnis die Verwaltung billiger sein wird als die auf Gewinnerzielung abgestellten privaten Baggerunternehmen.

Bei seinen Argumenten hat der Senat auf jene überzeugenden Gründe Bezug genommen, die ihm vor allem von den Küstendirektionen der Wasser- und Schiffsverkehrsverwaltung geliefert wurden. Danach handele es sich bei diesem Bundesbaggereibetrieb eben nicht um einen „antiquierten und ineffizienten Wirtschaftsbetrieb“, dessen Privatisierung überfällig sei, denn eine derartige Darstellung, wie sie hier und da in Zeitungsberichten zu lesen war, entspreche nicht den Tatsachen. Der Baggereibetrieb des Bundes an Ems, Jade, Weser und Elbe sei weitgehend durchrationalisiert und arbeite mit besten wirtschaftlichen Ergebnissen.

So habe bereits seit 1960, also seit 20 Jahren, die Wasser- und Schiffsverkehrsverwaltung des Bundes ihren Unterhaltungsbaggereibetrieb kontinuierlich auf neue Technologien und modernste Großgeräte umgestellt und diese Geräte auf die speziellen Erfordernisse an Ems, Jade, Weser und Elbe optimiert. Dabei sei das Personal von 1200 Mann im Jahr 1960 auf

500 Mann im Jahr 1980 abgebaut worden. Die Produktivität — ausgedrückt in gebaggerten Kubikmetern pro Jahr und Mann — sei dadurch von — hören Sie bitte! — rund 7400 Kubikmetern auf 68 000 Kubikmeter, also auf fast das Zehnfache, gesteigert worden.

(Abg. Dinné [BGL]: Arbeitsplatzvernichtung!)

Bedauerlich bleibt, daß diese Bemühungen des Senats im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ohne Erfolg geblieben sind, denn in seiner Sitzung am 5. März hat er mit den Stimmen der CDU/CSU und zwei Stimmen der FDP gegen vierzehn Stimmen der SPD und eine Stimme der FDP, also mit 18 Stimmen gegen 15 Stimmen, beschlossen, der Bundesregierung zu empfehlen, die Privatisierung der Naßbaggeraufgaben im Küsten- und Seewasserstraßenbereich vorzunehmen.

Zur Frage 1. c): Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß Arbeitsplätze in Bremen und mehr noch in Bremerhaven gefährdet werden, wenn die Naßbaggerei privatisiert wird. Zwar ist eine Reihe von Bediensteten der Wasser- und Schiffsverkehrsverwaltung unkündbar, aber es ist zu befürchten, daß die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer, die nicht bereit sind, im Unternehmerbetrieb zu arbeiten, so weit wie möglich gekündigt würden. Das für die Neubesetzung der Geräte erforderliche Personal wird dann in der Regel nicht mehr im Bremer oder Bremerhavener Bereich beheimatet sein. Die Zahl der in Bremerhaven zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze wird dementsprechend weiter eingeschränkt.

Außerdem ist zu bedenken, daß die Unternehmer im Baggereibetrieb durchweg junge Leute beschäftigen. Das bedeutet, daß insbesondere die Möglichkeit für älteres seemännisches Personal, im heimatischen Bereich Arbeit zu finden, sich verschlechtern wird.

Zur Frage 2: Das Bundesverkehrsministerium hat sich in der Vergangenheit ausführlich und differenziert zu den Privatisierungsvorschlägen geäußert. Unter Beachtung des Grundsatzes, öffentliche Mittel sparsam und wirtschaftlich zu verwenden, hat es gewichtige Gründe dargelegt, die gegen eine Privatisierung sprechen. Zwischenzeitlich hat das Bundesverkehrsministerium weitere Unterlagen zur vergleichenden Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von privater und öffentlicher Naßbaggerei anfertigen lassen. Über das Ergebnis des Vergleichs ist dem Senat zur Zeit noch nichts bekannt.

Die Haltung der Freien und Hansestadt Hamburg deckt sich vollinhaltlich mit der Ansicht Bremens. Die übrigen norddeutschen Küstenländer haben sich nicht dezidiert zu dem Problem der Privatisierung geäußert, vielleicht weil die Zufahrten zu den Häfen über Bundeswasserstraßen nicht in dem Maße problematisch sind wie in Bremen oder Hamburg.

Eine Entscheidung der Bundesregierung steht noch aus. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(C)

(B)

(D)

(A) **Vizepräsident Ehlers:** Ich danke Ihnen, Herr Senator Brinkmann!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder des Hauses in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. — Das ist der Fall.

Die Aussprache über die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD sowie über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/139, ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Bürgerschaftsfraktion begrüßt die eindeutig ablehnende Haltung des Senats zur geplanten Privatisierung der Naßbaggerei auf den Bundeswasserstraßen. Wir schließen uns dieser Haltung voll an, und ich gehe auch davon aus, daß beide Fraktionen dieses Hauses diese Auffassung teilen, zumal sie auch so in der Deputation für Häfen, Schifffahrt und Verkehr erörtert worden ist.

Die Diskussion um die Privatisierung der Naßbaggerei ist nicht neu. Bekanntlich hat 1958 bereits die Adenauer-Regierung ein ähnliches Ersuchen der Privatwirtschaft abgelehnt.

Diese Diskussion flammte 1975 wieder auf. Die Forderung nach Privatisierung der Naßbaggerei kam vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie. Er gab an, die Privatindustrie wäre bereit, Personal und Gerät zu übernehmen und die Arbeiten um zehn Prozent billiger als die staatlichen Regiebetriebe durchzuführen, später hieß es sogar, die Industrie wäre bereit, diese Arbeiten um 24 Prozent billiger zu leisten.

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages beauftragte deswegen den Präsidenten des Bundesrechnungshofs als Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit, in der Verwaltung zu prüfen, ob private Leistungen in der Naßbaggerei wirtschaftlicher seien. Dieser entschied zugunsten der Industrie, wie jetzt auch der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages.

Soweit dieser kleine Rückblick, meine Damen und Herren, für die Kolleginnen und Kollegen, die mit dieser Materie nicht so vertraut sind!

Senator Brinkmann hat eben ausgeführt, wie Veränderungen im Tidebereich der Weser entstehen können und welche Gefahren darüber hinaus entstehen können, wenn nicht ständig gebaggert wird, so daß ich dies nicht auch noch einmal zu erklären brauche.

Ich will nun einige Positionen der SPD-Bürgerschaftsfraktion zur geplanten Privatisierung deutlich machen und erläutern, warum wir sie ablehnen.

Erstens: Die SPD-Fraktion fürchtet um den Ruf der bremischen Häfen. Bremen und Bremerhaven sind als schnelle und leistungsfähige Häfen in aller Welt bekannt. Das liegt aber nicht nur daran, daß diese Schnelligkeit und Leistungsfähigkeit durch die Zahl, Art und Güte unserer Hafen- und Umschlagsanlagen

bestimmt wird oder durch die Tüchtigkeit der im Hafen Beschäftigten und ihrer Firmen.

Von ganz entscheidender Bedeutung für diesen weltweiten positiven Ruf der Häfen sind aber auch die Verbindungen zu und von den Häfen, und hier ganz besonders der Zustand der Außen- und Unterweser. Einschränkungen der garantierten und in Seekarten veröffentlichten Fahrwassertiefen, auch wenn sie nur vorübergehend sein sollten, bringen Gefahren für die Schifffahrt und direkte und indirekte Verluste mit sich.

Zweitens: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion befürchtet Wettbewerbsverzerrungen. Nicht nur für die Hafengruppe Bremen/Bremerhaven, sondern für alle deutschen Seehäfen könnte eine nicht ausreichende Fahrwasserunterhaltung angesichts ihrer Konkurrenzlage zu den West- und Südhäfen in kurzer Zeit zu schweren Einbußen führen. Wir wissen alle, daß Verkehre, die einmal gegangen sind, nicht mehr wiederkommen.

Drittens: Die SPD-Fraktion sieht fast 1400 Arbeitsplätze in der staatlichen Naßbaggerei gefährdet. In Bremerhaven und Bremen sind etwa 100 Arbeitsplätze gefährdet. Nach unseren Informationen sind die 54 Mann, die auf dem Saugbagger Ludwig Franzius beschäftigt sind, nicht bereit, in die private Naßbaggerei zu wechseln.

Für die übrigen Bediensteten, die mit dem Einsatz, der Ausrüstung beziehungsweise der Reparatur dieses Schiffes und der übrigen Geräte zu tun haben, würde somit jegliche Beschäftigungsgrundlage entfallen.

Viertens: Die SPD-Fraktion ist in Sorge um die vielen tausend Arbeitnehmer im Hafen und im Binnenland. Bekanntlich ist im Land Bremen jeder dritte Arbeitsplatz vom Hafen abhängig, in der Bundesrepublik darüber hinaus jeder dritte Arbeitsplatz vom Export. Was geschieht mit diesen Arbeitsplätzen, wenn der Umschlag in unseren Häfen stark rückläufig ist oder teilweise zum Erliegen kommt?

Fünftens: Die SPD-Fraktion sieht den geplanten Spülfeldverbund gefährdet. Wasser- und Schifffahrtsamt und Hansestadt Bremisches Amt sind sich fast einig, einen Spülfeldverbund zu betreiben, um beiden Behörden erhebliche Kosten zu ersparen. Eine Maßnahme insbesondere zugunsten bremischer Steuerzahler!

Sechstens: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion befürchtet eine private Monopolbildung. Es ist höchst wahrscheinlich, daß in Deutschland eine unternehmerische Konkurrenz auf dem Gebiet der Naßbaggerei, die die Kosten auf lange Zeit niedrig halten würde, nicht eintreten wird, zumal es nur wenige Naßbaggerunternehmen bei uns gibt. Der Druck übermächtiger Unternehmen, meistens aus dem Ausland, würde auf dem Markt zu einer unerwünschten Monopolbildung führen. Um aber am Markt zu bleiben, sei die Bildung eines Konsortiums und somit vielleicht eines Kartells unerläßlich. Das hätte zur Folge, daß die kleinen mittelständischen Betriebe, die jetzt genügend zu tun haben, auf der Strecke bleiben würden.

(B)

(C)

(D)

(A) Wir freuen uns, daß diese unsere Auffassung von der Gewerkschaft ÖTV und darüber hinaus von einigen norddeutschen Industrie- und Handelskammern geteilt wird.

Siebtens: Die SPD-Fraktion ist nicht der Auffassung der Bonner CDU und FDP, daß private Naßbaggereibetriebe billiger sind. Wir fragen uns erstaunt, wie können die Naßbaggerunternehmen Preise anbieten, die um 24 Prozent niedriger sein sollen als die Kosten der Baggerei bei den Wasser- und Schifffahrtsämtern.

Bisher ist dies auch nur behauptet worden, denn das mittelbar für die Baggerei eingesetzte Personal kann zum größten Teil auch bei einer Privatisierung nicht eingespart werden, weil die überwachenden Aufgaben wie Peilungen und Kontrollen keinesfalls fortfallen können, sondern eher noch verstärkt werden müssen.

Stichhaltige Vergleiche gibt es bis heute noch nicht! Auch der Bundesrechnungshof war bis jetzt nicht in der Lage, solch einen Vergleich auf den Tisch zu legen!

Achtens: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion ist überzeugt, daß die private Naßbaggerei darüber hinaus letztendlich teurer werden wird. Da — wie schon ausgeführt — eine Monopolbildung zu erwarten ist, werden auch von dort die Preise diktiert. Eine Alternative gibt es nicht mehr, denn die staatlichen Regiebetriebe sind weg.

(B) Da in unserer Marktwirtschaft auch Konkurse zum Geschäft gehören, frage ich nur einmal: Muß dann nicht doch der Staat wieder einspringen? Sicherlich zu weitaus höheren Kosten, als die Befürworter der Privatisierung sich heute vorstellen können!

Oder was geschieht, so frage ich weiter, wenn die Privatunternehmen sich wegen mangelnder Gewinne zurückziehen? Wer soll dann die Arbeit leisten? Sicherlich auch wieder der Staat und zu höheren Preisen!

Zusammenfassend stelle ich also für meine Fraktion fest: Die Übernahme der staatlich betriebenen Naßbaggerei in die private Naßbaggerindustrie ist arbeitsplatzfeindlich, volkswirtschaftlich nicht zu vertreten, ja sogar schädlich. Wir lehnen dieses Verfahren ab und schließen uns den Vorstellungen des Senats, die Senator Brinkmann eben erläutert hat, an.

Ich wäre aber auch schlecht beraten, wenn ich nicht abschließend auf die Rolle einiger Politiker der CDU, die sich in dieser Privatisierungsangelegenheit besonders hervorgetan haben, eingehen würde. Das will ich jetzt machen.

Da ist zuerst der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang von Geldern, der große Töner aus dem Landkreis Cuxhaven.

(Abg. Wilhelms [CDU]: Daß der sich ärgert, dafür habe ich Verständnis!)

Laut „Nordsee-Zeitung“ vom 9. 2. 1979 und „ötv-magazin“ vom März 1979 wandte er sich massiv gegen die beabsichtigte Privatisierung. Er schrieb an

(C) Helmut Kohl, sprach von „unverantwortlichem Abbau von Arbeitsplätzen“ und von „unerwünschter Monopolbildung“. Laut „Nordsee-Zeitung“ hatte er auch den CDU-Bundestagsabgeordneten Willi-Peter Sick inzwischen überzeugt. Wo blieb Herr von Geldern aber jetzt? Reagiert hat dagegen — wie schon früher — sein Cuxhavener SPD-Bundestagskollege Karl-Arnold Eickmeyer.

Dann ist in diesem Spiel auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Metz aus Bremen, der Spitzenkandidat der CDU, und so will ich ihn nicht vergessen. Nachdem von mir in der Sitzung der Deputation für Häfen, Schifffahrt und Verkehr am 15. 2. 1980 der Beschluß der Unterkommission Haushaltsausschuß angesprochen wurde, reagierte Herr Gassdorf sofort: „Wenn Metz dabeigewesen wäre, wäre das nicht passiert.“

Einen Tag später stand in der „Nordsee-Zeitung“ eine Presseerklärung von Herrn Gassdorf zu lesen: „Ich werde die bremischen CDU-Bundestagsabgeordneten auffordern, gegen eine Privatisierung der Naßbaggerei im Haushaltsausschuß des Bundestages zu stimmen.“

(Abg. Neumann [CDU]: Das hat er gemacht! Wie Sie sehen, ohne Erfolg!)

Was hat Herr Metz gemacht? Er hat sich vor Ort beim Wasser- und Schifffahrtsamt informiert, hat aber trotzdem für die Privatisierung gestimmt.

(Abg. Neumann [CDU]: Er wird schon seine Gründe haben!)

(D) Eine ganz merkwürdige Rolle spielt aber der CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Schröder aus Lüneburg. Immer wenn von Privatisierung der Naßbaggerei die Rede ist, ist er dabei. Er redet vom „antiquierten und ineffizienten staatlichen Wirtschaftsbe- reich“, von einer „mutigen Entscheidung für eine sinnvolle Privatisierung“ und so weiter.

Herr Schröder war auch dabei, als ÖTV-Bundesvorstand und CDU-Bundesvorstand Mitte letzten Jahres ein vertrauliches Gespräch miteinander führten, obwohl er nicht zum Kreis des Bundesvorstandes gehört.

(Abg. Lahmann [FDP]: Ein vertrauliches Gespräch, das Sie jetzt bekanntgeben?)

Obwohl die Naßbaggerei nicht Gesprächsgegenstand war und nach Auskunft der ÖTV nur am Rande erörtert wurde, verfaßte Herr Schröder einen Vermerk, daß auch die ÖTV für die Privatisierung in diesem Bereich wäre. Dieser Vermerk wurde dann gezielt an der Küste verteilt. ÖTV-Chef Kluncker hat den Inhalt dementiert und den Vermerk als eine reine Zweckmeldung bezeichnet.

Der Binnenländer Schröder muß sich von uns fragen lassen, welche Ziele er mit seiner Handlungsweise verfolgt. Tritt er ebenfalls so konsequent für eine Privatisierung der Straßenmeistereien auf den Autobahnen und Bundesstraßen ein? Bisher hat man

(A) da von ihm nichts gehört. Warum nur bei der Naßbaggerei?

Bedauerlich ist dann noch, daß nur das Bundesland Hamburg mit Bremen in dieser Privatisierungsfrage übereinstimmt. Wo bleiben die Reaktionen aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein? Sicherlich hat sich dort der harte Kurs von Frau Breuel durchgesetzt, die ja wohl alles privatisieren will.

(Abg. S a g n e r [CDU]: Ei, ei, ei, da hast du ja alles zusammen!)

Zum Schluß auch noch etwas zur FDP! Erstmals seit Bestehen der sozialliberalen Koalition haben zwei FDP-Abgeordnete mit der Opposition in einem Ausschuß gestimmt und das, obwohl sie über die Bremer FDP, wenn meine Informationen stimmen, und durch Senator Brinkmann bestens über die Bremer Auffassung informiert waren.

Wir fordern Sie, meine Damen und Herren von der FDP, auf, Ihren Parteifreunden in Bonn ganz kräftig auf die Füße zu treten, damit in dieser Sache noch eine Kurskorrektur eingeleitet werden kann!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Gassdorf.

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zehn Minuten Zeit, keine Zwischenfragen, kommen wir zur Sache!

(B) (Heiterkeit und Beifall)

Ich erlaube mir folgende Kurzzusammenfassung: Im Rahmen der Großen Anfrage hat die SPD vom Senat alles abgefragt, was seit Jahren in der Deputation für Häfen, Schifffahrt und Verkehr nie kontrovers war und von allen Fraktionen gemeinsam getragen worden ist.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das mußte hier einmal gesagt werden!)

Die Antwort des Senats zeichnete sich dadurch aus: Präsenz der SPD schwach, Beifall dünn, so daß man nur zusammenfassen kann, entweder interessiert das ganze Thema nicht, oder die Sozialdemokraten wissen gar nicht Bescheid, worum es geht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das letztere stimmt, meine Damen und Herren, dann muß ich — wiederum eine Kurzfassung von mir — das zusammenfassen, was der Kollege Töpfer gesagt hat: Bremerhaven, der große Schlamm kommt,

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. **Klein** [CDU]: Bremerhaven versinkt im Schlamm!)

die Monopole sind dabei, sich zu formieren, und die Massenarbeitslosigkeit steht bevor. Das war Ihre Zusammenfassung!

Neu ist: Die Kommission Naßbaggerei hat sich erlaubt, nach jahrelanger Prüfung eine Empfehlung

(C) auszusprechen in Richtung Privatisierung. Neu ist für die SPD-Fraktion natürlich auch die Äußerung der CDU und insbesondere des Bundestagsabgeordneten Reinhard Metz. Die Lage ist natürlich völlig klar. Die CDU im Land Bremen ist okay, aber der „böse“ CDU-Abgeordnete Reinhard Metz in Bonn ist an allem schuld, sollte die Privatisierung kommen.

Die Strategie der Sozialdemokraten ist auch klar: Den Dringlichkeitsantrag, den sie vorgelegt haben, müßte ja eigentlich die CDU-Fraktion mitmachen, sonst wäre sie unglaubwürdig. Die Konsequenz wäre, der CDU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Metz stünde isoliert da, und damit wäre die gesamte CDU im Land Bremen in sich zerstritten.

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen sagen, wir befinden uns hier in einem Landesparlament, wir spielen nicht Mühle und Zwickmühle, hier geht es darum, Widersprüche zu diskutieren und aufzuheben, und dazu will ich jetzt beitragen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nicht so weit gehen, daß wir als CDU noch anfangen, uns permanent mit den Widersprüchen der Sozialdemokraten in Bund und Land auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Sollten wir das tun, meine Damen und Herren, hätten wir von morgens bis abends Entschließungs- und Dringlichkeitsanträge.

(Erneuter Beifall bei der CDU — Abg. **Neumann** [CDU]: Zur Kernenergie!)

(D) Ich meine, ich will auch nicht Herbert Wehner zitieren mit Afghanistan,

(Abg. **Gerhard Fischer** [SPD]: Das können Sie auch gar nicht!)

darüber könnten wir lange reden.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Wedemeier** [SPD]: Wir könnten ja einmal über Strauß zu Chile diskutieren!)

Kommen wir nun zu den Vorgängen! Deputation für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, 15. 2. 1980! SPD fragt nach dem Stand der Naßbaggerei. Antwort des Hafensensors sinngemäß: Bremen hat schwerste Bedenken, Gscheidle soll nicht zustimmen, Bremer Senator für Bundesangelegenheiten sei informiert worden, es sei ein Koalitionsgespräch über die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen geplant. Bis dahin — Randbemerkung von mir — war die CDU überhaupt nicht im Film, darüber wurde auch nicht gesprochen.

Der Senat hat Anfang Februar 1980 Briefe geschrieben, an den Senat in Hamburg, an die FDP-Fraktion in Bremen, man möge wegen der Koalition in Bonn den Kollegen Gärtner bearbeiten, und der Senat hat auch einen Brief an Minister Gscheidle geschickt, nämlich am 4. 2. 1980. Daraus zitiere ich:

(A) „Für die CDU sei dabei maßgebend die Grundsatzfrage gewesen, so viel wie möglich zu privatisieren, selbst wenn es mehr kostet, während die FDP vor allem das private Naßbaggergewerbe unterstützen wollte. Für die SPD sei dabei vor allem Besitzstandswahrung der Mitarbeiter Motiv ihrer Entscheidung gewesen.“

Was der Senat in Richtung CDU sagt, darauf komme ich gleich noch zurück. Ich bin damit bereits bei Absatz zwei Ihres Dringlichkeitsantrags, meine Damen und Herren. Was muten Sie uns da eigentlich zu? Das gesamte Parlament muß der Ansicht sein, der Senat solle nun handeln. In Wirklichkeit hat er am 4. 2. 1980 gehandelt,

(Abg. J e t t k a [SPD]: Weiter hinten!)

er hat geschrieben, er hat alles vorgetragen. Wir können ihn bestenfalls auffordern, noch einmal Kopien hinschicken, und das lehnen wir ab, meine Damen und Herren. Das ist doch Augenwischerei!

(Beifall bei der CDU)

Jetzt einmal ganz kurz, wie sieht es denn eigentlich in Bremen aus mit der Baggerei?

Erstens: Eine Privatfirma baggert zur vollsten Zufriedenheit des Senats vor der Einfahrt zu den stadtbremischen Häfen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Hört, hört!)

(B) Jedes Jahr bietet sie Preise vom vergangenen Jahr, sie ist Tag und Nacht da, sie ist zuverlässig, wir bekommen das in den Vorlagen dauernd wieder dargestellt. Wo ist denn da der Schlamm, an dem wir hier ersticken, Kollege Töpfer? Ich sehe den nicht!

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Andererseits baggert in Bremerhaven unter Regie des Hansestadt Bremischen Amtes der Staat selbst, auch zur vollsten Zufriedenheit!

(Abg. W i l k e n [SPD]: Was?)

Nun kommen wir zur Privatisierung, Kollege Töpfer, da waren Sie noch nicht dabei. Festma, haben Sie den Namen schon einmal gehört? Die Festmacher sind abgekoppelt worden vom Staatsdienst, privatisiert worden mit Sozialplan zur vollsten Zufriedenheit aller unter der Federführung der Sozialdemokraten, die heute noch mit einem Schild herumlaufen und sagen, das war die beste Tat,

(Beifall bei der CDU)

wir haben keine Personal- und Stellenbelastung mehr. Diese Widersprüche, meine Damen und Herren, müssen Sie selbst einmal aufklären.

(Abg. W i l k e n [SPD]: Sie müssen nicht immer Äpfel mit Birnen vergleichen!)

Zur Privatisierung aus Sicht der CDU folgendes: Erstens: Ich weise mit aller Entschiedenheit jede

Behauptung zurück, die CDU wolle Arbeitsplätze gefährden oder vernichten. Das können Sie vergessen! (C)

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Ein für allemal, Privatisierung ja oder nein ist für die CDU keine ideologische Frage,

(Erneuter Beifall bei der CDU)

sondern von Fall zu Fall zu prüfen und zu entscheiden. Dabei gibt es Mindestanforderungen, das wollen wir nicht leugnen, meine Damen und Herren, bei Entstaatlichungsmaßnahmen, die zu berücksichtigen sind. Eine Privatisierung öffentlicher Aufgaben darf nur erfolgen, wenn die jeweiligen Leistungen dauerhaft und ohne Abstriche an Qualität und Quantität zur Verfügung gestellt werden und der Besitzstand der betroffenen Arbeitnehmer aus dem öffentlichen Dienst bezüglich der Arbeitsbedingungen und der sozialen Leistungen gewahrt ist.

(Beifall bei der CDU — Abg. D r. C a s s e n s [CDU]: Das ist der Punkt!)

Um es noch einmal deutlich zu sagen, Herr Kollege Jettka, man kann es nicht häufig genug wiederholen: Es gibt auch nicht den Schimmer eines Spaltes von Freiraum für die Behauptung, die CDU-Fraktion wolle durch Privatisierungsmodelle den Zugang zu den bremischen Häfen in Bremen und Bremerhaven gefährden und beziehungsweise oder auch nur einen Arbeitsplatz im Bremer Hafen aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. J e t t k a [SPD]) (D)

Das gilt auch für den Abgeordneten Metz. Damit ist es wohl deutlich und klar genug.

Jetzt sind wir bei Punkt zwei, meine Damen und Herren, bei dem Abstimmungsverhalten des Bundestagsabgeordneten Reinhard Metz. Dazu ist ja wohl noch etwas zu sagen.

Aber eine Anmerkung vorweg! Ich vermisse immer noch die öffentliche Belobigung von Reinhard Metz durch die SPD-Fraktion für sein Votum in Bonn in der CDU-Fraktion, das Polarforschungsinstitut nach Bremerhaven zu geben.

(Beifall bei der CDU — Abg. N e u m a n n [CDU]: Gegen die Fraktion! — Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Da konnte er gar nicht anders!)

Finden Sie von der SPD das eigentlich so selbstverständlich,

(Unruhe bei der SPD)

sich bei einer wichtigen Sache gegen die Mehrheit der eigenen Fraktion auszusprechen?

(Beifall bei der CDU — Abg. N e u m a n n [CDU]: Das kennen die gar nicht!)

Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, ich sehe hier einige der früheren Kollegen, die nicht mehr hier sind, vermutlich, weil sie es sich

(A) erlaubt haben, einmal eine eigene Meinung gehabt zu haben, und deshalb sind sie weg.

(Beifall bei CDU und BGL — Abg. **Stelljes** [SPD]: Ja, warum habt ihr sie denn abserviert? — Abg. **Wedemeier** [SPD]: Frech ist er! In Bremerhaven habt ihr sie alle abserviert!)

Bei seinem Votum im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages zum Thema Naßbaggerkommission hat sich unser Freund Reinhard Metz von folgenden Kriterien leiten lassen, Herr Kollege Wedemeier, Sie interessiert das bestimmt als Fraktionsvorsitzender.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Seine Gründe?)

Nein, ich meine, was ich jetzt Ihnen vortragen werde, sonst nichts.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Auch, sicher!)

Kollege Metz hat sich von folgenden Kriterien leiten lassen: Erstens: Auf Vorschlag des CDU-Abgeordneten Schröder, Lüneburg, wurde der Bericht der FDP, Drucksache 1354, zustimmend zur Kenntnis genommen und die Bundesregierung aufgefordert, die sich aus dem Bericht ergebenden Schlußfolgerungen unter Ziffer 10.1 bis 10.5 der Drucksache zu ziehen.

(B) In der Drucksache 1354 steht unter anderem folgendes, ich kann das nur schlaglichtartig darstellen:

a) Nur die Gewerkschaft ÖTV vertritt die Ansicht, daß in jedem Fall — ohne Prüfung des Einzelfalles — eine Privatisierung abzulehnen ist.

b) Die Gewerkschaft IG Bau, Steine, Erden, Kollege Töpfer, ist exakt gegenteiliger Ansicht.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Hört, hört!)

c) Alle drei Gutachten, davon zwei vom Bundesrechnungshof, sind für die Privatisierung.

Ich lege noch immer als Parlamentarier sehr viel Wert auf Gutachten eines Rechnungshofs. Das sind nämlich unsere Hilfskrücken bei der Kontrolle der Regierung.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Sie können doch zu Herrn Hartmann nicht Krücke sagen!)

d) Alle 349 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes werden von der Privatwirtschaft übernommen.

e) Die Behauptung ist falsch, die privaten Naßbaggereien befänden sich in holländischem Besitz.

f) Holland ist keine Gefahr. Dort hat es nie einen Regiebetrieb gegeben.

g) Das berufliche Schicksal der privaten Beschäftigten — das ist sehr wichtig —, etwa 2000 an der Zahl, ist nicht anders zu bewerten als das der öffentlich Bediensteten.

(Beifall bei der CDU)

(C) Letztens: Jede Selbstkontrolle ist unzweckmäßig. Der Staat kann sich nicht permanent selbst prüfen.

Herr Präsident, eine Frage! Ich habe noch einige Zeilen, aber auf meiner Uhr habe ich noch eine Minute, es kann aber sein, daß meine Uhr nachgeht.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Keine Kungelei jetzt!)

Lieber wäre es mir, wenn der Präsident dagewesen wäre. Der hätte sofort gesagt, stimmt!

Vizepräsident Ehlers: Herr Abgeordneter Gassdorf, ich kenne Ihre Uhr nicht, aber ich glaube, daß diese Stoppuhr unbestechlich ist, die wir hier oben im Präsidium führen.

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Habe ich noch eine Minute?)

Ich glaube, das Haus ist damit einverstanden, daß Sie Ihre Ausführungen noch ergänzen. Ich darf nur darum bitten, daß es nicht zu sehr überzogen wird.

Abg. **Gassdorf** (CDU): Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Dafür brauchen Sie keine Minute!)

(D) Für mehr Zitate reicht die Zeit leider nicht aus, auch nicht dafür, den Beschlußvorschlag unter Ziffer 10.1 bis 10.5 der Kommission Naßbaggerei wörtlich zu zitieren. Ich hoffe aber, daß das reicht.

Dieses Landesparlament sollte bitte vorsichtig sein, in eine voreilige Schelte von Bundestagsabgeordneten einzutreten oder die Abqualifizierung eines Ergebnisberichtes der Naßbaggereikommission des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages ohne vorherige gründliche Prüfung vorzunehmen!

Eben weil die Sozialdemokraten immer für eine Prüfung sind und erst dann für eine Bewertung oder Verurteilung, haben sie in diesem Fall exakt auch die Argumentation dafür geliefert, daß wir auch Absatz eins des Dringlichkeitsantrags nicht mitmachen können, denn darin gehen sie bereits davon aus, daß all das, was die Naßbaggereikommission in jahrelangen Untersuchungen und Betrachtungen ermittelt hat, Asche ist, der Senat absolut in besten Schuhen geht und wir von daher das Ganze vergessen können.

Soweit, meine Damen und Herren, sind wir im Moment noch nicht.

(Zuruf des Abg. **Jettka** [SPD])

Zunächst ist der Senat am Zuge. Hoffen wir, daß er die besseren Karten hat! Wir warten mit großem Interesse auf den Ergebnisbericht des Senats! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Ostendorff.

(A) Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Zunächst eine rein sachliche Feststellung! Das Thema, über das wir heute hier sprechen, gehört ausschließlich in die Kollekte des Bundestags, und wir müssen bei der ganzen Diskussion darüber uns im klaren sein, daß wir hier nur indirekt etwas erreichen können.

Herr Kollege Töpfer, Ihren Vorschlag an die FDP, wir möchten unseren Abgeordneten auf die Füße treten, werden wir bestimmt nicht befolgen, sondern wir werden uns wie bisher bemühen, unsere Kollegen in Bonn zu überzeugen.

(Beifall bei FDP und CDU — Abg. **Jettka** [SPD]: Das scheint aber nicht gelungen zu sein bisher!)

Ich würde vorschlagen, Herr Kollege Jettka, Sie hören erst einmal an, was ich zu sagen habe, und schimpfen dann anschließend!

Der Kollege Gassdorf meinte, er wolle hier nicht Mühle spielen und auch nicht Zwickmühle. Ich glaube, er weiß gar nicht, wie nahe er mit dieser Bemerkung der historischen Entwicklung gekommen ist. Bei den Bemühungen um die Vertiefung des Fahrwassers und die Beseitigung der ständigen Versandung der Weser wurden zuerst 1739 Bagger eingesetzt.

(Abg. **Wedemeyer** [SPD]: So früh!)

Die auf einem Schiff montierten Becherbagger wurden von einer Windmühle und Wasserrädern getrieben und hatten eine Arbeitstiefe von 3,5 Metern. Trotz verbesserter Geräte wurden die Arbeiten bereits 1746 wieder eingestellt. Da, Herr Gassdorf, haben Sie Ihre Windmühle!

(Präsident **D. R. Klink** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Außerdem, die Stellungnahme sowohl der Sozialdemokraten wie der Christdemokraten als auch der Freien Demokraten in der Deputation für Häfen, Schifffahrt und Verkehr ist eindeutig und einhellig. Alle drei Fraktionen sind der Meinung, daß auf das Land Bremen bezogen die Naßbaggerei bei der Bundeswasser- und Schifffahrtsverwaltung bleiben möge.

(Zuruf des Abg. **Jettka** [SPD])

Wir möchten hier deutlich feststellen, die Ausführungen des Senators für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, die wir eben gehört haben, waren nach Meinung meiner Fraktion sachlich und der Angelegenheit, die wir alle wollen, dienlich.

Ich bezweifle, ob die Art und Weise des Vortrags meines Kollegen Töpfer der Sache in der gewünschten Weise diene.

(Beifall bei der FDP)

Es ist einigermaßen unzweckmäßig, andere zu Bundesgenossen haben zu wollen und sie dann permanent zu beschimpfen. Ich werde mich allerdings in meiner Meinung dadurch nicht irritieren lassen, aber, Herr Kollege Töpfer, erleichtert haben Sie uns die

Arbeit nicht, und der Sache gedient haben Sie mit Ihren Ausführungen auch nicht. (C)

Die Freien Demokraten in Bremen sind unbeschadet ihrer grundsätzlichen positiven Einstellung zur Frage der Privatisierung für das Verbleiben der Naßbaggerei bei der öffentlichen Hand. Wir können das als Bremer Freie Demokraten natürlich nur für den für uns überschaubaren und zuständigen Raum sagen. Es ist bei uns selbstverständlich, daß die eingespielte Aufgabenverteilung beibehalten würde — Herr Senator Brinkmann hat darauf dankenswerterweise schon hingewiesen —, um es grob zu sagen: Unterhaltung öffentliche Hand, neue und größere Arbeiten in private Hand! Dies wird auch in dem Bericht der Kommission des Haushaltsausschusses deutlich herausgestellt.

Es wurde nun im Mai 1977 ein Gutachten vom Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung vorgelegt. Im April und Oktober 1978, im Mai und Oktober 1979 und im Januar 1980 hat dann die fünfköpfige Kommission des Haushaltsausschusses des Bundestages getagt, hat zwischendurch eine Ortsbesichtigung vorgenommen und hat am 11. Februar 1980 einen Bericht erstellt. Am 20. Februar 1980 hat der FDP-Abgeordnete Gärtner zu diesem Bericht noch einen Extrabericht vorgelegt.

Wir haben, Herr Kollege Jettka, uns mit unseren Kollegen im Bundestag ins Benehmen gesetzt. Ich bekenne offen, es ist uns nur bislang zu 33 Prozent gelungen.

Ich möchte aber hier eines noch einmal deutlich herausstellen. Der von mir erwähnte Bericht der Kommission ist eine gute, den Sachverhalt ausleuchtende Arbeit, er ist ohne Emotionen und wägt die Dinge ab. Ich halte es nicht für gut, Herr Kollege Töpfer, daß Sie aus dem Bericht nur die Dinge zitieren, die Ihnen passen, und die anderen nicht. Ich halte es nicht für gut und der Sache dienlich, daß Sie deutlich die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr erwähnen und nicht die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden, die genau das Gegenteil sagt. (D)

(Beifall bei der FDP)

Ich empfehle jedem, diesen Bericht zu lesen und die Argumente auf sich wirken zu lassen. Die Freien Demokraten sind der Meinung, daß die im Bericht genannten Zahlen, um wieviel Prozent eine private Naßbaggerei billiger wäre, stimmen. Wenn wir trotzdem der Meinung sind, daß die Unterhaltungsbaggerei in öffentlicher Hand bleiben soll, wenn wir trotzdem der Meinung sind, daß wir hier den unmittelbaren staatlichen Zugriff brauchen, daß wir diese Unterhaltungen wie bisher durchführen, zweifeln wir damit nicht die anderen Angaben des Berichts an.

Es ist auch nicht richtig und wird in dem Bericht deutlich erwähnt, Herr Kollege Töpfer, daß es ja unbillig wäre, in dem Bestreben, Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu halten oder vielleicht wiederzubekommen, zu vergessen, daß die gleiche Anzahl Beschäftigter in der Wirtschaft dann keine Arbeit hätte.

(Beifall bei der FDP)

(A) Ich halte nichts davon, selektiert einen gründlichen und klaren Bericht hier vorzutragen und nur die Dinge zu erwähnen, die einem passen, und die anderen nicht zu erwähnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privaten Betrieben muß in diesem Arbeitsgebiet ohnehin sehr eng sein. Wir meinen, daß das bisherige Verfahren, nach dem keineswegs alle Baggerarbeiten von der öffentlichen Hand durchgeführt, sondern Aufträge schon immer vergeben wurden, beibehalten werden soll.

Wir müssen allerdings ganz deutlich sehen, daß, nachdem der Bericht des Beauftragten damals vorlag und nachdem vom Haushaltsausschuß Mittel für Neuanschaffungen der Geräte für die öffentliche Hand gestoppt wurden, es plötzlich möglich war — der Senator hat die Zahlen genannt —, bei geringerem Personal eine größere Leistung zu erbringen. Dies empfehle ich jedem zum Nachdenken!

Die Freien Demokraten haben sich nun noch auseinanderzusetzen mit dem uns gestern übermittelten Antrag der Fraktion der Sozialdemokraten. Die den Senat tragende Fraktion stellt hier den Antrag, der Senat möge seine Pflicht tun. Das ist, kurz gesagt, der Text, und geht darüber hinaus, ich erwähnte es eingangs schon, auf ein Gebiet, das nun wirklich die Einflußnahme des kleinen Landes Bremen übersteigt.

(Glocke)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Gehen unsere Uhren gemeinsam richtig?

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, ich habe noch eine halbe Minute nach meiner Uhr.

(Abg. **Kunick** [SPD]: Herrn Ostendorffs Uhr ist vor Begeisterung stehengeblieben!)

Außerdem meint dieser Antrag der Sozialdemokraten — in schlichter Vereinfachung — die Naßbaggerei auf den Bundeswasserstraßen. Die ursprüngliche Anfrage war sehr viel präziser, in der nämlich die Bundeswasserstraße Weser gemeint war.

Die Freien Demokraten sehen sich nicht in der Lage, den Senat aufzufordern, er solle seine Pflicht tun, weil wir das von einer gewählten Regierung auch ohne dauernde erneute Aufforderung erwarten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben in diesem Fall den Eindruck, daß der Senat das Seine getan hat, daß er sich bemüht hat, und insofern, Herr Senator Brinkmann, bin ich ausnahmsweise mit Ihnen in der gleichen unglücklichen Lage, Ihr Bemühen war bisher genausowenig erfolgreich wie das Bemühen der Freien Demokraten in Bremen.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Leute in Bonn sind nicht Ihnen und auch noch nicht uns voll gefolgt. Vielleicht erreichen wir es noch.

(C) Abschließend: In dieser Formulierung sehen wir uns außerstande, dem Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten zuzustimmen, weil das selbstverständlich ist.

(Beifall bei der FDP — Abg. **Jettka** [SPD]: Da schleichen Sie sich aber billig davon!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wollen uns an diesem Streit um des Kaisers Bart, privat oder staatlich, nicht beteiligen, weil wir der Meinung sind, das haben wir seinerzeit bei den Haushaltsberatungen schon zu Protokoll gegeben, daß die Baggerei schlechthin Tiefen erreicht hat — die Mindesttiefe von neun Meter wird ja weit überschritten, wie Sie sicher wissen —, die die Schlämmsandschichten und so weiter so weit angenagt haben, daß die Städte Brake und Elsfleth über kurz oder lang in die Weser hineinrutschen werden.

(Lachen bei der SPD — Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Es braucht nicht gebaggert zu werden!)

Lachen Sie doch nicht! Vor zwei Tagen war eine Versammlung der Hauseigentümer in Brake. Da waren sich alle Hauseigentümer von rechts bis links dort einig, daß es so nicht weitergehen wird und daß sie eine Schadensersatzforderung gegen Bremen formulieren werden. Also, das kommt noch alles auf Sie zu. Wenn Sie das nicht wissen, ist das ja hochinteressant!

(Abg. **Kunick** [SPD]: Aber Elsfleth liegt an der Hunte, Herr Kollege!)

Jedenfalls — ich will das hier nicht groß ausdehnen — sind wir der Meinung, es sollte überlegt werden, ob Bremerhaven ausgebaut wird, und daß die Wahnsinnstiefen der Weser, die nach Bremen hier langsam gebracht werden, eingestellt werden. — Vielen Dank!

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe, wir befinden uns jetzt in der Abstimmung!

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 10/139 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und FDP)

(A) **Stimmenthaltungen?**
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 10/112, Kenntnis.

Werftenkonzept des Senats
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 11. März 1980
(Drucksache 10/115)

Für die Beantwortung dieser Großen Anfrage hat der Senat mit Schreiben vom 17. März 1980 um Fristverlängerung bis zur Sitzung am 7./8. Mai 1980 gebeten.

Die fragestellende Fraktion der CDU hat der Fristverlängerung zugestimmt, so daß dem Antrag des Senats stattgegeben wurde.

Die Große Anfrage kommt auf die Tagesordnung der Sitzung am 7. Mai 1980.

Aufsichtsräte staatlicher und kommunaler Eigen- und Beteiligungsgesellschaften

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 11. März 1980
(Drucksache 10/123)

(B) Der Senat hat mit Schreiben vom 14. März 1980 für die Beantwortung der Anfrage um Fristverlängerung bis zur Sitzung am 7./8. Mai 1980 gebeten.

Die fragestellende Fraktion der CDU hat der erbetenen Fristverlängerung nicht widersprochen, so daß dem Antrag des Senats stattgegeben wurde.

Die Große Anfrage kommt auf die Tagesordnung der Sitzung am 7. Mai 1980.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 6
vom 18. Februar 1980
(Drucksache 10/100)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7
vom 3. März 1980
(Drucksache 10/109)

Der Petitionsausschuß legt der Bürgerschaft (Landtag) zwei Berichte vor, die er in seinen Sitzungen am 18. Februar und 3. März 1980 abschließend beraten hat.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuß bittet, die Bürgerschaft (Landtag) möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.

(C) Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(BGL)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Empfehlungen zu bei Stimmenthaltung der Vertreter der Bremer Grünen Liste.

Wahl von 3 Mitgliedern und deren Vertretern für den Gemeinsamen Planungsrat der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen

Von der Bürgerschaft (Landtag) sind für den Gemeinsamen Planungsrat der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen drei Abgeordnete zu wählen.

Nach dem Höchstzahlverfahren von d'Hondt entfällt das Vorschlagsrecht für zwei Mitglieder und deren Vertreter auf die Fraktion der SPD sowie für ein Mitglied und dessen Vertreter auf die Fraktion der CDU.

Die Fraktionen haben ihre Wahlvorschläge unterbreitet. Sie sind in einem Umdruck an die Abgeordneten verteilt worden.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Dinné.

(D) Abg. **Dinné** (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wollen hier auch nur die Frage stellen, welchen eigentlichen tieferen Sinn die Gemeinsame Landesplanung hat, wenn zum Beispiel zu dem Problem der Wümmeregulierung dort die Auffassung vertreten wurde, daß die Regulierung eigentlich nicht stattfinden sollte, und nun lesen wir heute morgen in der Zeitung, daß die schon wieder schwer im Gange ist. Was soll solcher Affenzirkus eigentlich?

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Dinné, „Affenzirkus“ ist ebenfalls ein unparlamentarischer Ausdruck, den ich zurückweise! Wenn ich „ebenfalls“ sage, dann beziehe ich mich auf Äußerungen von gestern, die ich ebenfalls zurückgewiesen habe!

(Abg. **Klein** [CDU]: Im Interesse der Affen oder der Kollegen?)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! In Ergänzung zu den vorgelegten Namen zur Wahl der drei Mitglieder schlägt Ihnen die FDP-Fraktion vor, Herrn Heinrich Welke und Herrn Manfred Richter zu wählen. Ich darf das kurz begründen!

(Abg. **Wedemeyer** [SPD]: Gleich zwei Mitglieder?)

(A) Einer als Vertreter, Herr Wedemeier! Sie entnehmen ja den Vorschlägen auch jeweils zwei Namen.

Wir sind der Meinung, daß ein Gremium wie der Planungsrat der Gemeinsamen Landesplanung

(Abg. Neumann [CDU]: Daß er stärker wird!)

gerade nicht — stärker werden soll er, sicher! —, gerade nicht exakt entsprechend der starren Regelung des Höchstzahlverfahrens nach d'Hondt besetzt werden sollte. Es gibt sicher eine Reihe guter Gründe dafür, bei Entscheidungsgremien des Parlaments die Zusammensetzung so vorzunehmen, wie es dem Parlament selbst entspricht. Daran wollen wir auch gar nicht rühren.

Gremien allerdings, die in erster Linie die Beteiligung des Parlaments und möglicherweise auch größere Transparenz und Werbung für das, was dort in ihnen erörtert wird, sicherstellen sollen, bieten sich geradezu an, über das starre Verteilungsschema hinwegzugehen und sie sozusagen auf eine breitere parlamentarische Basis zu stellen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Und die Grünen jetzt?)

Die Grünen haben — und das überrascht mich, Herr Wedemeier — einen entsprechenden Vorstoß nicht unternommen. Ich hatte das eigentlich erwartet.

(B) (Abg. Wedemeier [SPD]: Aber wir haben doch nur drei Sitze, und es sind vier Parteien hier!)

Ja, wir können natürlich die Gremien nicht immer so weit vergrößern, daß alle berücksichtigt werden können!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sie haben doch eben gesagt, die müssen alle berücksichtigt werden!)

Nein! Es geht einfach darum, eine breitere Basis zu schaffen, als nach Ihren Vorschlägen gegeben ist.

Im übrigen, Herr Wedemeier, sind in diesem Planungsrat die Regierungen, die niedersächsische Landesregierung und die bremische Landesregierung, jeweils mit drei Vertretern beteiligt. Das heißt also, die SPD ist mit drei plus zwei, also mit fünf Mitgliedern in einem Sechsergremium von Bremer Seite voll vertreten.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Die zwei sollen die drei kontrollieren!)

Wie weit die Kontrolle der Regierung durch die Mehrheitsfraktion stattfindet, erleben wir ja ständig hier im Hause!

(Beifall bei der FDP — Abg. Wedemeier [SPD]: Damit ist Ihr Vorschlag gestorben!)

Ich darf noch einmal daran erinnern, daß in der Vergangenheit die FDP in Niedersachsen beispiels-

weise beteiligt war und daß sich das auch durchaus positiv ausgewirkt hat. Es gibt eine Reihe sehr intensiver und nutzbringender Kontakte auch innerhalb der Parteien zwischen Bremen und dem Umland, die auf diese Art und Weise eingebracht werden können. Wir bitten daher, unseren Wahlvorschlag zu unterstützen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Jäger, könnten Sie mir noch einmal Ihren Antrag genau formuliert sagen?

Abg. Jäger (FDP): Wir schlagen vor, anstelle des zweiten Vertreters der SPD unsere beiden Vorschläge zu wählen!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

Abg. Wedemeier (SPD): Ich habe nur eine Frage zum Verfahren, und meine Bemerkung erledigt sich gleich bei der Abstimmung. Das sollte nicht so gemeint sein! Stimmen wir geheim ab in Wahlkabinen, oder stimmen wir offen ab? Wir wären auch dazu in der Lage, per Akklamation offen, über jeden einzelnen hier abzustimmen! Wir schämen uns da überhaupt nicht!

(Abg. Klein [CDU]: Wir auch!)

Präsident Dr. Klink: Es heißt nach Paragraph 58 unserer Geschäftsordnung: „Wahlvorschläge müssen von mindestens fünf Abgeordneten oder einer Fraktion unterstützt sein.“

(Abg. Wedemeier [SPD]: So viele hat die FDP noch!)

Ein Abgeordneter kann nicht mehr als die Zahl der zu Wählenden vorschlagen.

Über Wahlvorschläge wird offen abgestimmt, es sei denn, daß ein Abgeordneter widerspricht.“

Meine Damen und Herren, wir haben auf der anderen Seite aber auch den Paragraphen 57 a zu beachten: „Berechnungsverfahren. Bei Wahlen wird für die Berechnung der zu vergebenden Sitze das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt zugrunde gelegt, sofern nichts anderes bestimmt ist.“ Es ist nichts anderes bestimmt, also gilt d'Hondt.

(Zuruf des Abg. Lahmann [FDP])

Eine Sekunde! Es geht um sechs Mitglieder, wenn wir die Vertreter mit dazuzählen. Nach d'Hondt hätte die FDP bei sieben einen Anspruch. Auch wenn man die Zahlen der ordentlichen Mitglieder und der Stellvertreter einmal addieren würde, wäre ein Anspruch nach d'Hondt für die FDP noch nicht gegeben. Es ist also eine Abweichung von der Geschäftsordnung. Das muß man sehen!

Ich schlage deswegen vor, daß wir jetzt zu einer Sachantragsentscheidung kommen, ob wir von der Geschäftsordnung abweichen wollen. Wenn das Par-

(C)

(D)

(A) lament der Meinung ist, wir sollen abweichen, dann kommen wir zu einer Wahl. Wenn allerdings das Parlament sagt, es bleibt bei der Geschäftsordnung, ist der Sachantrag der FDP abgelehnt.

Wollen wir so verfahren?

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Nein!)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Sachantrag der FDP, daß zwei Vertreter von der FDP gestellt werden. Das ist die Abweichung von der Geschäftsordnung.

Wer diesem Antrag in Abweichung von der Geschäftsordnung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Antrag ab.

Damit kommen wir zur Wahl.

Da jetzt nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß Paragraph 58 Absatz 3 der Geschäftsordnung per Akklamation vornehmen.

(B) Ergibt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Wer die vorgeschlagenen Abgeordneten in den Gemeinsamen Planungsrat der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend bei Stimmenthaltung der FDP und ohne Beteiligung der Bremer Grünen Liste. Sie ist nur physisch anwesend.

Ablehnung öffentlicher Hilfen des Landes Bremen für das SPD-eigene Unternehmen Verlag und Druckerei J. H. Schmalfeldt und Co.

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 25. März 1980
(Drucksache 10/130)

Der Entschließungsantrag mit der Drucksachennummer 10/130 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Klein, Neumann und Fraktion der CDU. Er liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt, daß sie die in der Vorlage des Senators für Wirtschaft und Außenhandel vom 17. März 1980 für eine Senatssitzung betreffend „Hilfen für Verlag und Druckerei J. H. Schmalfeldt und Co.“ vorgesehenen Maßnahmen nicht billigt, nämlich daß

1. die BGWA (Bremische Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit) sich mit 245 000 DM (gleich 49 Prozent) an der Auffangkonstruktion für den Verlag und Druckerei J. H. Schmalfeldt und Co. beteiligt,
2. die Senatoren für Finanzen, Wirtschaft und Arbeit bei der Behandlung der vorliegenden Anträge in den Bürgerschaftsausschüssen die Übernahme einer Landesbürgerschaft in Höhe von 3,5 Millionen DM zur teilweisen Besicherung eines Darlehns des „Weser-Kuriers“ von insgesamt 10,5 Millionen DM befürworten werden.

Meine Damen und Herren, bevor ich die Beratung eröffne, möchte ich einmal fragen, ob es denkbar ist, daß wir uns auf eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion und Gruppe einigen können.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Nein, wir haben ja Zeit!)

Wollen Sie es offenlassen?

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Wir streben das an!)

Es wird also angestrebt! Wir wollten das nur wegen der Zeitplanung wissen!

Ich eröffne die Beratung.

Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich muß Ihnen einen ebenso bestürzenden wie politisch erheblichen Sachverhalt unterbreiten zur Begründung unserer dringlichen Entschließung. Ich fasse den Sachverhalt kurz wie folgt zusammen:

Am 14. März unterbreitet der Geschäftsführer des Verlages und der Druckerei Schmalfeldt und Co. in Bremen dem Senatsdirektor Dr. Hennemann den dringenden Wunsch, Bremen möge sich beteiligen an einem Sanierungskonzept für das Schmalfeldt-Unternehmen. Dieses Sanierungskonzept müsse alsbald vollzogen werden, weil sonst der Fortbestand der Existenz des Unternehmens nicht mehr gesichert sei.

Das Sanierungskonzept selbst schlägt der Geschäftsführer des Schmalfeldt-Unternehmens in diesem Schreiben vom 14. März Herrn Dr. Hennemann vor. Es sieht folgendermaßen aus:

Der Gesellschafter des Unternehmens, die SPD-eigene Konzentration GmbH, die Presseholding der Bundes-SPD, scheidet aus Verlag und Druckerei Schmalfeldt und Co. aus. Es wird eine Auffanggesellschaft gegründet. An dieser Auffanggesellschaft sollen sich beteiligen das Land Bremen mit 49 Prozent, die Weser-Kurier GmbH in Bremen mit 24,5 Prozent und der Geschäftsführer des Unternehmens Schmalfeldt und Co. als Gesellschafter nun der Auffanggesellschaft mit 26,5 Prozent.

(C)

(D)

(A) Diesem neuen Unternehmen, dieser Auffangkonstruktion soll die Weser-Kurier GmbH ein Darlehen gewähren in Höhe von 10,5 Millionen DM zu dem denkwürdigen Zinssatz von vier Prozent.

(Oh-Rufe bei der CDU — Abg. Dinné [BGL]: Hofberichterstattung!)

Dieses Darlehen soll wie folgt gesichert werden: rund zu einem Drittel durch die Immobilien, zu einem weiteren Drittel durch Verpfändung aller Verlagsrechte und aller Titel und zu einem weiteren Drittel, nämlich in Höhe von 3,5 Millionen DM, durch eine Landesbürgerschaft.

Das ist also der Hilferuf des Geschäftsführers des Schmalfeldt-Unternehmens an Herrn Senatsdirektor Dr. Hennemann am 14. März 1980 mit diesem Vorschlag eines Sanierungskonzepts.

Herr Senatsdirektor Dr. Hennemann handelt sehr schnell.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wie immer! — Abg. Neumann [CDU]: Nein, sonst nicht! — Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Das ist ein tüchtiger Mann!)

Eilig strickt er mit heißer Nadel

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Soweit ich weiß, kann er gar nicht stricken!)

(B) und, wie ich fürchte, mit unglücklicher Hand eine Senatsvorlage, die er bereits am 17. März dem Senat vorlegt.

Sie müssen sich erinnern, der 14. war ein Freitag, der 17. ist ein Montag, Senatssitzungen finden montags statt, er hat also sozusagen über das Wochenende diese Senatsvorlage zusammengebastelt.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist ungewöhnlich schnell! — Unruhe bei der SPD)

Was die Eilfertigkeit angeht, sicherlich eine atemberaubende bürokratische Leistung!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Nicht aber, was den Inhalt angeht, meine Damen und Herren,

(Abg. Tiedemann [SPD]: Woher kennen Sie denn den Inhalt?)

denn er übernimmt einfach den Sanierungsvorschlag des Geschäftsführers der Firma J. H. Schmalfeldt und Co. und verlangt vom Senat eine Beschlußfassung, wie Sie sie aus unserem Antrag entnehmen können, nämlich einmal eine Beteiligung des Landes über die Bremische Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit in Höhe von 49 Prozent mit einem Preis von 245 000 DM und zum zweiten den Beschluß des Senats, daß die Senatoren für Finanzen, Wirtschaft und Arbeit im zuständigen Bürgerschaftsausschuß, wohin die Sache ja gehört, die Gewährung der Landes-

bürgerschaft zur teilweisen Besicherung des Darlehens der Weser-Kurier GmbH befürworten mögen. (C)

Meine Damen und Herren, dieser Sachverhalt gibt mir Veranlassung, Ihnen vier damit zusammenhängende politische Aspekte vorzutragen.

Erstens: Ich halte es für unververtretbar, daß eine SPD-Pleite mit Steuermitteln zu Lasten des einfachen Bürgers saniert werden soll.

(Beifall bei CDU und BGL)

Wir haben es bei der Konzentration GmbH zu tun mit einer im Eigentum der SPD stehenden Presseholding. Sie war nicht imstande, die von ihr gehaltene „Bremer Morgenpost“ und „Hamburger Morgenpost“ aus den roten Zahlen herauszuhalten. Ich verweise auf das Sanierungsgerangel, vor allem auf die damit zusammenhängende, nicht hinreichend gelöste sozialpolitische Komponente.

Nun verweigert dieselbe Konzentration GmbH dem in Schwierigkeiten geratenen Schmalfeldt-Unternehmen die Erhöhung des Eigenkapitals, weitere finanzielle Hilfen, und dies soll nun saniert werden durch eine unmittelbare Staatsbeteiligung.

(Abg. Neumann [CDU]: Skandal!)

Meine Damen und Herren, es ist wirklich nicht angängig, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Hilfe des Geldes der Steuerzahler durch Mißbrauch des Staates gelindert werden! (D)

(Beifall bei der CDU — Abg. Dinné [BGL]: Das ist doch üblich! — Heiterkeit bei der CDU)

Stellen Sie sich bitte vor — ich verweise auf den „Morgenpost“-Skandal —, die Bundesregierung hätte vorgeschlagen, Anteile zur Sanierung der Konzentration GmbH oder der „Hamburger Morgenpost“ selbst zu übernehmen! Meine Damen und Herren, ein Gelächter wäre durch die Bundesrepublik gegangen von Freilassing bis nach Flensburg! Nur in Bremen ist man nicht so sensibel, da kommt man sogar auf den Gedanken, durch unmittelbare Staatsbeteiligung ein bremisches Unternehmen, das im Besitz, im Eigentum der SPD steht, zu sanieren.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite politische Aspekt, den ich hier aus diesem Sachverhalt ableiten muß, ist der folgende: Sie hätten es zu tun, wenn dieses Sanierungskonzept vollzogen würde, mit einem halbstaatlichen Verlag. Sie müssen wissen, daß der Geschäftsführer Hauptgesellschafter geworden ist mit dem jetzigen Unternehmen Schmalfeldt und Co. in einer neuen Verlagsgesellschaft, die sich BOW nennt. Ich kann Ihnen die Abkürzung nicht weiter erläutern.

(Heiterkeit bei der CDU)

(A) Wichtig ist aber, daß diese neue Verlagsgesellschaft sieben Anzeigenblätter in sich vereinigt, ab 1. April ihre Aktivitäten beginnen soll und eine Gesamtauflage von sage und schreibe 430 000 Exemplaren hat.

Meine Damen und Herren, wenn an einem solchen Verlagsunternehmen, in dem Schmalfeldt und Co. Hauptgesellschafter ist, der Staat sich in dieser erheblichen Weise beteiligt, dann ist mit Recht ein unzulässiger staatlicher Zugriff und ein unzulässiger staatlicher Eingriff in die Medienlandschaft in unserer Region zu besorgen.

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Meine Damen und Herren, wir wären schlechte Sachwalter des öffentlichen Interesses, wir wären schlechte Sachwalter der Pressefreiheit, wenn wir dies schweigend hinnehmen würden!

(Beifall bei der CDU)

Der Senat hat sowohl am 17. März als auch am letzten Montag die Vorlage des Herrn Dr. Henne-
mann vertagt. Herr Senator Willms war nicht da, Bürgermeister Koschnick war auch nicht da, und diese Vertagung gibt uns die Chance, hier die Dinge zu bessern, zu wenden und dem Geschick der Parteipolitik der SPD in die Speichen zu greifen, und das ist ein ganz wesentliches Motiv unseres Antrags.

(B) (Beifall bei der CDU — Lachen bei der SPD — Abg. Beckmeyer [SPD]: Sie nehmen sich ja selbst nicht ernst! — Abg. Stäcker [SPD]: Passen Sie auf, daß Sie sich dabei die Finger nicht klemmen!)

Der dritte politische Aspekt, meine Damen und Herren, ist der folgende: Pressefreiheit, ein hohes Grundrecht, ein hohes Gut eines parlamentarischen demokratischen Politikers, ist das Ergebnis einer Emanzipation von staatlicher Gewalt, und das muß auch so bleiben. Wenn aber ein so bedeutendes Unternehmen wie die Weser-Kurier GmbH mit ihrem pressepolitischen Rang in dieser Region in eine finanzielle Verwicklung, Verflechtung, Verwobenheit gerät unmittelbar zum Staat, auch gesellschaftsrechtlich, dann ist die Unabhängigkeit vom Staat nicht mehr gewährleistet, und dann ist zu besorgen, daß die Pressefreiheit gefährdet ist.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen muß auch Besorgnis öffentlich artikuliert werden im Interesse der Mitarbeiter des „Weser-Kuriers“ und der „Bremer Nachrichten“ und im Interesse auch der öffentlichen Funktion dieser freien Redakteure, die der Pressefreiheit in erster Linie verpflichtet sind.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Der vierte Aspekt politischer Natur, meine Damen und Herren, ist nur eine Frage, aber eine Frage, ge-

boren aus — wenn Sie so wollen — leidvoller Erfahrung. Wie kommt es eigentlich, daß derjenige, der hier für die Bundes-SPD den Zylinder zu tragen hat, der Geschäftsführer des jetzigen Unternehmens, der selbst sagt, wenn nichts passiert, sind wir bis zum Monatsende wirklich am Ende, wie kommt es, daß dieser Zylinderträger

(Heiterkeit bei der CDU)

plötzlich mit einer Sperrminorität von 26,5 Prozent in der neuen Auffangkonstruktion erscheint? Ist das eigentlich üblich in der Marktwirtschaft? Ich könnte mich kaum erinnern! Woher kommt dieser Goldlaméflimmer plötzlich am Zylinder?

(Heiterkeit bei der CDU)

Erlauben Sie mir die Frage: Sollte dahinter wieder sozusagen aufgrund eines Treuhand- oder Kommissionsvertrags die alte Konzentration GmbH stecken, jetzt in einem etwas besseren Bett und dann auch noch unter der Decke?

(Stürmische Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die Frage, meine Damen und Herren, hat eine politische Erheblichkeit ersten Ranges, denn der Staat mit einem Anzeigenaufkommen von 430 000 Exemplaren unmittelbar in einer Gesellschaft mit der Weser-Kurier GmbH und dann vielleicht noch mit der Bundes-SPD selbst, wissen Sie, das wäre eine Situation, die uns wirklich zum Widerstand im Sinne unseres Grundgesetzes aufrufen würde.

(Beifall bei CDU und FDP)

Damit diese politischen Aspekte nicht traurige Wirklichkeit werden, bitte ich Sie, unserem Antrag zu entsprechen! Wir haben noch die Gelegenheit, noch ist der Senat nicht festgezurr.

Wenn Sie unserem Antrag nicht entsprechen sollten — ich halte es kaum für möglich —, dann allerdings, meine Damen und Herren von der SPD, würden Sie einen weiteren Beitrag dafür leisten, daß sogenannte bremische Modelle in der Bundesrepublik von Flensburg bis Freilassing nur noch auf Hohn und Spott stoßen und unser eigenes Ansehen mit dem Ansehen Bremens immer mehr in Mißkredit gebracht wird. Das wollen wir wohl alle nicht.

Daß eine solche Novität überregionale Bedeutung hat, daß plötzlich die SPD unmittelbar in die Medienlandschaft eingreift mit Hilfe des von ihr getragenen Staates, das ist ein Umstand, der mit Recht auf Kritik stoßen wird, und dem müssen wir alle vorbeugen. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senatsdirektor Dr. Hennemann.

Senatsdirektor Dr. Hennemann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich be-

(C)

(D)

(A) grüße die Möglichkeit, daß ich dem Hause die Gelegenheit geben kann, den Sachvortrag, soweit er sachlich war, von Herrn Klein zu ergänzen.

(Abg. Neumann [CDU]: Er war nur sachlich!)

Ich glaube, es ist erforderlich, wenn das Haus diesen Vorgang debattieren will, daß die tatsächlichen Sachverhalte Ihnen bekannt sind, so daß ich mich nur auf die sachlichen Fakten, soweit sie korrekturbedürftig sind, beschränken möchte.

Erstens: Richtig ist, daß der Verlag — ein normales bremisches Unternehmen, Herr Klein, einmal unabhängig von den Eignerverhältnissen, die ja Gegenstand der dann anschließenden Prüfung sind — am 14. 3. 1980 seinen Antrag, wie Sie ihn berichtet haben, der Wirtschaftsverwaltung mit Anschreiben an mich eingereicht hat. Die von Ihnen vorgetragenen Inhalte sind Inhalte des Antrags, wie er uns vorgelegt worden ist.

Zweitens: Richtig ist, daß ich von diesem Antrag am 17. 3. dem Senat Kenntnis gegeben habe, und ausschließlich — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Mit schriftlicher Vorlage zur Beschlußempfehlung!)

Bitte?

(B) (Abg. Neumann [CDU]: Zur Kenntnis gegeben haben mit schriftlicher Vorlage zur Beschlußempfehlung!)

Ich trage jetzt vor, ja!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Da waren Sie doch gar nicht da! — Abg. Kunicck [SPD]: Da waren Sie doch in der Wüste, wo Sie hingehören! — Heiterkeit bei der SPD — Abg. Wedemeier [SPD]: Mensch, hör auf! Ich war dabei! — Heiterkeit — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat Herr Senatsdirektor Dr. Hennemann!

Senatsdirektor Dr. Hennemann: Selbstverständlich habe ich mit schriftlicher Vorlage den Senat unterrichtet, denn in der Regel entscheidet der Senat nur auf der Basis schriftlicher Vorlagen! Das ist erforderlich, um die Sachverhalte richtig darzustellen und abwägen zu können.

Ich habe also dem Senat von diesem Antrag Kenntnis gegeben, den Senat darüber informiert, daß diese Zusammenhänge bestehen, und die Frage angeschnitten, ob wegen dieser Eigentumsverhältnisse, auf die ich den Senat aufmerksam gemacht habe, besondere Maßnahmen im Rahmen des Prüfungsverfahrens notwendig würden. Ich habe zweitens den Senat auf die Eilbedürftigkeit dieser Entscheidung hingewiesen.

Soweit ist der Sachverhalt hier richtig dargestellt worden, alles andere, Herr Klein, muß ich zumindest aus meiner Sicht berichtigen.

(Abg. Neumann [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. — Glocke)

Erstens: Wir bemühen uns zumindest, wenn ein — —.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senatsdirektor, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Neumann anzunehmen?

Senatsdirektor Dr. Hennemann: Nein, ich würde die Debatte dem Hause überlassen, ich möchte hier lediglich die Fakten aus der Sicht der Verwaltung richtigstellen.

(Starker Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Aber ich habe eine Frage zu den Fakten!)

Präsident Dr. Klink: Der Abgeordnete Neumann hätte eine Frage zu den Fakten, aber das ist Ihre Entscheidung, Herr Senatsdirektor, ob Sie die Frage annehmen.

Senatsdirektor Dr. Hennemann: Ich möchte die Debatte zum gegenwärtigen Zeitpunkt hier nicht führen, ich möchte lediglich die Einführung von Herrn Klein zur Sache ergänzen.

(Abg. Neumann [CDU]: Und dazu hätte ich eine Frage! — Abg. Dinné [BGL]: Wer ist das überhaupt, Herr Präsident? Der Herr ist doch nicht Mitglied des Hauses! Ist das ein Herr vom „Weser-Kurier“ oder wer? — Heiterkeit — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Dinné, Sie sollten sich einmal die Geschäftsordnung ansehen, dann würden Sie sich eine solche Frage ersparen können!

(Starker Beifall bei der SPD)

Das Wort hat Herr Senatsdirektor Dr. Hennemann. — Bitte sehr!

(Abg. Dinné [BGL]: Wir können doch trotzdem erfahren, wie sein Name ist!)

Senatsdirektor Dr. Hennemann: Herr Dinné, mein Name ist Hennemann. Ich bin der Vertreter des Senators für Wirtschaft und Außenhandel und habe in dieser Eigenschaft als politischer Beamter nach der Geschäftsordnung des Hohen Hauses die Gelegenheit, hier zu sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Weil Herr Klein mich persönlich angegriffen hat und außerdem — —.

(Abg. Neumann [CDU]: Persönlich angegriffen?)

(C)

(D)

(A) Ja, mich jedenfalls zitiert hat, sagen wir es so, nicht angegriffen! Also: Er hat mich zitiert und außerdem die Sache in einer Form dargestellt, die ich meine, ergänzen zu müssen, damit das Haus auf der Basis umfassender Information hier debattieren kann und nicht auf der Basis einer einseitigen Darstellung. Deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte jetzt als nächstes den Aspekt ergänzen, der die Geschwindigkeit betrifft, die Ihrer Meinung nach außergewöhnlich ist. Herr Klein, Sie müßten aus Ihrer Tätigkeit in den Bürgerschaftsausschüssen und bei Bürgerschaftsbehandlungen wissen, daß wir aus der Sicht der Verwaltung uns zumindest bemühen, jede Entscheidung durch bürokratische Sachverhalte nicht unnötig zu verzögern. Ich habe die Mitarbeiter hier praktisch über das Wochenende beschäftigt, ich kann Ihnen aber beliebig viele andere Fälle aus den Bereichen Luftfahrt, Werften und aus anderen Bereichen nachweisen, in denen ebenso verfahren worden ist.

(Beifall bei der SPD — Abg. Stichweh [SPD]: Das weiß er auch! — Abg. Klein [CDU]: Der Bürgerschaftsausschuß ist gar nicht befaßt worden!)

Zu diesem Punkt komme ich noch, Herr Klein.

(B) Außerdem ist falsch, daß nach dem Sinne des Antrags, wie Sie ihn interpretieren, eine SPD-Pleite mit Steuergeldern aufgefangen werden sollte. Der Antrag stellt eindeutig darauf ab, hier ein Sanierungskonzept vorzulegen, das eine privatwirtschaftliche Lösung vorsieht.

Die Sanierungsmöglichkeit ergibt sich im wesentlichen, wie Sie, Herr Klein, hier eben vorgetragen haben, aus den Konditionen des Darlehens. Die vier Prozent der Fremdfinanzierung sind, wie Sie schon mit Interesse bemerkt haben, der eigentliche Sanierungsanlaß. Das sind aber Mittel der Weser-Kurier GmbH und nicht irgendwelche Steuergelder, wie Sie mir sicher zustimmen werden.

Das zu beurteilen aber, Herr Klein, war nicht Gegenstand der Senatsvorlage. Dies ist vielmehr nach wie vor Gegenstand des normalen Bürgerschaftsverfahrens, das zunächst eine Prüfung durch die Treuarbeit vorsieht und dann in eine Vorlage für den Bürgerschaftsausschuß mündet.

Ich komme jetzt zum nächsten Punkt. Die Staatsbeteiligung ist ein Vorschlag des Antragstellers.

(Abg. Neumann [CDU]: Nicht Ihr Vorschlag?)

Aus der ökonomischen Intention des Antragstellers ist dieser Vorschlag sinnvoll.

(Abg. Klein [CDU]: Sie sind doch nicht nur Briefträger!)

(C) Wenn im Antrag nämlich drei Beteiligte auf privater Basis an einem Sanierungskonzept vorgeschlagen werden, dann ist es sinnvoll, daß denjenigen Beteiligten, die das Geld geben — und eine Bürgerschaft von 3,5 Millionen DM kann unter Umständen auch Geld sein —, vom Antragsteller auch eine Mitwirkungsmöglichkeit eingeräumt wird.

Falsch ist ferner, daß der Senat vertagt habe oder keine Entscheidung getroffen habe. Der Senat hat entschieden, daß die Verwaltung das normale Antragsverfahren einzuleiten hat. Es ist mir mündlich aufgetragen worden, wegen der Zusammenhänge, die ich vorgetragen habe, mit besonderer Sorgfalt zu prüfen.

Insofern, Herr Klein, könnte man sagen, daß dem Verlag und den dort betroffenen Arbeitnehmern eher ein Nachteil aus ihrer derzeitigen Zugehörigkeit zur Konzentration GmbH erwachsen ist. Der Senat hat nämlich eine besondere Sorgfalt bei der Prüfung gefordert, das ist aber in der vom Antragsteller für erforderlich gehaltenen Frist jedenfalls nicht mehr einzuhalten.

Deswegen ist dem Antragsteller aufgrund der Entscheidung des Senats mitgeteilt worden, daß die Entscheidung über seinen Antrag frühestens in der nächsten Bürgerschaftsausschußsitzung am 24. April fällt, wenn das normale Prüfungs- und Bearbeitungsverfahren im Bürgerschaftsausschuß abgeschlossen ist.

(D) Nächster Punkt, Herr Klein! Ich darf hier sagen, es bedarf aus meiner Sicht auf gar keinen Fall in irgendeiner Form Ihres Antrags, um irgendwelchen Machenschaften in den Arm zu fallen. Es ist selbstverständlich, daß dies eine Angelegenheit der Bürgerschaftsausschüsse ist.

Ich darf jetzt vielleicht Ihrer von mir geahnten Frage den Versuch einer Antwort vorwegnehmen. Die Frage des Beschlußvorschlages, Herr Neumann, kennzeichnet ein Problem, das immer dann entsteht, wenn man aus Vorlagen seine Entscheidungsprozesse ableitet, die einem auf — sagen wir einmal — nicht normalen Wegen zugehen. Wenn Sie eine normale Bürgerschaftsvorlage der Verwaltung abgewartet hätten, wären sie in der Lage gewesen, einen geordneten Meinungsbildungsprozeß auch in Ihrer Fraktion zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Der Senat ist doch kein Papierkorb! Das ist doch eine Senatsvorlage, das ist doch etwas Wertvolles!)

Ich betone nochmals, Herr Klein: Maßgebend für das Handeln der Verwaltung ist die Entscheidung des Senats. Die Entscheidung des Senats ist im Gegensatz zu Ihrer Annahme dahingehend gefallen, ohne Rücksicht auf den Antragsteller mit besonderer Sorgfalt hier das normale Bürgerschaftsverfahren vorzubereiten. Lediglich diese Entscheidung ist vom Senat von mir erbeten worden.

(Abg. Klein [CDU]: Ich habe gesagt, daß noch nicht entschieden sei!)

(A) Ich glaube, der Sachverhalt ist nunmehr klar, Herr Klein. Es sind weder irgendwelche Entscheidungen gefallen noch ist sonst irgend etwas problematisch,

(Abg. Klein [CDU]: Deswegen stelle ich doch den Antrag!)

sondern es wird hier das normale Verfahren ablaufen. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL *)): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Daß der Abgeordnete Dinné eben feststellen wollte, wer eigentlich vor mir hier am Rednerpult gestanden hat, hat natürlich nicht seinen Grund darin, daß wir nicht wußten, wer Herr Dr. Hennemann als Person ist. Das ist uns sicherlich bekannt. Er war ja auch schon öfter hier bei den Bürgerschaftssitzungen anwesend.

(Abg. Stichweh [SPD]: Dann müßte er doch wissen, daß er nicht vom „Weser-Kurier“ ist! Dann ist es ja noch schlimmer, daß er solche Fragen stellt!)

Es geht darum, in welcher Funktion er hier gesprochen hat. Wir wollten das einmal klarstellen. Er hat hier gesprochen in der Funktion als Vertreter des Senators, und Senatoren sprechen hier in der Funktion als Vertreter des Senats. Es hat also der Senat hier durch den Mund von Herrn Dr. Hennemann gesprochen.

(B) Da stellt sich für uns in der Tat die Frage, und die ist sehr bemerkenswert und sehr bedenklich, nämlich die Frage, die in anderen SPD-geführten Landesregierungen in jüngster Zeit häufiger diskutiert worden ist, der persönlichen Zurechenbarkeit von Fehlverhalten, von Fehlaussagen für den Vertretenen, also die Zurechenbarkeit von Handlungen untergeordneter Stellen auf den Vertretenen, sprich hier den Senat.

Wir haben den Skandal in Hamburg gehabt, wo ein Senator gehen mußte, weil er spätestens, als ihm sein Bürgermeister erklärte, er müsse gehen, gemerkt hat, daß dies eben zurechenbar war. Allerdings war das dem Herrn Bürgermeister in Hamburg noch nicht zurechenbar. Wir haben das jetzt in Hessen wieder erlebt, und vielleicht ist das hier in Bremen schon ein ähnlicher Fall. Allerdings geht es hier nicht um die Umweltbelastung, sondern es geht ums Geld.

Wenn Herr Dr. Hennemann hier erklärt, er habe lediglich für den Senat einen Antrag des Antragstellers dargestellt und auf die Eilbedürftigkeit hingewiesen, und es sei gar nicht sozusagen zu einer Beschlußvorlage gekommen, daß der Senat nun in diesem Sinne beschließen solle, dann ist das schlicht-

*) Vom Redner nicht überprüft.

weg falsch. Wir haben schon zu anderen Zeiten deutlich gemacht, daß wir durchaus auch unsere Informationen über die Vorgänge im Senat haben, nicht nur, wenn Herr Dinné feststellen darf, wie der eine Senator den anderen Depp nennt,

(Heiterkeit bei der CDU)

sondern auch, was Inhalt solcher Beschlußvorlagen ist. Ich glaube, es ist wohl nötig, das hier einmal deutlich zu machen.

Herr Klein hat auf viele wichtige Punkte schon hingewiesen. Es hat auch im „Weser-Report“ einiges inhaltlich schon gestanden. Man kann das noch dahin ergänzen, daß die Eilbedürftigkeit im Grunde von Herrn Dr. Hennemann noch etwas stärker gesehen wurde, als Herr Klein das hier darstellte, nämlich über das Wochenende. Die Beschlußvorlage datiert vom 17. März und lautet „zur Vorlage für die Sitzung des Senats am“ — offen gelassen und dann eingefügt — „17. 3.“. Er hat also von Mitternacht bis morgens 9 Uhr, oder wann der Senat begonnen hat, das geschafft.

(Abg. Neumann [CDU]: Donnerwetter, das ist aber schnell! — Abg. Wedemeier [SPD]: Was sind Sie doch für ein Korinthenkacker!)

Das ist die rein technische Seite. Aber nun geht es um die Inhalte. In der Vorlage heißt es zunächst: „Bezug: Beigefügtes Schreiben der Firma vom 14. März“. Das wissen wir. Dann geht es um das Problem. Da gibt es zwei Probleme, die hier gesehen werden. Das erste Problem sind die wesentlichen Daten des Sanierungskonzeptes, weil nämlich das Unternehmen vorgetragen hat, daß es ein Sanierungskonzept brauche für den Fortbestand seiner Existenz.

Der zweite Punkt, und das ist das Problem, wie es hier der Senat sieht, ist ein politisches Problem! Es heißt nämlich: „Politisch ist zu entscheiden, ob die Tatsache, daß hier auf privatwirtschaftlicher Basis ein Sanierungskonzept entwickelt wurde, die unter Umständen“ — das ist also ein politisches Problem und ist politisch zu entscheiden — „politisch relevanten Aspekte überkompensiert, daß durch diese Konstruktion mit Hilfe des Landes ein Verlag gerettet wird, der während seiner Zugehörigkeit zur Konzentration“ — Einschub von mir, Herr Klein hat darauf hingewiesen, SPD-eigene Holding — „in eine konkursreife Lage geraten ist.“

(Abg. Neumann [CDU]: Das steht in der Vorlage!)

Das in der Tat sieht der Senat als Problem an.

(Abg. Klein [CDU]: Herr Hennemann auch!)

Herr Hennemann auch! Nicht die Arbeitsplätze stehen da im Vordergrund, sondern der Punkt, daß eben hier die SPD ein Unternehmen herunterge-

(C)

(D)

(A) wirtschaftet hat und daß es allerdings einen schlechten Eindruck macht, wenn nun die SPD-geführte Landesregierung auch noch das Geld dafür hinlegen soll. Ich komme darauf noch zurück.

(Abg. Neumann [CDU]: Hat er richtig erkannt!)

Nun zu der Frage, was eigentlich in der Vorlage in puncto Beschlußfassung gestanden hat! Da wird weiter vorgetragen, was vom Land erwartet wird. Herr Klein hat das hier auch schon deutlich gemacht. Es wird die vorübergehende Übernahme von 49 Prozent des Gesellschaftskapitals erwartet, nämlich 245 000 DM, das mit fünf Prozent garantierter Dividende ausgestellt wurde. Das soll also übernommen werden. Das erwartet der Antragsteller. Dazu kann man sagen, na ja, da habe ich dargestellt, was der Antragsteller erwartet, und dann die Landesbürgerschaft.

Aber nun geht es weiter: b) Lösung des Problems! Nun kommt der Vorschlag. Was schlägt denn Herr Hennemann nun vor? „Erstens: Es wird vorgeschlagen“ — und nicht „es wird dargestellt“ —, „es wird vorgeschlagen, das Sanierungskonzept, das 118 Arbeitsplätze sichern würde, mit den beantragten Hilfen zu unterstützen.“ Das ist doch ein Beschlußvorschlag! Was erzählt er uns denn hier?

(Beifall bei BGL und CDU — Abg. Klein [CDU]: Das als Ressortmeinung!)

(B) „Zweitens: Die bremische Beteiligung sollte von der Bremischen Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit gehalten werden.“ Also soll doch der bremische Staat hier die 245 000 DM lockermachen! Das wird vorgeschlagen.

Zu Lösungsvorschlägen gehört natürlich immer, daß er sich Gedanken — immerhin vernünftig von der Methodik her — über die Alternativen macht. Auch das zeigt ja, daß hier tatsächlich konkrete Beschlüsse vorbereitet werden.

Welche Alternativen stellt man sich denn vor? Erste Möglichkeit: Der Staat übernimmt nur eine Bürgschaft, aber keine Beteiligung. Das heißt also, bei einer Beteiligung, das wird sehr klar erkannt, da soll das Geld fließen! Eine andere Möglichkeit wäre, überhaupt keine Landesbeihilfen zu geben.

Was ist die politische Einschätzung dieser beiden Alternativen? Ich zitiere: „Die Alternative zu eins sollte mittelfristig angestrebt werden.“ Also nur Bürgschaft, keine Beteiligung! Was das bedeutet, darauf komme ich gleich noch zurück. Dann heißt es weiter: „Die Alternative zu zwei“ — keine Landesbeihilfen — „würde den Verlust des Unternehmens bedeuten.“

(Abg. Klein [CDU]: Wie schrecklich!)

Mit anderen Worten, da sagen Sie doch ganz klar, und das ist der Beschlußvorschlag, die Lösung, die dem Senat hier vorgelegt wird, wenn er nichts tut,

dann sind die pleite, dann sind die Arbeitsplätze weg. Das ist doch nicht mehr eine Darstellung aus der Sicht des Unternehmers, sondern eine Darstellung aus der Sicht des Senats

(Beifall bei BGL und CDU)

oder jedenfalls — wir müssen hier differenzieren — des Vertreters des Senators!

(Abg. Tiedemann [SPD]: Es besteht ein Unterschied zwischen Vorlage und Beschlüssen!)

Dann geht die Vorlage noch weiter. Nun informiert uns die Vorlage ja auch vernünftigerweise darüber, was uns das Ganze denn kostet. Es steht ganz klar darin, zirka 250 000 DM Beteiligungskapital kostet uns das!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Nun werden Sie doch nicht hysterisch! Benehmen Sie sich doch einmal!)

Herr Beckmeyer, natürlich kann ich einmal hysterisch werden, wenn wir hier im Parlament angelegen werden!

(Beifall bei BGL und CDU — Glocke)

Ich weiß, jetzt kommt wieder der Ausspruch, das sei unparlamentarisch. Aber unparlamentarisch ist, wenn hier Vertreter des Senats solche Erklärungen abgeben, daß im Senat nur Vorlagen, Darstellungen zitiert werden und nicht darauf hingewiesen wird, daß hier Beschlußvorlagen kommen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Adamietz, ich gehe davon aus, daß hier ein Vertreter des Senats nicht bewußt die Unwahrheit sagt.

(Abg. Neumann [CDU]: Das hat er nicht gesagt!)

Ich glaube, die Diskussion wird zeigen, daß das falsch ist. Insofern weise ich diesen Ausdruck zurück.

(Abg. Neumann [CDU]: Wie das denn? Wie können Sie das denn wissen, Herr Präsident? — Glocke)

Entschuldigung, ich habe gesagt, solange nicht die Sache für mich geklärt ist, weise ich diesen Ausdruck zurück!

(Abg. Neumann [CDU]: Sie haben mehr gesagt! — Unruhe — Glocke)

Abg. Adamietz (BGL): Herr Neumann, lassen Sie es gut sein! Ich halte den Herrn Präsidenten gern daran fest. Solange ihm das Gegenteil nicht bewiesen ist, mag das seine Auffassung sein. Ich habe bereits jetzt eine andere Auffassung.

Ich möchte weiter ausführen, in dieser Vorlage wird dann auch der Punkt Abstimmung mit anderen

(C)

(D)

(A) Stellen behandelt. Das ist klar, hier kann ja nur stehen, eine Abstimmung konnte aus Zeitgründen nicht erfolgen. Selbstverständlich, zwischen Mitternacht und morgens früh!

Interessant ist auch der weitere Punkt, der da steht, Öffentlichkeitsarbeit. Es soll also auch damit öffentlich gearbeitet werden. Als Stichwort! Die Antwort aber für die Öffentlichkeitsarbeit: Mit diesem Punkt kann der Senat nicht öffentlich arbeiten! Also steht da auch, die Angelegenheit ist zur öffentlichen Behandlung nicht geeignet!

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir sind natürlich ganz anderer Meinung. Wir sind hier im Parlament, und wir wollen auch öffentliche Angelegenheiten hier behandeln.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut, Herr Kollege!)

Dann kommt der Abschluß, und das ist noch einmal der Kernpunkt, den ich auch genannt habe, da steht: Beschlußvorschlag, noch einmal ganz ausdrücklich!

(Abg. Tiedemann [SPD]: Das ist doch nicht gleich Beschluß! Begreifen Sie das nicht?)

Das begreife ich, daß das nicht Beschluß ist!

(B)

(Zurufe von der SPD)

Das ist doch völlig klar! Ich weiß doch, daß das nicht Beschluß ist! Aber Herr Dr. Hennemann hat uns doch eben erzählt, er hätte nicht einmal einen Beschlußvorschlag eingereicht, sondern er hätte nur das Anliegen des Antragstellers dargestellt, der Senat sollte einmal überlegen, was man denn nun tun könnte, und in Wirklichkeit laufe das doch alles über die Bürgerschaftsausschüsse!

Nichts ist in den Bürgerschaftsausschüssen, denn was steht in dem Beschlußvorschlag? Der Herr Hennemann mutet dem Senat zu zu beschließen: Der Senat nimmt zustimmend zur Kenntnis, daß die Bremer Gesellschaft für Wirtschaft und Arbeit sich mit 245 000 DM, gleich 49 Prozent, an der Auffangkonstruktion für den Verlag und Druckerei Schmalfeldt und Co. beteiligt. Das soll der Senat also beschließen, zustimmen!

Er soll weiter beschließen, daß die Senatoren für Finanzen, Wirtschaft und Arbeit bei der Behandlung der vorliegenden Anträge in den Bürgerschaftsausschüssen die Übernahme einer Landesbürgerschaft in Höhe von 3,5 Millionen DM zur teilweisen Besicherung eines Darlehens der Weser-Kurier GmbH von insgesamt 10,5 Millionen DM befürworten werden. Die Senatoren sollen also gebunden werden durch Senatsbeschluß!

(Abg. Klein [CDU]: Völlig richtig!)

Uns wird hier erzählt, im Bürgerschaftsausschuß gehe das seinen normalen Gang! Ich habe es zitiert, es sollte beschlossen werden, ohne Rücksicht auf den Antragsteller das normale Verfahren vorzubereiten. Wenn das das normale Verfahren ist, dann vielen Dank!

(Beifall bei BGL und CDU)

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zur Wertung dieses Vorgangs machen! Niemand, glaube ich, selbst die SPD nicht, wird es wagen zu sagen, in einem solchen Fall soll der ganze Betrieb in Staatsregie übernommen werden nach dem Motto, das wir aus anderen Ländern kennen, Staatsverlag. Die Regierung macht sozusagen das in Regie, setzt einen Senatsdirektor dahin, der als Geschäftsführer oder so fungiert, und der Bürger soll zahlen. Das steht natürlich alles unter dem Aspekt, daß hier ein Sanierungskonzept notwendig ist, daß also das Geld fehlt, daß herabgewirtschaftet wurde.

Niemand würde das wollen, und die SPD würde es nicht wagen, uns das anzubieten.

Aber was ist denn der Unterschied hier? Hier wird das ganze Verfahren nur umgedreht, das verschleiert die Sache ein bißchen und soll sie uns schmackhaft machen. Da wird ein privatwirtschaftlich geführter Verlag heruntergewirtschaftet, dann geht man zum Staat und sagt, zahle einmal die Bürgschaften und die Beteiligungen, damit das weiterläuft!

Das ist doch einfach nur eine Verdrehung von zwei Phasen dieses Vorgangs, nämlich daß einerseits heruntergewirtschaftet wurde und daß andererseits Geld fehlt. Erst wird heruntergewirtschaftet, und dann soll der Staat eingreifen.

Dann kann auch gleich der Staat von vornherein die Regie übernehmen! Das ist praktisch nichts anderes als die Staatsregie! Die Staatsregie geht hier natürlich sehr schön in Bremen durch SPD-Regierung und SPD-Mehrheit, die hier das Sagen hat, und der Steuerzahler soll zahlen. Da kommen die langen Finger der SPD, die in jedermanns Portemonnaie hineingreifen!

(Beifall bei der BGL)

Ganz deutlich wird das an einem Punkt — eigentlich unfaßbar für mich —, den ich hier noch einmal erwähnen muß, ganz kurz, damit deutlich wird, wie sehr in der SPD das schon verfilzt ist.

(Unruhe — Zurufe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz! Das gilt auch für die ersten Reihen im Parlament!

Abg. Adamietz (BGL): Herr Präsident, das dient doch nur dazu, daß Sie das Haus zur Ruhe mahnen können, wie das immer so ist, wenn ich hier etwas sage, damit mir die Redezeit abläuft! Ich bitte also, mich hier nicht mehr zu unterbrechen!

(Zurufe von der SPD)

(C)

(D)

(A) Was steht hier? Ich möchte das noch einmal ganz genau betonen. „Wesentliche Daten des Sanierungskonzeptes“, so heißt es in der Vorlage, „sind die Reprivatisierung, das heißt die Ausgliederung aus der jetzigen Unternehmensgruppe Konzentration.“

Hier steht also sozusagen eine Legaldefinition, was für die SPD Reprivatisierung heißt. Aus der privaten SPD-Konzentration GmbH wird reprivatisiert, indem der Staat sich beteiligen soll! Das ist Reprivatisierung!

(Beifall bei BGL und CDU)

Mit anderen Worten, die SPD hat schon jetzt das Gefühl, ihre Konzentration GmbH war etwas Öffentliches, etwas Staatliches, das jetzt reprivatisiert wird, weil der Staat nur mit 49 Prozent da hinein soll!

(Beifall bei BGL und CDU — Abg. Klein [CDU]: Das ist das Staatsverständnis von Herrn Hennemann!)

(B) Meine Damen und Herren, ein weiterer Aspekt ist der, daß der „Weser-Kurier“ noch beteiligt wird — ich will das nur kurz ansprechen —, die Monopolisierung der Presselandschaft in Bremen, „BN“ geschluckt, die „Mo-Po“ stirbt, und jetzt sollen noch die Anzeigenblätter in die Höhe gebracht werden. Herr Klein hat es angesprochen. Das ist die andere Seite der Hofberichterstattung, des Pressewesens in Bremen! Der Zugriff auf den Sender Radio Bremen kommt hinzu. Wir wissen, was das eigentlich politisch bedeutet: Die Medien in Bremen sind Regierungsmedien!

Das Makaberste an der ganzen Angelegenheit ist, daß die SPD durch diese Politik der CDU noch die Gelegenheit gibt, sich hier hinzustellen und zu sagen, die CDU sei der bessere Sachwalter der Pressefreiheit! Das — Herr Neumann hat das hier wunderbar vorexerziert in der Radio-Bremen-Debatte —, das also von einer Partei, die da, wo sie die Pfründe in den Händen hat, ob das Herr Albrecht ist in Niedersachsen oder Herr Springer oder sonstwer, wie das in der Presselandschaft geht,

(Zurufe — Unruhe)

die also selbst diesen Zugriff, wo immer es nur geht, probt!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Klatschen Sie einmal!)

Meine Damen und Herren, ein letztes Wort!

(Unruhe — Glocke — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Er weicht vom Thema ab!)

Ein letztes Wort! Zu den Bürgschaften wollte ich noch etwas sagen. Es geht nicht nur darum, einfach sich vorzustellen, das sei ja nur eine Bürgschaft, noch nicht das ausgegebene Geld. Wir haben ausgeführt in den Haushaltsberatungen, daß hier die Bürgschaften über kurz oder lang in Anspruch genommen werden. Das ist wie bare Schulden jetzt schon!

(C) Der zweite Punkt, den ich noch einmal deutlich machen will, ist, hier soll eine Beteiligung von 250 000 DM aufgebracht werden, im Grunde genommen ein lächerlicher Betrag, wenn es darum ginge, tatsächlich 118 Arbeitsplätze zu sichern.

Ich meine, wenn man einmal die 3,5 Millionen DM Bürgschaft und 250 000 DM Beteiligung den 5,7 Millionen DM gegenüberstellt, die dieses Haus sich allein für die Fraktionszuschüsse bewilligt hat, wo nicht 118 Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, dann sieht man die Dimensionen, wie das eigentlich auch in diesem Parlament gemacht wird, wenn es um die eigene Tasche geht!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sie haben sich ja schon 70 000 DM abgeholt!)

Bei diesem Druckhaus, bei der Konzentration GmbH, geht es um die eigene Tasche der SPD, und da greift sie noch unverschämter zu!

Wir haben einen anderen Vorschlag zu machen. Wir haben gehört, der „Weser-Report“ steht wirtschaftlich auch nicht mehr so ganz toll da. Wir schlagen vor, daß er auch eine Unterstützung bekommt,

(Abg. Neumann [CDU]: Sehr schön!)

und wir werden eine Zeitung gründen, den „Grün-schnabel“, den wir immer herausgeben, und da bieten wir dem Bremer Staat eine Beteiligung an, auch für 250 000 DM, allerdings nur 49 Prozent, damit wir die Mehrheit behalten, und werden dann auch mit dem Geld ein paar Arbeitsplätze schaffen!

(Beifall bei BGL und CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

Abg. Kunick (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei den beiden Vordnern habe ich zunächst, das darf ich einmal sagen, einen kleinen Unterschied bemerkt. Der Herr Klein hat mit Arroganz, aber durchaus mit Humor gesprochen, der Herr Adamietz war nicht nur arrogant, sondern auch noch ausgesprochen verkniffen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Willers [BGL]: Wie bezeichnen Sie sich denn?)

Lassen Sie mich zu dem Antrag Stellung nehmen aus der Sicht der SPD-Fraktion! Meine Damen und Herren, der Fraktionsvorstand der SPD hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt zu einem Zeitpunkt, als der „Weser-Report“ noch nicht versucht hat, diese Angelegenheit zu nutzen, sie für die CDU zu vermarkten. Der Fraktionsvorstand der SPD ist einstimmig

(Abg. Neumann [CDU]: Das „Delmenhorster Kreisblatt“ war die erste!)

(A) zu der Auffassung gekommen, daß eine Staatsbeteiligung an einem solchen Verlag wie an jedem Verlag überhaupt nicht in Frage kommen kann.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein
[CDU]: Das ist der Knockout für Herrn
Hennemann!)

Wir sind der Auffassung, daß es der Meinungsbildung im Lande überhaupt nicht dienen kann, wenn der Staat sich ausgerechnet an Verlagen, sei es dauerhaft oder auch nur zwischenzeitlich, beteiligt. Wir lehnen ein solches Verfahren grundsätzlich ab!

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Auffassung, daß bei jedem Unternehmen, das mit einem Antrag kommt, in der gebotenen Sachlichkeit zu überprüfen ist, wie die wirtschaftliche Lage des Unternehmens ist, ob unter den Gesichtspunkten von Arbeitsplätzen und Steuern eine Hilfe mit Aussicht auf Erfolg gegeben werden kann oder abgelehnt werden muß, weil eine Aussicht auf Erfolg nicht besteht.

Wir sagen nicht von vornherein zu einer Bürgerschaftsbehandlung in Bürgerschaftsausschüssen, wir würden auf jeden Fall ablehnen, sondern es kommt darauf an, wie unter Arbeitsplatzgesichtspunkten, wie unter Gesichtspunkten der Steuerkraft, auch unter Gesichtspunkten, wie der Markt ist, daraus ergeben sich ja auch Chancen oder Nichtchancen, ein Bürgerschaftsantrag zu beurteilen ist. Wir werden dabei den Gesichtspunkt der Arbeitsplätze im Druckereigewerbe gebührend berücksichtigen.

Ich darf hinweisen auf einen Satz, von dem ich den Vorrednern nicht übelnehme, daß sie ihn natürlich nicht zitiert haben, daß in jener Vorlage auch steht, dieser Beschlußvorschlag würde gemacht, soweit nicht die Prüfung der wirtschaftlichen Gegebenheiten zu einer anderen Empfehlung führe.

Wir Sozialdemokraten bringen eindeutig zum Ausdruck, daß wir überhaupt keine Absicht haben, ein Herausziehen der Konzentration GmbH aus diesem Vertrag — —. Ich darf einmal an dieser Stelle im Parlament deutlich sagen, daß die SPD des Landes Bremen das Verfahren der Konzentration GmbH, sich aus dem Verlag herauszuziehen, nachdem der groß investiert hat, uns bei dieser Gelegenheit durch Verkauf unser eigenes Parteihaus unter dem Hintern weggezogen hat, um in die Neustadt zu gehen, in ein neues Gebäude zu ziehen, daß wir Bremer Sozialdemokraten dieses ganze Verfahren überhaupt nicht billigen!

(Beifall bei der SPD)

Aber das geht nun nicht so weit, daß wir diesen Verlag schlechter behandeln würden als jeden anderen, der käme und sagt, daß es eine schwierige wirtschaftliche Lage gebe und daß ein Konzept vorhanden sei. Dieses Konzept wird dann erst zu prüfen sein.

Ich sage nur hier und heute für die Öffentlichkeit, eine Staatsbeteiligung an irgendwelcher Presse kommt für Sozialdemokraten, für uns Sozialdemokraten hier im Hause nicht in Frage! Das nehmen Sie zur Kenntnis, und dann können wir die Debatte auf die Punkte beschränken, die vielleicht noch zu debattieren sein werden!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Kunick, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Kunick** (SPD): Ja, gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Abgeordneter Adamietz!

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Kunick, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie die Senatsvorlage auch kennen? Würden Sie mir dann noch einmal bitte diesen Satz — ich konnte das eben nicht so schnell mitschreiben —, diese Einschränkung, die da gemacht werden soll, soweit nicht wirtschaftlich andere Möglichkeiten bestehen oder so, das haben Sie gesagt, noch einmal sagen? Ich habe das auch nicht in der Senatsvorlage gefunden, aber Sie können mir vielleicht darüber noch einmal Aufklärung geben!

Abg. **Kunick** (SPD): Ja, gern!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Jetzt lügt er! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Diesen Ausdruck weise ich ebenfalls zurück! — Bitte, Herr Abgeordneter Kunick!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Er sagt die Unwahrheit!)

Abg. **Kunick** (SPD): Ich habe hier, Herr Abgeordneter, eine handschriftliche Notiz des Herrn Senatsdirektors mit den Worten „soweit nicht die Prüfung der wirtschaftlichen Gegebenheiten zu einer — —.“

(Zurufe von CDU und BGL — Abg. **Dinné** [BGL]: Ist doch hinterher eingesetzt, das können wir doch auch!)

Der Unterschied ist aber, Herr Kollege Adamietz, daß ich zu dem Herrn Senatsdirektor Hennemann Vertrauen habe,

(Abg. **Neumann** [CDU]: Immer noch?)

während ich zu Ihrer KP-abgeleiteten Taktik keinerlei Vertrauen habe!

(Starker Beifall bei der SPD — Abg.
Dinné [BGL]: Billig, billig!)

Jetzt möchte ich einmal zur Wertung kommen! Ich stelle fest, daß über die Angriffsschiene, die hier benutzt worden ist, Hennemann gleich „Weser-Kurier“, die Vier-Mann-Gruppe im Hause die alte KPD-Argumentationsschiene, die SPD sei die Partei, die

(C)

(D)

(A) die Monopole vertritt, diese alte Argumentationsschiene der Weimarer Zeit, weitergefahren hat, die nämlich immer bei der KPD darauf hinausgelaufen ist, den demokratischen Staat anpinkeln, die Sozialdemokraten kaputt machen wollen, um in deren Erbe einzutreten!

(Beifall bei der SPD)

Dies ist Ihre parlamentarische Strategie!

(Abg. Dinné [BGL]: Die Sozialdemokraten machen sich doch selbst kaputt!)

Diese, Herr Dinné, tragen Sie hier in diesem Hause vor. Sie wird bloß nicht zum Erfolg führen!

(Abg. Willers [BGL]: Das ist keine Argumentationsschiene, sondern traurige Erfahrung!)

Nun zur CDU! Ich stelle fest —

(Unruhe)

ich mache es auch noch leiser, es wird Sie trotzdem interessieren —, die CDU bringt eine Zeitung heraus, eine Zeitung, in der Anzeigen stehen, die am Anzeigenmarkt interessant ist, den „Weser-Report“.

(Abg. Klein [CDU]: Das gilt auch für andere!)

(B) Jawohl, das gilt auch für andere, Herr Kollege Klein!

Das Haus Schmalfeldt gibt Zeitungen heraus, Zeitungen, die am Werbemarkt interessant sind. Jetzt gibt es eine interessante Situation: Ein Unternehmen ist in Schwierigkeiten, es soll nach unserer Auffassung in private Hände, wenn diese Konzentration es gegen unseren Willen nicht mehr hält, denn wir in Bremen haben keinen Einfluß auf diese Konzentration, dies zu verhindern.

(Abg. Klein [CDU]: Das war doch vorher auch privat in dem Sinne!)

So, jetzt kommt der Punkt! Warum gehen Sie mit Ihrem „Weser-Kurier“ derartig — —.

(Lachen bei der BGL)

Entschuldigung an die Kollegen des soliden „Weser-Kurier“!

Warum gehen Sie mit Ihrem unsoliden „Weser-Report“ in der Weise rufschädigend mit dem Unternehmen J. H. Schmalfeldt um?

(Abg. Neumann [CDU]: Das war doch drei Tage vorher im „Delmenhorster Kreisblatt“!)

Herr Neumann, das, was Sie hier in Bremen betreiben, ist nichts anderes, als dieses Unternehmen marode zu machen durch eine derartige Propaganda,

(Beifall bei der SPD)

durch eine derartige Propaganda, um — ich möchte (C) einmal marktwirtschaftlich sprechen — den Anzeigenmarkt zugunsten des „Weser-Report“ zu bereinigen!

(Erneuter Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Wir sind jetzt schuld! Das müssen Sie der „Nordsee-Zeitung“ auch vorwerfen, da stand es zwei Tage vorher!)

Ich darf feststellen: Das Herausziehen der Konzentration aus Schmalfeldt wird von uns außerordentlich bedauert. Das aber muß Schmalfeldt als Steuerzahler, als Arbeitsplatz nicht kaputt machen. Ich stelle fest: Schmalfeldt ist nur einmal kaputtgemacht worden und wird durch eine Art übelster Indiskretion an den Rand des Kaputtmachens gebracht.

An den Rand des Kaputtmachens bringt die CDU-Fraktion Schmalfeldt durch Schädigung des guten Rufs, kaputtgemacht haben Schmalfeldt 1933 die Nationalsozialisten, als sie die Druckerei gleich beschlagnahmten!

(Anhaltender Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU — Abg. Ingeborg Förster [CDU]: Sie müssen sicher wiedergewählt werden, Herr Kunick!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde die Lage einigermaßen gespenstisch, die sich hier entwickelt. Der eine fängt an, aus vertraulichen Senatsvorlagen zu zitieren — —.

(Abg. Klein [CDU]: Darauf steht nichts von Vertraulichkeit!)

Gut, dann sind sie nicht für vertraulich erklärt, jedenfalls wird aus Senatsvorlagen zitiert, die ihrer Natur nach vertraulich sind, wenn ich mich richtig entsinne.

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Ja!)

Der nächste Redner einer anderen Gruppe fährt mit den Zitaten fort und zitiert — —.

(Abg. Klein [CDU]: Und Sie machen jetzt den Saubermann!)

Einen Moment! Was haben Sie denn gegen einen Saubermann?

(Abg. Dinné [BGL]: Sie sind doch nur sauer, daß Sie nichts wissen!)

Man muß ja nicht immer dreckig sein, Herr Kollege!

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und SPD)

Also, der andere fährt fort, aus dieser Senatsvorlage zu zitieren! Dann werden noch hand-

(D)

(A) schriftliche Notizen eines Senatsdirektors, offenbar im Zusammenhang mit dieser Senatsvorlage angefertigt, zitiert,

(Abg. Neumann [CDU]: Die FDP ist die einzige, die das wußte!)

und der Senatsdirektor selbst dementiert und bestätigt nun einzelne Teile dieser offenbar doch ihrer Natur nach vertraulichen Vorgänge.

Richtig ist, Herr Kollege Klein, daß die FDP-Fraktion über die im Mittelpunkt der Beratung stehende Vorlage des Senats nicht verfügt,

(Abg. Dinne [BGL]: Aha!)

und darum, das sage ich jetzt schon, werde ich am Ende meiner Ausführungen beantragen, daß die Sitzung der Bürgerschaft unterbrochen und die Senatsvorlage an alle Mitglieder dieses Hauses verteilt wird, damit Waffengleichheit hergestellt wird.

(Beifall bei FDP, CDU und BGL)

Unbeschadet dieses Antrags, meine Damen und Herren, bedauere ich es außerordentlich, daß mit solchen Unterlagen so umgegangen wird, auch in der öffentlichen Diskussion,

(Beifall bei FDP und SPD)

(B) denn wenn wir das einführen, jetzt einmal völlig losgelöst von dem politisch brisanten Fall Schmalfeldt, dann können wir die Bürgerschaftspolitik beenden,

(Erneuter Beifall bei FDP und SPD)

denn sie eignet sich nicht dafür, auf dem Marktplatz erörtert zu werden.

(Abg. Dinne [BGL]: Sie soll ja auch beendet werden!)

Ja, meine Damen und Herren von der Bremer Grünen Liste, über Grundsätze der Bürgerschaftspolitik, das finde ich auch, sollte man öffentlich reden, aber es kann natürlich auch Diskussionen über Einzelfälle im Bürgerschaftsverfahren geben, die gerade das Ziel, das mit einer Bürgerschaft erreicht werden soll, wieder gefährden. Sie werden, denke ich, wenn wir darüber in Ruhe sprechen, auch einsehen, daß nun nicht jedes Detail gerade in diesem Bereich öffentlich erörtert werden kann.

Aber, meine Damen und Herren, dies war nur die Ankündigung des Antrags. In der Sache selbst möchte ich auch mit einem Zitat beginnen — freilich nicht aus der Vorlage, die wir nicht haben, sondern mit einem Zitat aus der Presse, die allen zugänglich ist.

(Abg. Klein [CDU]: Also Zeitung lesen Sie doch!)

Leider kann ich nicht zitieren, das möchte ich hier auch einmal anmerken, aus den großen bremischen

(C) Tageszeitungen „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“.

(Abg. Neumann [CDU]: Warum wohl nicht?)

Da findet sich ja leider über diesen Vorgang, der in zahlreichen Medien erörtert wird, kein Wort. Das ist auffällig,

(Abg. Neumann [CDU]: Hört, hört!)

wenn auch nicht ganz unverständlich.

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Die sind eben so sachlich!)

Nur, diese Tatsache weist, ich möchte einmal sagen, in einer feinsinnigen und behutsamen Weise darauf hin, daß gewisse Funktionen der bremischen Medienlandschaft offenbar von Umlandzeitungen wahrgenommen werden. Deshalb zitiere ich jetzt auch aus dem „Delmenhorster Kreisblatt“, aus dem die bremischen Bürger sich über diesen Vorgang informieren mußten, wenn einmal von einer bestimmten Sonntagszeitung abgesehen wird, die es ja auch noch gibt.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das ist ja nicht das erste Mal!)

Folgendes Zitat aus einem Artikel des „Delmenhorster Kreisblatts“ vom 21. 3. 1980 —.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Gut, daß Sie das gelesen haben, Herr Lahmann, sonst wüßten Sie gar nichts!)

(D)

Da haben Sie recht!

(Lachen bei der CDU)

Ich zitiere: „Die wirtschaftliche Talfahrt von Schmalfeldt hat eine Vorgeschichte. 1974 wurden die vom Verlag herausgegebenen drei Stadtteilzeitungen um zwei weitere ergänzt, für das ganze Stadtgebiet ein Angebot gemacht. Die Redaktion wurde ausgeweitet und ein Jahr später nicht mehr gebraucht, weil der neue Geschäftsführer Wächter auf Redakteure verzichtete und sich auf das Anzeigenblattgeschäft verlegte. Der Dank der SPD war nur dem damaligen Chefredakteur sicher, der seither Pressesprecher der Bürgerschaft ist.“

(Abg. Neumann [CDU]: Wer ist das denn?)

Ja, wer ist das wohl? Sie müssen einmal im Personalverzeichnis der Bürgerschaft nachschlagen! Ich zitiere weiter aus dem Zeitungsartikel.

„In den zurückliegenden Monaten sollte das Unternehmen wieder expandieren. Im Zusammenhang mit dem Umzug in ein größeres Gebäude wurde auch eine millionenschwere Rotation angeschafft. Nun steht die Firma vor dem Ende.“ Weiter unten in dem Artikel heißt es dann: „Vielleicht folgt dem Umzug schon bald der Auszug aus dem neuen Gebäude.“

(A) Meine Damen und Herren, der unbefangene Betrachter fragt sich: Was war da passiert? Wir stellen fest, daß ganz offensichtlich in diesem Unternehmen Managementfehler und ständige Umplanungen geschehen sind, die anscheinend, jedenfalls wenn man dieser Quelle folgen darf, zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt haben.

Ich möchte es einmal so nennen, wie es der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, im Zusammenhang mit dem Fall „Morgenpost“ ausgedrückt hat, als er auf die Ursachen für solche im Bereich der SPD-Medienpolitik stattfindenden Managementfehler hinwies. Er zitierte Tucholsky, der da sagte: „Gott schuf Kluge, Dumme, ganz Dumme — und Geschäftsführer der SPD-Presse“ als Steigerungsform.

(Heiterkeit — Beifall bei FDP, CDU und BGL)

Dies ist ein schlichtes Zitat, das gut in die Ursachenforschung darüber paßt, wie es zu diesem Problem gekommen ist.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Wir fühlen uns nicht beleidigt, Herr Lahmann!)

Meine Damen und Herren, wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein kann, solche Managementfehler zu honorieren. Der scharfe Wind des Wettbewerbs muß auch solche Unternehmen erfassen

(Beifall bei der FDP)

und gerade solche, die in der Nähe einer Regierung stehen.

Meine Damen und Herren, ich finde es ein wenig bedauerlich, daß es uns nicht ohne weiteres möglich erscheint, einmal wegen des Informationsdefizites, das wir haben, Herr Kollege Klein, andererseits aber auch wegen gewisser problematischer Formulierungen, uns mit dem CDU-Antrag zu identifizieren. Inhaltlich kann ich das tun, aber bitte, Herr Kollege Klein, wenn wir zur Unterbrechung kommen, ist es noch möglich, unsere zusätzlichen Gesichtspunkte zu bedenken.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Dazu kommen wir nicht, Herr Kollege! Er hat die Vorlage nicht!)

Sehen Sie einmal, die Senatsvorlage wird zur Grundlage einer Entschließung gemacht, und es soll aus der Senatsvorlage offenbar ein Teil des Inhalts mit der Bitte, daß die Bürgerschaft dem widersprechen solle, zum Beschluß erhoben werden!

(Abg. K l e i n [CDU]: Der wörtliche Beschlußvorschlag!)

Wenn ich die Vorlage bekomme, bin ich in der Lage, dies nachzuprüfen. Ich wäre sofort in der Lage, Herr Kollege Klein, zu sagen, wir lehnen jede Staatsbeteiligung ab. Nur, in bezug auf die

Senatsvorlage, die ich nicht habe, habe ich Probleme, wie Sie verstehen werden. (C)

Ein weiterer Punkt: Sie widersprechen in Ziffer 2 Ihres Entschließungsantrags anscheinend dem Beschluß des Senats, bestimmten Senatoren Empfehlungen für den Beratungsgang mit auf den Weg zu geben. Ich glaube, daß die Bürgerschaft in solch einen Entscheidungsvorgang des Senats formal nicht eingreifen kann. Das ist ein formales Argument, Herr Kollege.

(Abg. K l e i n [CDU]: Das ist aber eine politische Entscheidung!)

Wir können dem Senat nicht vorschreiben, welche Empfehlungen er einzelnen Senatoren gibt und welche Haltung sie nach Meinung des Senats nun in einem bestimmten Verfahren, das letzten Endes in den Bürgerschaftsausschüssen endet, einnehmen sollten. Da können wir als Bürgerschaft formal nicht eingreifen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Natürlich!)

Wir können nur inhaltlich sagen, dieses und jenes Ergebnis wollen wir nicht.

Darum bitte ich, Herr Kollege Klein, in der Fassung der Entschließung diese Rechtslage zu berücksichtigen! In der Sache haben wir so gut wie keine Differenzen, wenn wir auch der Meinung sind, daß letzten Endes die Bürgerschaftsausschüsse zu entscheiden haben und heute keine endgültigen Entscheidungen fallen können, weil ja, wie wir gehört haben, die Überprüfung, etwa durch die Treuarbeit in diesem Fall, noch stattfindet. (D)

Ich sage aber sehr deutlich, in der Sache: Die FDP lehnt eine direkte und indirekte Staatsbeteiligung an diesem Unternehmen, auch an Folgeunternehmen in diesem Zusammenhang, ab!

(Beifall bei der FDP)

Es ist nicht Aufgabe des Staats, notleidenden Unternehmen dadurch auf die Beine zu helfen, daß sich der Staat dort einkauft, schon gar nicht in ein Unternehmen, das mit Medienpolitik zu tun hat.

Alle Unternehmen, auch Verlage und Druckereien, müssen sich im Wettbewerb der Marktwirtschaft bewähren. Dies gilt gerade auch für Unternehmen, die einer Partei gehören. Eine Extrawurst, eine Sonderbehandlung — schon gar im positiven Sinne — kommt überhaupt nicht in Betracht.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Das ist auch gar keine Sonderbehandlung!)

Ein solcher Antrag, sobald er vorgelegt werden wird, wird von den zuständigen Gremien, von den Bürgerschaftsausschüssen, sorgfältig zu prüfen sein. Dabei werden alle Fraktionen — wir werden das besonders sorgfältig tun — sich ihrer Verpflichtung bewußt sein müssen gegenüber den zahlreichen kleinen und mittelständischen Druck- und Verlagsbetrieben im Land Bremen, die solche Förderung

(A) nicht beantragt haben und möglicherweise auch nicht bekommen würden. Wir bitten also schon jetzt, sehr kritisch die Sonde anzusetzen!

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß die FDP bei allen Bürgerschaften nach den folgenden Grundsätzen verfahren wird: Wir werden die Gewährung von Bürgerschaften nur unterstützen, wenn ein Unternehmen auch in Hinblick auf die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur künftig selbständig lebensfähig ist, wenn der Bürgerschaftsnehmer ein zukunftsorientiertes Unternehmenskonzept vorlegt und wenn Arbeitsplätze gesichert werden. Für uns, meine Damen und Herren, ist nicht erkennbar, daß diese Grundsätze im vorliegenden Fall erfüllt sind.

Ich warne, meine Damen und Herren, gerade die SPD vor den vielfältig in Bremen schon vorgekommenen subtilen Formen der Selbstbedienung aus der Staatskasse! In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß schon erhebliche öffentliche Aufträge an dieses Verlagshaus gegangen sind. Es gibt andere Formen subtiler Beteiligung, die den Schluß, den wir hier schon mehrmals gezogen haben, zulassen, daß die SPD den Senat und zum Teil auch Stadt und Land Bremen als ihren verlängerten Arm betrachtet, als ihr Eigentum. Meine Damen und Herren, dieser Eindruck darf nicht bestehenbleiben! Sie selbst müssen ein großes Interesse daran haben, daß dieser Eindruck nicht wieder erweckt wird.

(Abg. Kunick [SPD]: Aber Sie haben das Interesse, eben das zu schüren, Herr Kollege!)

(B)

Sie müssen sich mit allen kritischen Argumenten auseinandersetzen. Ich denke, daß die Öffentlichkeit und wir alle gemeinsam einen unzulässigen Versuch der Selbstbedienung vereiteln werden.

Nun, meine Damen und Herren, stelle ich förmlich den Antrag, die Sitzung der Bürgerschaft zu unterbrechen, um Gelegenheit zu geben, daß die Senatsvorlage an alle Abgeordneten verteilt wird, damit eine sachgerechte Entscheidung über den CDU-Antrag, der sich darauf bezieht, möglich wird. — Ich danke!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Lahmann, wir haben eine gewisse Schwierigkeit, denn ich kann nicht übersehen, ob es eine vertrauliche Vorlage ist. Ich gehe davon aus, daß Senatsvorlagen vertraulich sind, aber es fällt nicht in meine Kompetenz, das zu entscheiden. Ich gehe ferner davon aus, daß sich gleich ein Mitglied des Senats zur Vertraulichkeit äußern wird. Wenn die Vertraulichkeit gegeben wäre, müßte Paragraph 5 unserer Geschäftsordnung angewandt und die Öffentlichkeit der Sitzung aufgehoben werden. Nach Paragraph 23 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung müßten wir dann in eine nichtöffentliche Bürgerschaftssitzung eintreten. Das ist die Geschäftsordnungssituation.

Ich kann einmal den Absatz 2 des Paragraphen 23, „Öffentlichkeit der Sitzungen“, vorlesen: „Auf Antrag des Senats oder von mindestens einem Viertel der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft tritt die Bürgerschaft in geheimer Sitzung zusammen, in der sie nach Anhörung des Antrags, für den die geheime Sitzung verlangt wird, zuerst beschließt, ob die Sitzung für die Behandlung des in Rede stehenden Gegenstands geheim bleiben soll. Beschließt die Bürgerschaft, daß die Sitzung nicht geheim bleiben soll, so können die Antragsteller den Antrag, für den geheime Sitzung verlangt wurde, zurückziehen.“

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Wedemeier.

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, ich glaube, es ist in Ihr Benehmen gestellt zu unterbrechen oder nicht. Ich glaube, Sie entscheiden allein darüber, ob unterbrochen werden soll oder nicht.

Meine Damen und Herren, zu dieser geheimen Sitzung! Das ist eine Sache, die wir auf keinen Fall mitmachen. Wenn die CDU über den „Weser-Report“ versucht, einen lästigen Konkurrenten auf dem Anzeigenmarkt loszuwerden, fangen wir doch nicht an —

(Widerspruch bei der CDU)

vielleicht darf ich jetzt auch einmal zur Geschäftsordnung mich auslassen! —, hier in eine geheime Sitzung einzutreten. Auf der Senatsvorlage steht nichts von geheim, weder von geheim noch von vertraulich.

(D)

(Abg. Klein [CDU]: Richtig!)

Es steht auch nichts von vertraulich darauf. Ich habe die Vorlage. Aber, Herr Lahmann, Sie haben es selbst gesagt, dem Sinne nach sind alle Senatsvorlagen vertraulich. Das weiß auch Herr Klein, obwohl er schon ein paar Mal auch vertrauliche Unterlagen an die Öffentlichkeit gegeben hat.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Bis zur Sitzung!

— Abg. Neumann [CDU]: Dummes Zeug!)

Ich bin nicht dafür, daß jetzt das Präsidium in die Lage gebracht wird, die Senatsvorlage zu verteilen, wohl wissend, daß Senatsvorlagen an sich vertraulich sind. Sie können sich sehr gern die Vorlage, glaube ich, bei Herrn Adamietz besorgen.

(Abg. Stäcker [SPD]: Er hat sie doch!)

Ich glaube nicht, daß er sie für vertraulich halten wird.

(Abg. Lahmann [FDP]: Er ist nicht meine Bezugsquelle für Senatsvorlagen! Das können Sie mir nicht zumuten!)

Der Präsident ist auch nicht Ihre Bezugsquelle für Senatsvorlagen, um es einmal ganz deutlich zu sagen. Sie haben eine Bürgerschaftsvorlage abzuwarten und nicht über das Parlament eine Senats-

(A) vorlage zu verlangen. Wenn Sie selbst noch nicht wissen, was darin steht, tun Sie mir wirklich leid!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Was? — Abg. v. S c h ö n f e l d t [FDP]: Wir werden hier auf Schwarzmärkte verwiesen!)

Sie können sich die Vorlage anders besorgen.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. W e d e m e i e r (SPD): Ja, gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Abgeordneter Ostendorff!

Abg. O s t e n d o r f f (FDP): Herr Kollege Wedemeier, haben Sie sich das eben wirklich gut überlegt, als Sie die Abgeordneten dieses Hauses aufforderten, sich auf unkorrekte, ich möchte sogar sagen, unfeine Weise Unterlagen zu beschaffen, um hier diskutieren zu können, oder halten Sie es nicht für diesem Haus angemessen, wenn die Unterlagen, die in einem Antrag erwähnt werden, auch den Abgeordneten zur Verfügung stehen?

(Beifall bei FDP, CDU und BGL)

Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Ihre Einstellung von der Fraktion der Freien Demokraten ziemlich bedauert und mißbilligt wird?

(B)

(Beifall bei der FDP)

Abg. W e d e m e i e r (SPD): Aber gleichzeitig, lieber Herr Kollege, wollen wir ein Verfahren einführen, mit dem über einen Antrag im Parlament vertrauliche Senatsvorlagen an alle verteilt werden sollen! Das machen wir nicht mit. Herr Lahmann hat die Möglichkeit, er ist Mitglied des Haushaltsausschusses, sich diese Vorlage offiziell beim Finanzsenator zu holen. Das hat überhaupt nichts Illegales an sich. Illegal ist das, was der „Weser-Report“ gemacht hat, mehr nicht.

(Beifall bei der SPD)

Bitte, Herr Lahmann, gehen Sie hin, und holen Sie die Vorlage, wenn Sie das bisher verschlafen haben!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Was? Unerhört! — Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir befinden uns immer noch in der Geschäftsordnungsdebatte!

Abg. W e d e m e i e r (SPD): Ich warte auch, ich warte! Mir geht es nur darum, daß der Präsident der Bürgerschaft jetzt nicht gezwungen wird, eine Vorlage zu kopieren, die Ihnen als Mitglied des Haushaltsausschusses, und so war das vorher auch schon,

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Wann gab es die denn und wo?)

da sind Sie doch immer informiert, ohne weiteres vom Finanzsenator gegeben werden kann. (C)

Wir wissen, daß die Mitglieder des Haushaltsausschusses vom Finanzsenator über Vorlagen, die Bürgerschaftsausschüsse angehen, informiert werden. Das hat nichts Illegales an sich. Illegal ist, an alle Abgeordneten eine solche Vorlage zu verteilen.

Herr Ostendorff, Ihr Antrag ist illegal. Herr Lahmann hat in seiner Funktion als Mitglied des Haushaltsausschusses die Möglichkeit, sich zu informieren, und das soll er bitte tun! Dann können wir hier weiter diskutieren. Ich bin dagegen, daß wir jetzt auch noch unterbrechen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich möchte nur einmal eine Sachaufklärung geben. Es ist die Bitte geäußert worden, wir sollten unterbrechen,

(Unruhe — Glocke)

und es sollte dann die Vorlage des Senats verteilt werden. Ich muß Ihnen mitteilen, ich kann gar nichts zur Verteilung geben, denn ich habe diese Vorlage gar nicht.

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Besorgen Sie sich die!)

Ich kann nur eine Vorlage der Bremischen Bürgerschaft zur Verteilung bringen. Also habe ich auch keinen Grund zu unterbrechen. Es ist Sache des Senats zu entscheiden, ob er diese Vorlage den Abgeordneten zur Kenntnis geben will. Das fällt nicht in meine Zuständigkeit. Das möchte ich hier einmal feststellen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt eine Wortmeldung von Herrn Bürgermeister Thape. Ich habe außerdem Geschäftsordnungsmeldungen.

(Abg. A n n e l i e s e L e i n e m a n n [SPD]: Er hat sich vor der Geschäftsordnungsdebatte gemeldet!)

Ein Mitglied des Senats kann sich nicht zur Geschäftsordnung melden. Auf der anderen Seite sind die Geschäftsordnungsmeldungen natürlich in der Priorität vorrangig. Frage: Wollen wir die Geschäftsordnungsdebatte erst einmal fortführen und dann dem Bürgermeister das Wort geben? Vielleicht kann er Aufklärung geben.

(Unruhe — Glocke)

Dann fahren wir fort mit der Geschäftsordnungsdebatte.

(Abg. S e i f r i z [SPD]: Dann wird weiterhin falsch diskutiert, nur weil der Senat nicht reden darf!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Lahmann.

(A) Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß wirklich sagen, daß ich sehr bedauere, hier ausdrücken zu müssen, daß ich lange nicht so einen Unsinn gehört habe, wie der Herr Wedemeier ihn eben erzählt hat.

(Beifall bei FDP und BGL)

Erstens: Einem Mitglied des Haushaltsausschusses werden Senatsvorlagen nicht unaufgefordert übersandt. Er bekommt sie normalerweise überhaupt nicht in die Hand.

Zweitens: Wenn der Bürgerschaftsantrag schon vorgelegt wäre, dem Bürgerschaftsausschuß zum Beispiel, dann würde ich ja vielleicht auch schon eine Vorlage haben, da ich ihm angehöre.

(Abg. **Klein** [CDU]: Sehr richtig!)

Aber es liegt keine Vorlage vor. Es könnte sein, daß, wenn eines Tages eine Vorlage vorgelegt würde, dieser Vorlage auch die jetzt zitierte Vorlage des Senats beigefügt sein könnte.

(Abg. **Klein** [CDU]: Das glaube ich nicht!)

Aber das alles, meine Damen und Herren, findet ja ersichtlich allenfalls in der Zukunft statt, während wir heute über einen solchen Antrag entscheiden sollen, der sich auf diese Senatsvorlage bezieht.

(Beifall bei FDP und BGL)

(B) Drittens: Es geht hier keineswegs, Herr Kollege Wedemeier, darum, daß ich mir vielleicht, wie Sie gesagt haben, die Vorlage des Senats ja vom Finanzsenator besorgen könnte. Meine Damen und Herren, das ist keineswegs der übliche Vorgang. Dazu ist der Senat auch nicht verpflichtet, vielleicht sogar nicht einmal ohne weiteres berechtigt. Es scheint so zu sein, daß Sie nicht mehr differenzieren zwischen Abgeordneten, Mitgliedern des Parlaments, und dem Senat, denn die Vorlagen des Senats gehören durchaus nicht ohne weiteres in die Hand von Abgeordneten, übrigens auch nicht von SPD-Abgeordneten.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie darüber verfügen, ist das offenbar auch illegal.

Vierter Punkt: Es geht hier keineswegs darum, ob der Abgeordnete Lahmann als Mitglied des Haushaltsausschusses und des Bürgerschaftsausschusses eines Tages — eines vielleicht fernen Tages — in den Besitz der zitierten Vorlage des Senats kommen könnte, sondern es geht darum, daß Waffengleichheit gefordert wird für alle Abgeordneten dieses Hauses auf dem Gebiet der Information über diese Vorlage,

(Beifall bei FDP, CDU und BGL)

und zwar bevor abgestimmt werden muß über einen Antrag, in dem Bezug genommen wird auf diese Vorlage des Senats!

(Beifall bei der FDP)

(C) Meine Damen und Herren, wenn der Präsident die Vorlage nicht hat und sie heute hier nicht verteilen kann, gut, dann muß ich diese Impotenz zur Kenntnis nehmen.

(Lachen bei der CDU)

Aber deswegen bitte ich den Senat, allen Abgeordneten jetzt, bevor wir zur Entscheidung über den Antrag kommen, die Vorlage zugänglich zu machen! Ich bitte förmlich den Senat, dies zu tun, und ich bitte schließlich darum, daß, wenn wir diese Vorlage bekommen haben, dann in eine Unterbrechung der Sitzung eingetreten wird, damit die FDP-Fraktion über die Vorlage und ihr Verhalten zu dem Antrag der CDU beraten kann.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Das muß geschehen! Das ist logisch!)

Dies ist ein Antrag auf Unterbrechung der Sitzung. Ich glaube kaum, daß der Präsident dem auch noch widersprechen können. — Danke sehr!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Lahmann, ich kann die Impotenz hinsichtlich der Verteilung einer Vorlage, die ich nicht im Besitz habe, nicht bestreiten. Aber ich glaube, diese Impotenz teilen wir beide gemeinsam.

(Beifall bei der SPD — Heiterkeit)

(D) Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz** (BGL)*: Im Gegensatz zum Herrn Präsidenten dieses Hauses und zum Fraktionsvorsitzenden der FDP teile ich diese Impotenz nicht, wie ich deutlich gemacht habe. Ich bin allerdings andererseits auch nicht bereit, von meiner Potenz etwas abzugeben.

(Heiterkeit)

Ich bin der Auffassung, daß der Senat ein Zeichen setzen sollte und die hier strittige Vorlage eben auch vorlegen sollte, wie der Name Vorlage ja lautet.

Zwei Punkte! Erstens zur Frage der Vertraulichkeit: Ich bin allerdings davon ausgegangen, daß dies nicht unbedingt vertraulich ist. Wenn jemand sagt, das sei der Natur der Sache nach vertraulich, dann allerdings habe ich auch meine Bedenken, denn mit der Natur der Sache kann man alles begründen. Da weiß niemand, was da hineingesteckt wird und was hinterher herauskommt.

(Heiterkeit)

Nun lachen Sie nicht an der falschen Stelle!

(Abg. **Dr. Cassens** [CDU]: Das ist eine reine Potenzfrage!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Diese Zwischenrufe bringen Sie bitte gleich zu Protokoll! Das ist nichts für die Zuschauer.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, das Präsidium ist nicht mehr mächtig, der Debatte zu folgen.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Also impotent!)

Abg. **Adamietz** (BGL): Dann müssen wir unterbrechen. Herr Präsident, war das jetzt Ihr Antrag auf Unterbrechung?

Zur Frage der Vertraulichkeit! Ich habe bei den Unterlagen, die ich habe, und über die Quellen, die ich habe, nichts erkennen können, daß diese Unterlage vertraulich sei, zumal diese auch in der Öffentlichkeit, etwa im „Weser-Report“, schon veröffentlicht wurde.

(Abg. Neumann [CDU]: „Delmenhorster Kreisblatt“!)

Ich habe nicht angenommen, daß das nun vertraulich sei. Wenn das jetzt nachträglich herauskommt oder auch nachträglich beschlossen wird, dann muß man wahrscheinlich über die Gedankengänge des Herrn Präsidenten nachdenken, ob wir dann nicht in der Tat in einer geheimen Sitzung hier weitermachen müssen.

(B) (Abg. Wedemeier [SPD]: Dann nehmen wir nicht mehr teil! Damit das klar ist, geheim machen wir gar nichts hier!)

Der erste Punkt, Herr Abgeordneter Wedemeier, da stimme ich Ihnen völlig zu, das ist ein Anspruch der Öffentlichkeit, hier alles das mitzubekommen, und wir haben in der Tat kein Interesse, mit Ihnen in irgendeinem geheimen Ausschuß oder Gremium zusammenzusitzen.

(Abg. Stelljes [SPD]: Wir auch nicht!)

Für die Vertraulichkeit, meine ich, spricht auch nicht, daß der Senat dann nicht mehr richtig arbeiten könnte. Ich meine, da gilt das Motto, wer hier etwas zu verbergen hat, der muß sich natürlich scheuen, wenn das dann an die Öffentlichkeit kommt. Die Dinge, die der Senat beschließt, müssen sowieso an die Öffentlichkeit, und der Senat hat auch genug Vorlagen, die aus Ausschüssen oder Behörden zu ihm kommen, die als Vorlagen von ihm behandelt werden, und diese sind von vornherein öffentlich. Da werden öffentliche Verkehrskonzepte und sonstige Sachen zitiert oder diskutiert, und diese werden dem Senat als Vorlage vorgelegt. Da wüßte ich auch nicht, daß diese vertraulich seien. Also von der Natur der Sache her sehe ich das nicht. Dann müßte der Senat sich eindeutig erklären, daß er das vertraulich behandelt wissen will.

Der andere Punkt, und darin ist Herr Lahmann und ist die Fraktion der FDP natürlich zu unterstützen, ist der, daß hier alle Abgeordneten dieses Hauses in die Lage versetzt sein müssen, diese Unterlagen zu bekommen. Das ist eine Selbstverständlichkeit, und das geht auch seinen geordneten Gang über den Herrn Präsidenten. Wenn er diese Unterlagen nicht in der Hand hat, dann ist es ihm ein leichtes, an den Herrn Präsidenten des Senats eine Bitte zu richten, daß diese Unterlagen vorgelegt werden. Dann mag der Präsident des Senats entscheiden, daß er dieser Bitte nicht nachkommen will, oder er mag eben dieser Bitte nachkommen!

Natürlich ist es kein geordnetes Verfahren, daß einzelne Abgeordnete, beispielsweise auch ich, nun dazu verleitet werden sollen, zu einem Zeitpunkt, an dem jetzt auf einmal in der Debatte hier aufgebracht wird, das sei vertraulich, dann solche möglicherweise vertraulichen Dokumente weiterzugeben. Ich hätte keine Bedenken gehabt, dieses Dokument weiterzugeben, wenn ich vor einer halben Stunde danach gefragt worden wäre, weil ich davon ausgegangen bin, das ist nicht vertraulich. Jetzt steht diese Frage im Raum. Jetzt mache ich mich möglicherweise eines, wie der Herr Präsident immer wieder zitiert, unparlamentarischen Verhaltens schuldig, wenn ich jetzt diese Vorlage weitergebe. Ich kann nun also leider nicht mehr, gerade nach dieser Debatte!

Deswegen meine ich, ist der Weg nur der, wie Herr Lahmann ihn vorgeschlagen hat, daß wir eine Unterbrechung machen, der Präsident der Bürgerschaft mit dem Präsidenten des Senats oder Herrn Bürgermeister Thape klärt, ob wir diese Unterlage bekommen können, und wir werden dann weiter verfahren können.

Eine Ergänzung noch! Aus unserer Geschäftsordnung möchte ich einmal den Paragraphen 68 zitieren, der hier etwa parallel angewendet werden könnte. Dieser Paragraph handelt nämlich von der Einholung von Auskünften von auswärtigen Behörden:

„Will ein Ausschuß Auskunft von einer auswärtigen Behörde einholen, so hat er die Vermittlung des Präsidenten der Bürgerschaft in Anspruch zu nehmen.“

Nun sind wir nicht ein Ausschuß, sondern sind das Parlament selbst, und nun ist es nicht eine auswärtige Behörde, sondern die Bremische Landesregierung. Können wir denn nun nicht erst recht den Präsidenten der Bürgerschaft in Anspruch nehmen, damit wir diese Auskunft bekommen?

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Thape. Er hat die Diskussion verfolgt und weiß, um was es geht,

(Abg. Lahmann [FDP]: Das wollen wir einmal sehen!)

(C)

(D)

(A) und wird sich sicher zu dieser Frage äußern!

(Zurufe und Unruhe)

Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen: Ob ich die zweite Frage mit ja beantworten kann, weiß ich noch nicht genau, da ich wirklich nicht weiß, um was es geht!

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Senatsvorlagen sind vertraulich. Ich habe nicht die Absicht, diese Vertraulichkeit aufzuheben. Ich habe auch nicht die Absicht, das Kollegialorgan Senat jetzt zusammenzurufen und darum zu bitten, daß diese Vertraulichkeit aufgehoben wird. Das wird auch in Zukunft so bleiben!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sehr richtig!)

Wenn Vorlagen, wie das ja allmählich üblich wird, nicht nur im Senat, sondern ganz generell — das gilt ja auch für die Parteien — unter dem Tisch gehandelt werden, kann ich das nicht verhindern. Aber ein solches illegales Verfahren kann nicht dazu führen, daß Rechtsgrundsätze aufgehoben werden.

(Beifall bei der SPD)

Das zur Frage der Verteilung der Vorlage! Ich bin also nicht bereit, dem zuzustimmen, und frage jetzt, ob ich noch in die Debatte eingreifen kann oder ob Sie darüber vielleicht erst noch geschäftsordnungsmäßig sprechen möchten.

(B) **Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt die Sitzung unterbrechen, aber nicht, um hier etwas zur Verteilung zu bringen, wir haben die Feststellung von Herrn Bürgermeister Thape zur Kenntnis genommen, sondern um geschäftsordnungsmäßig zu beraten, wie wir diesen Punkt geschäftsordnungsmäßig weiter abwickeln. — Bitte sehr!

Bürgermeister Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde dann aber bitten, daß Sie gleichzeitig mitberaten, ob Sie in Zukunft, und anders geht das nicht, alle Bürgerschaftsanträge in dieser Weise in diesem Hause behandeln wollen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, geschäftsordnungsmäßig befinden wir uns in der schwierigen Lage, daß man erst weiß, wohin eine Diskussion läuft, wenn ein Punkt aufgerufen wird. Man kann nicht von vornherein einen Ablauf einer Diskussion voraussehen und sagen, das wäre die Konsequenz, wir lassen diesen Punkt gar nicht zu. Das ist eine politische Entscheidung, die das Präsidium gar nicht treffen kann.

Wir sind jetzt in der Diskussion über eine für vertraulich erklärte Senatsvorlage, die nicht alle Abgeordneten im Besitz haben, die auf anderem Weg, auf nicht ordnungsgemäßem Weg, in die Hände der Abgeordneten gekommen ist. Ich habe Be-

denken, über eine solche Vorlage eine öffentliche Diskussion weiterzuführen, und von daher begründe ich die Unterbrechung, daß wir uns über das Verfahren verständigen.

Jetzt hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Ostendorff!

Abg. Ostendorff (FDP): Herr Präsident, darf ich namens der Fraktion der FDP vorschlagen, daß Sie Ihren Gedanken etwas revidieren! Bürgermeister Thape hat eben gefragt, ob er noch etwas zur Sache sagen könnte. Ich glaube, es wäre dienlich, den Bürgermeister zu hören. Ich beantrage deshalb, die Geschäftsordnungsdebatte jetzt zu unterbrechen, im Rahmen der ordentlichen Debatte Herrn Bürgermeister Thape das Wort zu geben, das können Sie nach der Geschäftsordnung, dann die Geschäftsordnungsdebatte wieder zu eröffnen und gleichzeitig zu vertagen!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, ich möchte den Vorschlag machen, erst die Sachdebatte zu beenden. Dazu gehört, daß Herr Bürgermeister Thape etwas sagt, aber es sind, glaube ich, auch noch ein oder zwei andere Wortmeldungen. Dann sind wir sowieso, glaube ich, bei der Mittagspause. Wir könnten diese dann nutzen, die Geschäftsordnungsfragen zu klären.

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL *): Ich meine, daß der Herr Bürgermeister Thape selbstverständlich auch dazu etwas sagen sollte. Allerdings, nachdem diese Diskussion so jetzt geführt wurde und der Herr Bürgermeister auch erklärt hat, das sei vertraulich, sehe ich eigentlich uns nicht mehr in der Lage, in dieser Weise zu verfahren, daß wir jetzt die Sachdebatte weiterführen. Wir müssen diesen Punkt nun klären. Möglicherweise kommen doch dann nun gerade Dinge wieder in der Sachdebatte auf, genau wie eben, über die dieses Problem dann weitergeführt wird.

Ich bin bisher nicht davon ausgegangen, daß das vertraulich gewesen ist und daß da, wie jetzt hier eben gerügt wurde, etwas illegales daran gewesen ist. Wenn dieser Vorwurf jetzt erhoben wird, dann möchte ich bitten, daß dieser Vorwurf geklärt wird, denn ich möchte nicht, daß hier von der Tribüne des Hauses, ohne daß der Präsident eingreift, nun gesagt wird, da liege illegales Handeln von Abgeordneten vor.

Deswegen, meine ich, müssen wir, meinethwegen nach dem Vorschlag, den Sie gemacht haben, erst einmal beraten, wie nun weiter verfahren werden soll. Aber im Prinzip ist es richtig zu unterbrechen

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) und dem Senat Gelegenheit zu geben zusammenzutreten. Wenn Bürgermeister Thape sich nicht dazu in der Lage sieht, jetzt den Senat zusammenzurufen, um darüber zu entscheiden, dann müssen wir ihm eben länger Gelegenheit geben, dann müssen wir in der Tat die weitere Beratung auf die Mai-Sitzung vertagen!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Adamietz, Sie haben natürlich recht, diese Frage muß geklärt werden, und wir werden sie zu einer geschäftsordnungsmäßigen Klärung führen.

Es wäre denkbar, daß wir die Sachdebatte fortsetzen, allerdings unter der Voraussetzung, daß nicht mehr aus einem nur einigen Abgeordneten vorliegenden Senatsprotokoll, das zudem vertraulich ist, zitiert wird. Das darf dann in der Sachdebatte keine Rolle mehr spielen.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Das ist doch keine Lösung, Herr Präsident!)

Wenn man darauf besteht, daß daraus zitiert wird, unterbreche ich die Sitzung. Wir müssen uns jetzt darüber verständigen!

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Neumann.

(B) **Abg. Neumann (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur eine Bemerkung machen zu dem Stichwort illegal, das Sie in die Diskussion gebracht haben, weil ich die Möglichkeit sehe, daß man damit versucht, unangenehme Tatbestände beiseite zu räumen.

Meine Damen und Herren, was ist denn hier illegal? Als erste Zeitung hat das „Delmenhorster Kreisblatt“ am 21. 3., das heißt zwei oder drei Tage nach dieser Sitzung des Senats, vor allen Berichten anderer Zeitungen einen Vierspalter veröffentlicht, in dem wohl genau das steht, was die Senatsvorlage enthält und was hier von einigen Kollegen zitiert worden ist.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Deswegen ist das aber noch lange nicht legal!)

Meine Damen und Herren, wenn dieser Tatbestand in einer seriösen — das werden Sie nicht bestreiten beim „Delmenhorster Kreisblatt“ — Tageszeitung steht, ist es das Recht und die Pflicht der Opposition, auch Ihr Recht, dies auf die Tagesordnung zu bringen!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Deswegen möchte ich Sie bitten, Herr Präsident,

(Abg. Anneliese L e i n e m a n n [SPD]: Das hat doch keiner bestritten! — Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Völlig klar, Herr Neumann!)

ab sofort mit der Behauptung aufzuhören, daß hier (C) irgendwie etwas illegal gemacht würde!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt noch zur Geschäftsordnung zu diesem Punkt Wortmeldungen zu, und dann komme ich zur Entscheidung.

Bitte, Herr Abgeordneter Kunick!

Abg. Kunick (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt zwei Wege: Wir können über die erschienenen Presseartikel diskutieren, und darin ist das Haus völlig frei, und über den Antrag der CDU, und das Begehren, eine Senatsvorlage haben zu wollen, wird nicht aufrecht erhalten.

Im übrigen darf ich, wenn ich Herrn Adamietz in diesem Punkt Wahrheitsliebe unterstelle, sagen, offensichtlich bin ich in einem Satz auch nicht richtig informiert gewesen. Sollte darin nicht auch stehen, „soweit nicht die Prüfung der wirtschaftlichen Gegebenheiten“, so ist das ein Indiz dafür, daß diese Vorlage wirklich bisher vertraulich gehalten worden ist.

Nach meiner Einschätzung ist eine politische Debatte ohne weiteres möglich ohne die Senatsvorlage, in Kenntnis der veröffentlichten Fakten, in Kenntnis des CDU-Antrags. Man kann das abschließen, man kann über den Antrag abstimmen.

Ich sage gleich, wir werden den Antrag ablehnen, nicht weil wir eine Staatsbeteiligung wollen, sondern weil wir den Bürgerschaftsausschüssen nicht vorgehen wollen, in denen wir, wenn vorgeschlagen, eine Staatsbeteiligung ablehnen werden. Es ist überhaupt nicht nötig, das Verfahren dadurch zu verkomplizieren, daß jetzt plötzlich der Wunsch besteht, eine Senatsvorlage zu lesen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kunick, was Sie gesagt haben, geht in einigen Punkten an der Sache vorbei! Erstens, es ist ein Antrag von der CDU gestellt worden, und in diesem Antrag wird mißbilligt, daß der Senat sich in einer bestimmten Weise festlegen will, nämlich diese Beteiligung und so weiter zu befürworten.

Diese Frage ist hier zum Gegenstand der Debatte gemacht worden. Das bedeutet vor allen Dingen, wir können hier nicht in eine Sachdebatte eintreten und sozusagen um das heiße Eisen herumreden. Wir können doch nicht eine Sachdebatte führen, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Tatsache, daß hier ein

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Antrag gestellt ist! Wir führen doch keine Debatten ohne Zielrichtung, ohne einen bestimmten Antrag!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Ihr Ziel ist doch, die Aufgabe dieses Hauses ad absurdum zu führen! Sie wollen es doch chaotisieren!)

In diesem Antrag wird Bezug genommen auf diese Senatsvorlage!

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt! Wenn derjenige, der diese Senatsvorlage erstellt hat und Vertreter des zuständigen Senators ist, somit den Senat hier repräsentiert, nun sagt, das stimme so alles nicht, das sei gar nicht so, das sei gar keine Beschlußvorlage, sondern nur eine Darstellung des Anliegens des Antragstellers, und wenn das hier offensichtlich von Mitgliedern dieses Hauses, auch von mir, angezweifelt wird, also mit anderen Worten als eine falsche Darstellung hier gebrandmarkt wird, dann müssen wir das doch aufklären, denn der ganze Antrag der CDU ist doch sinnlos, wenn der Senat nie die Absicht hatte, seine Senatoren zu verpflichten, sich im Bürgerschaftsausschuß in einer bestimmten Weise zu verhalten! Also müssen wir doch einmal genau sehen, was ist denn da geschehen, und nur dann können wir doch darüber hier reden!

Wenn Sie sagen, das brauchten wir gar nicht, wir könnten über die Presse reden, dann weiß ich nicht — ich habe dafür gar nicht mehr die richtigen Worte —, was Sie eigentlich als Aufgabe der Abgeordneten ansehen! Wenn Sie der Meinung sind, daß die Abgeordneten gewissermaßen sich nur noch über Presseartikel unterhalten können — ich meine Presseartikel der Art und Weise, die bei einem Pressesystem herauskommen, wie Sie es offensichtlich hier gerade anstreben —, wenn das also die Konsequenz ist, dann können wir als Parlament ab danken!

(B) Es geht noch um zwei weitere Punkte in dieser Debatte, nicht nur um den Sachantrag. Auch diese weiteren Punkte müssen hier geklärt werden, nämlich a), hat der Senatsdirektor hier dem Parlament eine falsche Darstellung gegeben, und b), haben sich Abgeordnete illegal verhalten, wie das hier behauptet wurde, was ich für mich entschieden zurückweise. Diese beiden Punkte müssen hier nun auch behandelt werden.

Sie können nicht darum herumreden, indem Sie sagen, nun brauchen wir die Vorlagen nicht mehr, nun brauchen wir das nicht mehr aufzuklären. Die Methode ist doch gerade, uns das anzuhängen und dann zu sagen, nein, jetzt darf das aber nicht mehr aufgeklärt werden, daß das, was wir gesagt haben, richtig ist!

Diesen Vorwurf, daß wir falsche Sachverhalte darstellten, möchte ich hier aufgeklärt wissen! Darum kommen Sie nicht herum, indem Sie jetzt sagen, wir legen das nicht vor, wir führen eine Sachdebatte, und dann lehnen wir alles sowieso ab. Das ist doch Ihre Taktik, weil Sie sowieso ablehnen wollen!

(C) Es gibt nur die Konsequenz, meine ich, für dieses Haus, daß wir jetzt zur Mittagspause unterbrechen, um das Verfahren zu klären, aber im Zweifel, wenn die SPD auf ihrer Auffassung beharrt, meine ich, daß es richtig wäre, dann den CDU-Antrag zu vertragen, um dem Senat mehr Zeit zu geben, darüber nachzudenken, ob es tunlich ist, was er hier praktiziert, dieses Schriftstück nicht vorzulegen!

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, das Präsidium hat sich hier kurz beraten. Wir sind der Meinung, daß so, wie die Debatte bisher gelaufen ist, die Debatte nun nicht mehr ungeschehen gemacht werden kann. Die Debatte ist in der Öffentlichkeit geführt. Wir werden die Debatte deswegen fortsetzen, und ich eröffne die Sachdebatte.

Das Wort hat Herr Bürgermeister Thape!

(Abg. Adamietz [BGL]: Das sind doch Geschäftsordnungsanträge!)

Über die Unterbrechung entscheide ich, und ich habe gerade festgestellt, daß ich nicht die Absicht habe zu unterbrechen! — Bitte sehr!

(Abg. Lahmann [FDP]: Was? — Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich verweise auf den Paragraphen 25: „Der Präsident bestimmt, ob die Sitzung unterbrochen werden soll.“ Ich habe bestimmt! — Bitte sehr, Herr Bürgermeister!

(Abg. Dinné [BGL]: Herr Präsident, Sie müssen uns aber doch aufklären, ob wir nun bisher illegal reden oder nicht! — Unruhe)

Ich habe gerade eine Feststellung getroffen, daß wir die Beratungen fortsetzen, und wenn wir diese öffentlich fortsetzen, dann ist, glaube ich, auch die Klarheit gegeben! — Bitte sehr, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Meinungsbildung findet nicht nur im Parlament statt, sondern auch in der Verwaltung, und dazu dienen Verwaltungsvorlagen. Die Diskussion in diesem Haus leidet meines Erachtens unter der Unterstellung, daß der Senat bereits eine Bürgerschaftsentscheidung in Sachen Schmalfeldt getroffen habe. Das ist doch überhaupt das Problem, und das ist natürlich nicht der Fall.

Der Senat hat vielmehr, und das war durch die Wirtschaftsverwaltung mit ihrem Hinweis geschehen, natürlich gesehen, daß der Bürgerschaftsantrag von Schmalfeldt politischen Sprengstoff enthält, und zwar nicht deshalb, weil hier ein Wirtschaftsunternehmen, das in Schwierigkeiten gekommen ist, sich genauso benimmt wie -zig andere Wirtschaftsunternehmen in Bremen, die nämlich zu uns kommen und Bürgerschaften haben wollen und manchmal auch möchten, daß wir uns beteiligen — ich will das gar

(C)

(D)

(A) nicht, aber manchmal möchten wir es, manchmal möchten es Ihre Abgeordneten, einige wenigstens, manchmal auch bei uns —, also nicht deshalb, sondern weil es sich hier um einen — das muß ich erst einmal klären — ehemaligen oder noch SPD-Betrieb handelt, auf jeden Fall einen Betrieb, der der SPD sehr nahestanden hat oder noch nahesteht, und daß diese Verbindung der politische Sprengstoff ist.

(Abg. Neumann [CDU]: Natürlich!)

Ja, natürlich, ja, sicher doch! Aber es ist ja überhaupt nichts passiert, sondern im Gegenteil, Schmalfeldt ist aus dieser Sorge heraus schlechter behandelt worden als jeder andere Wirtschaftsbetrieb in Bremen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Adamietz [BGL]: Also sollte sich niemand mit der SPD einlassen!)

Herr Adamietz, bleiben Sie doch sitzen! Es geht nämlich gar nicht darum, daß der Betrieb besser behandelt worden ist, sondern daß er schlechter behandelt worden ist.

(Abg. Klein [CDU]: Soviel Staatsbeteiligung haben Sie doch auch nicht!)

Deshalb haben wir von vornherein bei der Diskussion jede Beteiligung an diesem Unternehmen — und da handelt es sich nicht um Millionen, ich glaube, es geht um 250 000 Mark

(Senatsdirektor Dr. Hennemann: 245 000!)

oder 245 000 Mark — abgelehnt.

Wir haben gleichzeitig das, was wir verschiedentlich schon gemacht haben und zu dem wir alle ja gesagt haben, manchmal mit Bauchschmerzen, Herr Klein, nämlich das Eilverfahren, abgelehnt, und dabei haben wir gerade in jüngster Zeit solche Anträge im Eilverfahren in den Bürgerschaftsausschüssen behandelt, und wir haben ein Gutachten der Treuarbeit gefordert und haben gesagt, erst wenn dieses Gutachten vorliegt, werde entschieden, und zwar nicht durch den Senat, sondern, wie das immer läuft, durch die Bürgerschaftsausschüsse.

Es geht doch gar nicht darum, daß wir uns politisch einschalten wollten, sondern hier stellte sich einfach die Frage, muß aus politischen Gründen etwas angehalten werden, oder kann es normal laufen. Da haben wir diese Erschwernisse praktisch eingebaut, lediglich aus diesen politischen Verdachtsgründen, die völlig unbegründet sind, die wir aber gesehen haben. Die heutige Debatte zeigt ja, wie man aus einem ganz kleinen Schälchen Schlaghahn einen Riesenschau schlagen kann, so daß dieses ganze Haus ausgefüllt wird und man überhaupt nicht mehr weiß, worum es eigentlich geht!

(Beifall bei der SPD)

(C) Dann wird mit großer Heiterkeit gesagt, „nicht zur Veröffentlichung geeignet“. Man kann darüber lachen. Das ist jedoch ganz großer Unsinn. Wir haben ein Schema für unsere Senatsvorlagen. Dort steht dieser Satz stereotyp jedes Mal, und es wird dann entschieden, ob man etwas veröffentlichen soll oder nicht.

Bürgerschaftssachen sind grundsätzlich nicht öffentlich. Das steht dort automatisch, weil wir natürlich Rücksicht nehmen müssen auf die Betriebe! Es gibt seriöse Betriebe, die über kurze Zeit einmal in Schwierigkeiten kommen. Wenn wir das hier alles öffentlich diskutieren wollten, dann könnten diese Firmen schließen, und die Arbeitnehmer könnten nach Hause gehen! Genau das wollen wir nicht.

(Starker Beifall bei der SPD)

Ich stelle also abschließend fest — ich möchte die Debatte jetzt nicht verlängern und will nur noch neue Dinge hinzubringen, denn es ist soviel wiederholt worden —, daß das Verfahren völlig korrekt verlaufen ist, daß im Augenblick noch gar nichts entschieden ist, aber nicht, weil hier debattiert wird, sondern weil das vorher schon festgelegt war, daß das über die Bürgerschaftsausschüsse geht, daß das Gutachten der Treuarbeit erst vorliegen muß. Wir werden frühestens am 24. April 1980 über diesen Antrag entscheiden, und wenn er nicht einwandfrei ist, dann geht er noch einmal zurück und kommt erst später in die Bürgerschaftsausschüsse hinein. Wenn das Unternehmen das bis dahin nicht aushält, dann wird es eben nicht durchhalten. Wir werden dann genauso verfahren wie bei anderen Betrieben auch.

(D) Nur eines will ich allerdings auch feststellen: Wahrscheinlich wäre es so, daß wir, wenn es sich um eine Druckerei handeln würde, die nicht der SPD nahesteht, eventuell am 24. April, auch wenn der Antrag noch nicht hundertprozentig ist, vielleicht doch sagen würden, wir müssen ein Auge zudrücken, es sind 116 Arbeitsplätze, und die ganze Sache würde wahrscheinlich in Ordnung gehen. Bei diesem Betrieb werden wir es nicht tun, wir werden ihn also schlechter behandeln, weil er zur SPD gehört oder gehört hat. Nur das ist festzustellen und nicht etwa eine Bevorzugung eines Unternehmens, das der SPD nahesteht oder nahestanden hat.

(Beifall bei der SPD — Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Den Arbeitnehmern erzählen wir, daß sie das der CDU zu verdanken haben! — Abg. Neumann [CDU]: Wir brauchen noch Redakteure!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte noch einmal auf den Beschlußvorschlag für den Senat zurückkommen.

(Unruhe bei SPD und CDU — Glocke)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, das Wort hat der Abgeordnete Klein!

Abg. Klein (CDU): Herr Bürgermeister Thape, es war gar kein korrekter Bürgerschaftsantrag in Umlauf gesetzt worden, sondern es handelte sich darum, den nicht zuständigen Senat zu veranlassen, in einer Beteiligungssache und in einer Bürgerschaftsache zu einer präjudizierenden Entscheidung zu kommen,

(Beifall bei der CDU)

denn für die Übernahme von Beteiligungen wie auch für das Gewähren von Bürgerschaften ist auch nach bremischem Verfassungsrecht in erster Linie die Legislative zuständig, also die zuständige Deputation und die Ausschüsse, im wesentlichen die Finanzdeputation und der Bürgerschaftsausschuß. Da man aber offenbar — und hier beziehe ich Herrn Dr. Hennemann voll ein — zunächst verfahrenswidrig den Senat festzurren wollte, kam es zu dieser merkwürdigen Vorlage, die völlig außerhalb des Bürgerschaftsverfahrens steht.

(Abg. Stäcker [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Natürlich stimmt das!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist glatt die Unwahrheit!)

Herr Kollege Stäcker, Sie wissen das ganz genau!

(B) (Abg. Stäcker [SPD]: Das stimmt nicht, was Sie sagen!)

Zusätzlich mit dem Verfahrensfehler belastet, daß überhaupt nicht geprüft wird!

Wir haben im Haushaltsausschuß, im Bürgerschaftsausschuß seit Jahren beschlossen, daß solche Vorlagen gehörig geprüft werden und von einem unabhängigen Institut untersucht werden. Das ist die Treuarbeit AG, mit der wir einen Pauschalvertrag geschlossen haben. Ich frage Sie: Wo ist hier die Untersuchung über das Wochenende der Treuarbeit AG?

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Es handelt sich gerade wegen der Brisanz der Sache, die Herr Dr. Hennemann erkannt und formuliert hat, um einen schwerwiegenden Verfahrensfehler mit Unterlaufen der legislativen Kompetenz, um parteipolitisch etwas festzurren, was dann hinterher über die Bühne gezogen werden soll.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Ich bin langjähriges Mitglied der Finanzdeputation und des Haushaltsausschusses. Ich weiß doch, wie das dann läuft!

(Zuruf des Abg. Tiedemann [SPD])

Dann ist hinterher der Vollzug im Bürgerschaftsausschuß nur noch das Ergebnis der Massage der Kol-

legen durch die Spitze, mehr ist das nicht! Eine reine Formsache! (C)

(Beifall bei der CDU)

Insoweit hat er das parteipolitisch richtig gesehen, dieser Dr. Hennemann: Erst einmal an den Senat, vielleicht nicht an Wedemeier und Kunick, diese können sich hinterher mit Koschnick auseinandersetzen und mit Willms, ich gehe an den Senat, und den bekomme ich hin, und wenn der Senat ja sagt, ist das gelaufen. Genau dagegen wendet sich unser Antrag!

Der Senat hat eben nicht entschieden wegen der Abwesenheit, noch nicht entschieden, und die Chance —.

(Zurufe von der SPD)

Das ist öffentlich berichtet worden, und dem ist nicht widersprochen worden vom Senat. Herr Dr. Meyer-Arndt hat öffentliche Auskünfte darüber gegeben. Lesen Sie doch die „Nordsee-Zeitung“ vom 25.!

(Abg. Tiedemann [SPD]: Aber er hat keine Bürgerschaft beschlossen! Hören Sie doch einmal zu!)

Darüber hat Herr Dr. Meyer-Arndt Auskunft gegeben, daß die Sache ausgesetzt sei, aber er hat nicht gesagt, daß der Senat nicht mehr damit befaßt sei. Die Sache sei ausgesetzt — ich kann Ihnen das zitieren aus der „Nordsee-Zeitung“ —, weil Herr Bürgermeister Koschnick und weil Senator Willms nicht anwesend gewesen seien. (D)

Jetzt haben wir unsere Chance, jetzt können wir diese Bindung des Senats durch politische Meinungsbekundung des Hauses vermeiden, verhindern.

(Lachen bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Das ist der Sinn des Antrags!)

Herr Kollege Lahmann, ich möchte jetzt auf Ihre Frage eingehen, das paßt hier hin. Das ist ja ein Entschließungsantrag, es ist kein Sachantrag. Es wird bei Annahme des Antrags keine rechtliche Bindung des Senats ausgelöst, sondern hier bekundet das Haus seinen politischen Willen, daß es nicht einverstanden sei mit einer Maßnahme, die der Senat plant, mehr nicht! Der Senat kann jetzt werten, wie er sich zu dieser politischen Meinungskundgabe des Hauses verhält.

(Abg. Tiedemann [SPD]: Das möchten Sie gern, daß das so aussieht!)

Rechtlich ist er zu nichts verpflichtet, und deswegen, Herr Kollege Lahmann, wenn Sie erklären, in der Sache seien Sie mit uns einig, können Sie sich diesem Antrag anschließen, dieser formale Gesichtspunkt scheint mir nicht hinreichend schlüssig zu sein.

Im übrigen komme ich jetzt, und das tue ich mit einer gewissen Genugtuung, auf Herrn Kollegen

(A) Kunick zurück, der ja auch einen Beitrag geleistet hat vor dieser Geschäftsordnungsdebatte.

Herr Kollege Kunick, ich konzentriere mich auf den Hauptkriegsschauplatz, auf die eigentliche Auseinandersetzung, die ich heute morgen begonnen habe — wie ich meine, sachlich —, und ich begrüße es, daß Sie hier erklären, daß Sie eine staatliche Beteiligung an der Medienlandschaft in der Bundesrepublik ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Das erfüllt uns mit Zufriedenheit.

(Abg. Stelljes [SPD]: Aber passen tut Ihnen das nicht, nicht?)

Verzeihen Sie, es geht mir um die Sache! Ich habe die Gefahren einer Verstaatlichung der Presse beschworen, und ich weiß auch, wie Herr Bürgermeister Klose nebenan in Hamburg darüber denkt! Er denkt genau entgegengesetzt, er will eine Staatszeitung,

(Beifall bei der CDU)

und deswegen feiere ich es als einen parlamentarischen Erfolg, daß ein so kompetenter Sprecher der SPD in Bremen erklärt, für uns gibt es keine Verstaatlichung der Presse. Das ist eine Sache, die soll man hier auch einmal mit allem Recht unterstreichen.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

(B) Um Ihnen Gelegenheit zu geben, das auch sozusagen durch Meinungsbekundung in diesem Haus förmlich zu erklären, beantrage ich getrennte Abstimmung. Dann sind Sie mindestens in der Lage, Punkt eins unseres Antrags Ihre Zustimmung zu geben. Ich gehe ja davon aus, daß Ihre Zusage insoweit hoch seriös ist.

(Heiterkeit bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, getrennte Abstimmung Ihres Antrags, das heißt Ziffer 1 und Ziffer 2 gesondert abstimmen?

Abg. Klein (CDU): Da nicht mehr Ziffern da sind, verehrter Herr Präsident, nur getrennt in Ziffer 1 und Ziffer 2!

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Dr. Klink: Ich danke Ihnen für den Hinweis, Herr Abgeordneter Klein, aber es gibt noch einen Eingangssatz, der ebenfalls eine Feststellung enthält.

Abg. Klein (CDU): Aber der Eingangssatz bezieht sich ja auch auf die beiden Punkte, sozusagen ist er vor die Klammer gezogen.

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Gassdorf [CDU]: Die Potenz ist wieder da!)

Meine Damen und Herren, ich bin zweitens, Herr Kollege Kunick, angenehm überrascht, daß Sie er-

klärt haben, ob Sie eine Bürgerschaft bewilligten, das stehe noch aus. Diesen Schweinsgalopp des Herrn Dr. Hennemann haben Sie offenbar nicht befürwortet,

(Heiterkeit bei der CDU)

denn Sie haben erklärt, das normale Verfahren solle beachtet werden, und damit haben Sie etwas sehr Wichtiges gesagt und stimmen mit mir überein.

Sie haben sich eingesetzt für das normale Verfahren, also gehörige Prüfung, auch die Treuarbeit muß eingesetzt werden, damit sie nicht umsonst ihre Jahrespauschale bekommt, und dann kommen die Gremien zum Zuge, die kompetent sind, nach der Verfassung zuständig, nämlich der Bürgerschaftsausschuß und die Finanzdeputation.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Da wollen wir dann einmal sehen, wie es läuft, und dann wird es auch vertraulich behandelt, wenn es nötig ist, weil wir dann an das Eingemachte gehen, aber nur, wenn es nötig ist, meine Damen und Herren! Vertraulich ist nicht, was vorveröffentlicht ist, und vertraulich ist erst recht nicht, was der SPD schadet!

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und BGL)

Nach diesen positiven Bemerkungen zum Kollegen Kunick

(Abg. Wedemeier [SPD]: Aber Bürgerschaftsanträge, die CDU-Mitglieder stellen, werden veröffentlicht!)

muß ich jetzt in der mir eigenen vorsichtigen Weise zur Kritik ansetzen.

Herr Kollege Kunick, Sie haben einmal den Kollegen Adamietz in die Nähe der KPD gerückt, KPD, ich habe es genau im Ohr!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Die alte, nicht?)

Uns, die CDU-Fraktion, haben Sie gerückt in die Nähe von Faschisten, die auch einmal eine Zeitung des Schmalfeldt-Unternehmens in den Konkurs hätten drücken wollen oder gedrückt hätten.

(Abg. Tiedemann [SPD]: Sie rücken sich ja selbst hin!)

Ich habe es sinngemäß zitiert, aber inhaltlich korrekt!

Herr Kollege Kunick, wenn Sie sachlich in Schwierigkeiten kommen, und Ihre Hilfllosigkeit insgesamt war nicht zu übersehen, dann ist es eine unerhörte Diffamierung, wenn Sie zu solchen Verbalinjurien greifen, sowohl beim Kollegen Adamietz der Zusammenhang mit der KPD als auch bei uns dieser indirekte Zusammenhang mit dem Faschismus! Das ist eine Schweinerei!

(Starker Beifall bei CDU und BGL)

(C)

(D)

- (A) Das sind Ausführungen, die mich erinnern an den Ausspruch des Herrn Wehner, der sicherlich seine politische Bedeutung in der Bundesrepublik hat, wenn er dann urplötzlich nach der Kalaschnikow schreit, und das sollte nicht in ein Parlament gehören.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus, Herr Kollege Kunick, möchte ich Sie darauf hinweisen, daß sowohl die „Nordsee-Zeitung“ als auch das „Delmenhorster Kreisblatt“, als auch andere Unternehmen in dieser Region Anzeigenblattverlage betreiben und Anzeigenblätter auflegen und daß in diesen Markt eingedrungen ist Schmalfeldt und Co. mit dieser Konzentration Gesellschaft, die Anzeigenblattverlage zusammenfaßt. Es ist von Ihnen nicht bestritten worden, daß sie beginnen soll am 1. April mit einer Auflage von 430 000 Exemplaren.

Herr Kollege Kunick, in einer solchen Situation greifen Sie doch in den Markt ein, wenn Sie überhaupt staatliche Hilfen zugunsten eines solchen konzentrierten Anzeigenblattunternehmens zur Verfügung stellen. Es ist doch eine verkehrte Welt — er will ja Bürgschaften wahrscheinlich geben —, uns, die wir solche Eingriffe verhindern wollen, zu unterstellen, wir wären nichts als kleinkarierte Krämerseelen, die irgendwelche Wettbewerbsvorteile sich herauschinden wollten! Einer solchen Fehleinschätzung unserer sachgerechten politischen Motivation ist mit allem Nachdruck zu widersprechen.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Mittagszeit ist herangekommen. Ich erlaube mir eine Teilzäsur. Ich habe zu der Geschäftsordnungsfrage und zu der Vertraulichkeit nichts gesagt, obwohl mich das reizt, weil ich immer an den Artikel 96 der Landesverfassung denke, den Sie in der Mittagspause vielleicht einmal nachlesen wollen!

Eines möchte ich als Zwischenzäsur sagen: Filz ist mir ein ganz unangenehmer Stoff. Er wird unangenehmer, wenn er dichter wird. Er wird unangenehmer, wenn er naß wird, aber erst recht wird er unangenehm, wenn er brennt, denn dann stinkt es, und der Qualm verdeckt die Sachverhalte! — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, es liegen vier weitere Wortmeldungen vor. Wir werden die Beratungen um 14.30 Uhr fortsetzen.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung 13.03 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

- Präsident Dr. Klink:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet. (C)

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen teil eine Gruppe Soldaten des Dritten Panzergrenadierbataillons 312 in Delmenhorst, eine Klasse des Schulzentrums Im Ellener Feld und zwei Berufsschulklassen der gewerblichen Schulen in Dillenburg.

Ich begrüße die Zuhörer sehr herzlich in unserem Kreis!

(Beifall)

Wir setzen die Beratung des Punktes „Ablehnung öffentlicher Hilfen des Landes Bremen für das SPD-eigene Unternehmen Verlag und Druckerei J. H. Schmalfeldt und Co.“, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU vom 25. März 1980, Drucksache 10/130, fort. Wir haben noch einige Wortmeldungen vorliegen.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind jetzt in der Sachdebatte, trotz allem, und da gilt es, meine ich, zwei Punkte noch einmal herauszustellen. Einmal das Problem, um das es in der Tat sachlich geht, die Situation bei dem Verlag Schmalfeldt, zum zweiten gehört aber auch zu jeder Sachdebatte eine Auseinandersetzung darüber, wie sich dieses Haus mit sachlichen Themen dieser Art beschäftigt, speziell wie sich die Mehrheitsfraktion mit solchen Themen beschäftigt und es den anderen Fraktionen in diesem Haus ermöglicht, sachliche Inhalte hier vorzutragen, zur Abstimmung zu stellen, und das unter dem Gesichtspunkt der Aufgabe des Parlaments als einer Kontrollinstanz der Regierung! (D)

In der Sache selbst möchte ich hier noch einmal ganz klar betonen, auch uns geht es in jedem Fall darum, Arbeitsplätze zu sichern oder womöglich zu schaffen, zu erhalten. Allerdings müssen wir da einmal ganz genau fragen, woher es kommt, daß diese Arbeitsplätze hier gefährdet sind, und natürlich auch, welcher Art diese Arbeitsplätze sind, die gefährdet sind, und welcher Art das Konzept ist, wie sie erhalten werden sollen. Deswegen bedeutet das für uns ganz klar, hier auszusprechen, daß wir für die Sicherung dieser Arbeitsplätze sind — ja wohl! —, aber gegen eine Konzentration etwa auch in Anbindung an den „Weser-Kurier“ und erst gar in Anbindung an staatliche Beteiligungsgesellschaften sind.

Hinsichtlich des Schicksals der Arbeiter des Druckhauses Schmalfeldt muß man auch noch einen Gesichtspunkt einmal ansprechen. Die Gefährdung der Arbeitsplätze dort, etwa der Drucker oder auch, soweit es sich um Zeitungen handelt, der Redakteure, Setzer und so weiter, wird hier immer sehr im Mund geführt, und es sind in der Tat diese Leute, deren Arbeitsplätze dann, zum Beispiel durch

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Konzentration oder auch durch Rationalisierung, verschwinden. Was ist aber mit den Arbeitsplätzen der Spitzenfunktionäre, die solche Zeitungen herausgeben, die dort Geschäftsführer sind? Die sanieren sich gesund, und wir finden sie dann überall anderswo wieder.

(Beifall bei der BGL)

Paradebeispiel war ja nun damals — wir reden ja vom Druckhaus Schmalfeldt — die „Bremer Bürgerzeitung“, die „BBZ“, das SPD-ureigene Blatt, das eine Reihe hervorragender Redakteure in seiner Geschichte erlebt hat, die es dann eben im Niedergang des Blattes oder auch vorher bis zu heutigen Finanzsenatoren und Bürgermeistern gebracht haben. Diese Leute in der Spitze werden jedenfalls durch die Sanierungskonzepte der SPD immer wieder gesundgestoßen, während es tatsächlich die Arbeiter, die darauf keinen Einfluß haben, sind, denen man dann die Arbeitsplätze wegnimmt oder sie wegnehmen läßt. Ich meine, deswegen ist das ein bißchen zynisch, wenn hier wiederum mit dem pauschalen Argument, es seien Arbeitsplätze in Gefahr, von der SPD operiert wird.

Der zweite Punkt, der hier angesprochen werden muß, ist das, was die SPD-Führung hier als Fraktionsführung vorhin angesprochen hat in der Debatte, als sie gesagt hat, diese Debatte könnte Rufschäden für das Druckhaus Schmalfeldt hervorrufen. Diese Methode kennen wir allerdings. Jetzt wird nämlich die Schuld an dem wirtschaftlichen Niedergang dieses Unternehmens auf diejenigen geschoben, die nun den Finger darauflegen und es in der Öffentlichkeit aufzeigen.

(B) Ich meine, das kann man so ganz nüchtern aussprechen. Das spricht eigentlich für sich und gegen die SPD. Das ist das bekannte Schema der SPD. Nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ soll hier die Schuld den anderen, die ihre Kontrollfunktion in diesem Haus wahrnehmen wollen, angehängt werden. Es wird gesagt, ihr müßt die Finger davon lassen, ihr müßt uns schön allein muddeln lassen, vertraulich am besten, ihr habt hier nicht hineinzufummeln.

Entsprechend verfährt dann die SPD auch weiter, nämlich hinsichtlich des Verfahrens hier im Haus, um diese Sache hier zu diskutieren. Herr Klein von der CDU hat schon darauf hingewiesen, in welcher Weise eines politischen Stils oder einer politischen Kultur die SPD-Spitze hier mit den anderen politischen Kräften im Haus meint, umspringen zu können, mit der Opposition im allgemeinen und mit den Grünen im besonderen.

Etwa wenn sie meint, unser Verhalten in dieser Sache sei KP-Manier oder ähnliches, dann zeigt es eigentlich nur, welches Mißverständnis bei der SPD vorliegt von der Aufgabe der Oppositionsparteien. Das zeigt tatsächlich, daß sie ihre vielbeschworene Aufgabe als Fraktion dieses Hauses überhaupt nicht begriffen hat und natürlich auch nicht wahrnehmen kann, wie sie es einmal hier zu Zeiten der Regie-

rungerklärung des Präsidenten des Senats eigentlich beschworen hatte, daß sie natürlich auch diesen Senat kontrollieren wolle, sie zeigt das Gegenteil, nämlich daß sie dem Senat hier nur hinterherlaufen kann, ihm die Stange halten kann.

(Abg. Stichweh [SPD]: Wir sind alle viel zu dusselig, die einzigen Klugen sind Sie!)

Man hat tatsächlich den Eindruck, nicht diese Fraktion trägt den Senat, wie heute jemand einmal hier gesagt hat, sondern der Senat steht mit beiden Beinen in der wirtschaftlichen Verfilzung, und die SPD-Fraktion will dann das Mäntelchen darumherumhängen.

Die SPD hat sich hier einmal mehr, meine ich, als bester Vertreter von Konzernen bewiesen, als bester Vertreter von Konzentrationsprozessen und von einer Vermischung solcher Konzerne mit dem Staat, da, wo sie den Staat selbst im Griff hat, per Regierungsmehrheit.

Schon sehr bemerkenswert natürlich ist es, dann auch das Schema des parlamentarischen Auftretens der SPD-Fraktion hier noch einmal vorgeführt zu bekommen, indem nämlich der Senat hü sagt, und die SPD-Fraktion sagt hott und wird dann natürlich das Hü des Senats durch Mehrheitsbeschluß billigen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Eben haben Sie gesagt, wir laufen hinterher!)

So wird heute hier die SPD-Fraktion natürlich diesen Mißbilligungsantrag der CDU ablehnen und in einem Atemzug erklären, sie sei gegen diesen Beschlußvorschlag, der dort dem Senat vorgelegen hat.

Meine Damen und Herren, es geht gar nicht so sehr darum, daß nun Herr Wedemeier oder Herr Kunick sich hier hinstellt und sagt, wir wollen keinen Staat in den Medien. Das klingt sehr schön, das kann man immer unterschreiben. Es sind natürlich hier nur Worte, wir wollen Taten sehen! Aber wir werden das, wenn die Taten kommen, auch wie heute, natürlich anprangern können und aufgreifen können.

Das Problem bei der Sache ist, und das wollen Sie nicht sehen, daß hier der Senatsdirektor Dr. Hennemann als Vertreter des Senators hingeht und solche Dinge in den Senat einbringt. Was für einen Senatsdirektor und Senatorvertreter haben sie denn eigentlich, wenn dieser als politischer Beamter nicht einmal so weit voraussehen kann, was der Fraktionsvorsitzende Wedemeier und der Vize Kunick von so einer Angelegenheit halten? Ist er denn so blöd, daß er meint, mit so einer blödsinnigen Vorlage im Senat durchzukommen?

(Unruhe bei der CDU)

Wenn er sich darüber im klaren ist, daß das der Politik der SPD widerspricht, warum macht er dann solche Vorlagen, so eilfertig?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Er hat eine Aufgabe als Senatsdirektor!)

(C)

(D)

(A) Genau, er hat eine Aufgabe als Senatsdirektor und als Vertreter des Senators, und diese Aufgabe will er pflichtgemäß wahrnehmen, das möchte ich ihm nun durchaus zugute halten.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Adamietz, ich meine, es sollte nicht dem parlamentarischen Umgangston entsprechen, daß wir eine solche Qualifizierung eines Beamten vornehmen, wie Sie es tun! Das hat nichts mit der Bewertung zu tun, es hat etwas mit menschlichem Umgang zu tun!

(Beifall bei der SPD)

Abg. Adamietz (BGL): Aber Sie müssen dann doch wenigstens alle zuhören, was ich sage! Ich habe gesagt,

(Unruhe bei der SPD — **Abg. Tepperwien [SPD]:** Ein arroganter und überheblicher Fatzke! Sie Stänkerfritze!)

das Verhalten der SPD unterstellt doch dem Dr. Hennemann völlige politische Blödeheit, denn er muß doch wissen, was eigentlich im Senat durchzubringen ist! Er hat doch eben nicht, wie er hier am Anfang behauptet hat — fälschlich behauptet hat —, nur eine Darstellung der Sachlage gegeben, sondern einen Beschlußvorschlag gemacht. Er hat also dem Senat zugemutet zuzustimmen, der Beteiligung zuzustimmen, diesem Bürgerschaftsvorgang.

(B) (**Abg. Wilken [SPD]:** Wischen Sie sich doch einmal den Mund ab, damit der Schaum weggeht!)

Das bedeutet, er ist sich offensichtlich nicht im klaren darüber, was die Politik der SPD in dieser Frage ist, wenn die Fraktionsführung sich jetzt hier hinstellt und sagt, so etwas komme für sie überhaupt nicht in Frage.

(**Abg. Wedemeier [SPD]:** Trennen Sie doch einmal zwischen Legislative und Exekutive!)

Deswegen war es eine rhetorische Frage, Herr Präsident, und wenn Sie meinen, das sei eine Qualifizierung, möchte ich mich dem gar nicht einmal so anschließen, sondern es ist natürlich klar, das ist Rhetorik von der SPD-Führung hier im Haus, weil das brisant ist, weil das hochgekommen ist und weil man nun schnell davon wieder abrückt. Sonst wäre das doch, wenn das nicht an die Öffentlichkeit gezerrt worden wäre, sang- und klanglos untergegangen, so über die Bühne entsprechend dem Beschlußvorschlag!

(**Abg. Stichweh [SPD]:** Was für ein Glück, daß wir ihn haben!)

Das Verständnis der SPD von den Aufgaben hier im Haus zeigt sich wohl am deutlichsten in dieser Formulierung, bezogen auf die Grünen, was deren Strategie sei. Da haben wir dann gehört, erst den

Staat anpinkeln, dann die SPD schlechtmachen und dann deren Erbe antreten. Meine Damen und Herren von der SPD, Ihr Erbe wollen wir allerdings nicht antreten! (C)

Aufgreifend, was der Herr Kollege Klein am Schluß über den Filz erzählt hat, beziehe ich mich da auf eine Zwischenbemerkung, die jemand vorhin gemacht hat, das ist aber wohl nicht übers Mikrofon gegangen, am schlimmsten sei allerdings der verfaulte Filz, der stinke noch mehr! Dieses Erbe wollen wir natürlich nicht antreten. Wir wollen deutlich machen, daß es unsere Aufgabe hier in der Tat ist, den Finger darauf zu legen, wie sich dieser Staat verhält. Das ist nämlich der Staat, der sich repräsentiert durch die Landesregierung, und was dort passiert.

Wenn Sie meinen, wenn wir den Finger darauf legen, dann heiße das, den Staat anpinkeln, wenn wir deutlich machen, daß hier jemand vor dem Parlament nicht ganz die reine Wahrheit sagt, wenn wir deutlich machen, daß hier die SPD sich vielleicht klammheimlich, wenn es keiner merkt, gern einmal so über die Steuerzahlergelder diesen Verlag saniert, wenn Sie das den Staat anpinkeln nennen,

(**Abg. Beckmeyer [SPD]:** Unverschämtheit!)

dann zeigt sich, welche Aufgabe Sie eigentlich dem Parlament zumuten und Sie sich selbst wahrscheinlich im Verhältnis zu diesem Staat! Wir sehen unsere Aufgabe darin, genau diese Dinge aufzugreifen und sie hier deutlich zu machen. Ich meine, daß deswegen ganz klar sein muß, daß man hier diesen Antrag der CDU unterstützen muß. (D)

Ein Wort noch an die FDP! In der Tat, dieser Antrag zielt auf eine Entschließung dieses Hauses, der Mißbilligung des Verhaltens oder überhaupt der Beschlußfassung, der Absichten im Senat. Das hat doch seine Vorgeschichte, hat doch seine Erfahrungen! Gestern haben wir diese doch erst recht gemacht! Soll denn dieses Haus jedesmal, nachdem ein Senator solche Verhaltensweisen an den Tag gelegt hat — siehe Computeraffäre Universität! —, zur Mißbilligung schreiten?

(Beifall bei BGL und CDU — **Abg. Klein [CDU]:** Sehr gut, Herr Kollege!)

Können wir denn nicht einmal, wenn wir die Gelegenheit haben, vorher mißbilligen und klar machen, so geht es nicht?

Deswegen, meine ich, auch die Aufforderung an die FDP, daß sie da dann nicht mit Nein stimmen soll, sondern daß sie deutlich machen soll, wir wollen das jetzt schon! Da steht in dem Antrag auch nicht, der Senat werde mißbilligt, weil er etwas beschlossen habe, sondern weil solche Absichten dort bestehen, und diese Absichten, das haben wir schon festgestellt, sind tatsächlich vorhanden.

(**Abg. Stäcker [SPD]:** Kommen Sie einmal zum Schluß!)

(A) Ich meine deswegen, daß auch das Argument der FDP, hier sei keine Zuständigkeit des Hauses gegeben, nicht durchschlagend sein kann, gerade weil nämlich hier aufgezeigt wird, daß der Senat mit seinen Zuständigkeiten, die er hat, so nicht umgehen soll. Ich bin der Meinung, wenn die anderen Beteiligten des Hauses, insbesondere die FDP, sich noch nicht in der Lage sehen, über diesen Antrag angemessen zu entscheiden, weil diese Senatsvorlage dem Haus noch nicht offiziell bekannt ist, insbesondere den Mitgliedern der FDP-Fraktion, daß dann nur die Möglichkeit in Betracht kommt, hier die Beratung zu vertagen. Ich beantrage das deswegen und stelle zusätzlich den folgenden Antrag: Der Präsident der Bürgerschaft wird aufgefordert, den Senat zu bitten, die Senatsvorlage vom 17. 3. 1980 betreffend Sanierungskonzept Schmalfeldt zur Kenntnissgabe an die Abgeordneten zu erhalten.

Ich meine, daß dadurch noch nicht präjudiziert ist, daß der Senat diese Vorlage für vertraulich erklärt oder nicht, sondern wir wollen diese Vorlage nur haben, und es ist nach der Geschäftsordnung vorgesehen, daß wir auch vertrauliche Dinge bekommen können. Wenn wir sie zur Kenntnis bekommen haben, dann mag immer noch entschieden werden, ob, wie heute morgen sich angedeutet hat, hier eine geheime Sitzung der Bürgerschaft stattfinden muß.

Wenn der Senat sagt, das brauche dann nicht vertraulich behandelt zu werden, um so besser. Ich meine, daß wir dann diese Angelegenheit nach Information aller Seiten in einer weiteren öffentlichen Sitzung im Mai abschließend behandeln könnten.

(B)

(Beifall bei der BGL)

Präsident Dr. Klink: Kann ich den Antrag eingereicht bekommen, Herr Abgeordneter Adamietz?

(Abg. Adamietz [BGL]: Lesbar aufschreiben!)

Ja, bitte, und dann reichen Sie ihn mir ein!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

Vielleicht können Sie sich dabei zu dem Verfahrensantrag äußern. Ich bitte die nachfolgenden Redner ebenfalls darum.

Abg. Kunick (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion stellt sich ganz entschieden gegen die Diffamierungen und Unterstellungen, die hier dem Senat in der Art gemacht worden sind, er hätte eine Angelegenheit, die die Bürgerschaftsausschüsse zu entscheiden haben, statt der Bürgerschaftsausschüsse entscheiden wollen. Dies ist schlicht falsch.

(Beifall bei der SPD)

Wir stellen fest, es war ein Gebot der politischen Klugheit, bei einer derart schwierigen Materie, nämlich dem Antrag des Druckhauses Schmalfeldt, den

die CDU wohl richtig wiedergegeben hat, im Senat die Frage zu erörtern, ob man eine solche in diese Richtung gehende Empfehlung geben sollte, wenn Unterlagen dies wirtschaftlich vertretbar machen sollten, eingereichte Unterlagen, ob also aus politischen Gründen der Senator für Wirtschaft überhaupt mit Rückendeckung des Senats den Bürgerschaftsausschüssen eine solche Empfehlung machen sollte, könnte oder ob das nicht aus politischen Gründen nur in eine ganz andere Richtung gehen könnte.

Das Parlament kann einem einzelnen Senator, einem einzelnen Senatsressort die Absprache schwieriger Fragen im Gesamtsenat zwecks Erstellung von Deputations- und Ausschußvorlagen nicht verwehren. Vorwürfe, die in dieser Richtung erhoben worden sind, gehen völlig an der Sache vorbei. Wir weisen sie, jedenfalls für unsere Fraktion, zurück!

(Beifall bei der SPD)

Nun, Herr Kollege Klein, will ich noch einmal eingehen auf das, was Sie zur Medienpolitik festgestellt haben! Wir sagen ganz eindeutig, wir sind dagegen, daß Verlage in Staatsbeteiligung, und sei es auch nur eine zwischenzeitliche, kommen. Ich habe nicht von Medien gesprochen. Die Medien-debatte im weitesten Sinne, Einflußnahme, privates Fernsehen und ähnliche Dinge, privater Rundfunk, was in der öffentlichen Debatte ist, ist eine ganz andere Sache. Dazu haben wir eine dezidierte Meinung, die hiermit überhaupt nicht vermischt werden sollte.

(Beifall bei der SPD)

Diese Debatte über das Druckhaus Schmalfeldt,

(Abg. Klein [CDU]: Verlags- und Druckhaus!)

Verlags- und Druckhaus Schmalfeldt, diese Debatte hier im Parlament, zu einer Unzeit verbunden mit dem Artikel Ihres „Weser-Report“, von dem man ja nun objektiv feststellen kann, daß er ein Konkurrent der Stadtteilzeitungen von Schmalfeldt ist, konkurrierend um dieselben Anzeigen, ist, so stellen wir fest, eine unseriöse Art der Behandlung mit dem Ziel, den wirtschaftlichen Konkurrenten Ihres „Weser-Report“ zu schädigen! Herr Neumann hat in dieser Debatte den Zwischenruf gemacht, der „Weser-Report“ brauche noch Redakteure. Dies ist bezeichnend für die Art des Konkurrenzdenkens hierbei!

(Beifall bei der SPD)

Sie haben auch völlig bedenkenlos dann den „Weser-Kurier“ als einen möglichen Interessenten, der sich an diesem Unternehmen beteiligen will, hier in die öffentliche Debatte gebracht, als könnten in Bürgerschaftsangelegenheiten die Dinge der Unternehmen in aller Öffentlichkeit und Freiheit, ohne daß die wirtschaftlichen Aussichten der Unterneh-

(C)

(D)

(A) men sich ändern, erörtert werden. Wir weisen dieses Verfahren entschieden zurück!

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Ich habe mich für die Pressefreiheit ausgesprochen! Für staatliche Unabhängigkeit!)

Herr Kollege Klein, nun interpretieren Sie sich nicht selbst!

Wir werden weder dem Antrag auf Vertagung noch ihrem CDU-Antrag zustimmen. Wir bringen einen Antrag ein, der wie folgt lautet: „Die Bürgerschaft begrüßt, daß der Senat die Anträge eines Bremer Druckhauses auf Unternehmenshilfe in den ordentlichen Beratungsgang der Bürgerschaftsaus-schüsse einleitet.“

(Heiterkeit bei CDU und BGL — Abg. Klein [CDU]: Hervorragend! Der Antrag könnte von mir sein! — Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Dann stimmen Sie doch zu, Herr Klein!)

Weiter: „Die Bürgerschaft erklärt, daß Staatsbeteiligungen an Verlagshäusern nicht Gegenstand von Landeshilfen sein können.“ Diesen Antrag über-reiche ich dem Präsidenten.

(Beifall bei der SPD)

(B) Nun, Herr Kollege Klein, noch einmal dazu, daß Sie gemeint haben, ich hätte unzulässige Parteien-vergleiche angestellt! Herr Kollege Klein, das Druckhaus J. H. Schmalfeldt in Bremen, gegründet 1890 durch Sozialdemokraten, und man darf auch Sozialdemokrat sein und sich in solchen Bereichen betätigen, hat heute 118 Arbeitsplätze. Es ist in der Tat so gewesen, Sie reflektieren heute darauf, daß dieses Unternehmen aus dem Markt verschwindet, und 1933 hat man den ganzen Verlag beschlagnahmt und seine Kapazitäten dann der NSDAP zugeführt. Das ist die historische Wahrheit!

(Beifall bei der SPD — Abg. Dinné [BGL]: Das haben Sie doch vorbereitet!)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir haben jetzt folgende Situation: Wir haben zwei zusätzlich eingebrachte Anträge. Wir haben außerdem einen Geschäftsordnungsantrag. Der Abgeordnete Adamietz hat den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung gestellt. Er hat außerdem folgenden Antrag gestellt: „Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft wird aufgefordert, den Senat zu bitten, die Senatsvorlage vom 17. 3. 1980 betreffend Sanierungskonzept Schmalfeldt zur Kenntnisgabe an die Abgeordneten zu erhalten.“

Herr Abgeordneter Adamietz, das ist ein Antrag. Nach unserer Geschäftsordnung muß ein Antrag eine Stunde vorher eingegangen sein. Wenn Sie einen Entschließungsantrag einreichen würden, dann würde das gehen. Als Entschließungsantrag formuliert

würde Ihr Antrag heißen müssen: „Die Bremische Bürgerschaft erwartet, daß die Senatsvorlage vom 17. 3. 1980 betreffend Sanierungskonzept Schmalfeldt den Abgeordneten zur Kenntnis gegeben wird.“ Wenn Sie Ihren Antrag so umformulieren, kann ich ihn annehmen, sonst nicht.

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz zur Geschäftsordnung.

Abg. **Adamietz (BGL) *)**: Selbstverständlich formuliere ich den Antrag so um, daß Sie ihn annehmen können, Herr Präsident, nur war ich der Meinung, daß, wenn die Bürgerschaft den eigenen Präsidenten auffordert, sie das nicht einzuordnen hat in solche Anträge, wie wir etwa den Senat auffordern würden, denn es geht doch darum, daß wir unseren eigenen Präsidenten darum bitten. Wenn Sie meinen, daß das also ordnungsgemäß am besten dadurch geschieht, daß wir sagen „wir erwarten“, dann bitte ich, das so umzustellen!

Präsident Dr. Klink: Ich würde folgendes jetzt vorschlagen: Nach der Geschäftsordnung liegt der Antrag des Abgeordneten Adamietz vor. Ich bat ihn vorhin, mir schriftlich diesen Antrag zu geben. Deswegen habe ich noch nicht über den Vertagungsantrag gesondert beraten lassen. Nach der Geschäftsordnung bin ich dazu aber angehalten. Da heißt es: „Anträge auf Vertagung oder auf Schluß der Beratung sind jederzeit sofort zur Verhandlung zu stellen.“ Weiter heißt es: „Zu solchen Anträgen erhalten nicht mehr als zwei Redner dafür und zwei dagegen das Wort.“

Ich stelle den Vertagungsantrag jetzt zur Beratung. Der Abgeordnete Kunick hat sich bereits zum Vertagungsantrag geäußert. Wer möchte sich zum Vertagungsantrag der Bremer Grünen Liste noch äußern?

(Abg. **Lahmann (FDP)**: Nur zusammen mit den übrigen Anträgen! Das kann man aber damit machen!)

Gut, bitte sehr! Das Wort hat der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann (FDP)**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur kurz zu den Anträgen, die jetzt zur Beratung vorliegen! Gegenstand ist ja unter anderem auch die Präsentation der Senatsvorlage, von der immer wieder und auch im weiteren Gang der Beratungen, Herr Präsident, die Rede war. Ich will noch einmal unterstreichen, daß die FDP-Fraktion nach wie vor fordert, daß die Senatsvorlage vorgelegt wird. Wir unterstützen deshalb —

(Zuruf des Abg. **Jackisch (CDU)**)

Ja, wir wollen uns dabei, Herr Kollege, nicht auf trübe Kanäle verweisen lassen! Das machen wir nicht,

(Beifall bei der FDP)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) sondern wir wollen die Vorlage offiziell und hier haben, und alle sollen sie haben. Darauf zielt unser Antrag. Daß wir sie irgendwoher bekommen können, das halte ich für denkbar, aber darum geht es nicht, sondern hier geht es auch um die Art und Weise und den Stil, wie Informationen an alle Abgeordneten gegeben werden und wie nicht! Wir wollen dabei nicht differenzieren lassen.

(Beifall bei FDP und BGL)

Wir wiederholen unsere Forderung — wenn Sie „Bitte“ lieber hören, dann mag das auch eine Bitte sein —, daß diese Senatsvorlage allen Abgeordneten zugänglich gemacht wird. Wir unterstützen deshalb auch den Antrag der Bremer Grünen Liste, den Präsidenten aufzufordern, sich um die Vorlage zu bemühen. Die FDP-Fraktion, Herr Präsident, das muß ich sagen, hat den Eindruck, daß Sie die Interessen dieses Parlaments in diesem Zusammenhang heute nicht hinreichend wahrgenommen haben.

(Beifall bei FDP und BGL — Abg. Wedemeier [SPD]: Der Präsident kann doch nichts dafür, daß Sie nicht im Senat sitzen!
— Heiterkeit bei der CDU)

Kommen Sie doch mit diesem alten Hut nicht immer wieder, Herr Kollege! Das macht Ihnen Spaß, was?

(Abg. Klein [CDU]: Filzhut!)

(B) Haben Sie Ihren bescheidenen Spaß, das gönne ich Ihnen!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Aber Schicksal ist nun einmal Schicksal!)

Wir aber, wir alle nämlich, wollen die Vorlage haben!

Und nun kann ich überhaupt nicht verstehen, meine Damen und Herren, wieso der Senat sich derartig stickharig anstellt und Herr Bürgermeister Thape sich im Zusammenhang mit der Verteilung oder Veröffentlichung dieser Vorlage auf Grundsätze beruft.

Es ist unbestritten, jedenfalls von der FDP-Fraktion unbestritten, daß Senatsvorlagen ihrer Natur nach vertraulich sind. Auch diese Senatsvorlage mag vertraulich sein. Ersichtlich ist diese Vorlage aber in der Hand zahlreicher Abgeordneter dieses Hauses,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Aber Herr Klein ist doch nicht zahlreich!)

wahrscheinlich auch mehrerer Journalisten. Sie ist Gegenstand des Antrags einer Fraktion in diesem Haus. Deswegen hätte es dem Senat sehr gut angestanden, wenn er gesagt hätte, ich hebe unter diesen Umständen die Vertraulichkeit der Vorlage auf,

(Beifall bei FDP und BGL)

um allen Leuten die Gelegenheit zu geben, sie nachzulesen.

Ich darf übrigens, Herr Bürgermeister Thape, daran erinnern, daß es für solche Vorgänge durchaus auch Vorläufer gibt. Es hat schon öfter, darauf haben Sie mit einem, zugegeben, berechtigten Bedauern hingewiesen, die Veröffentlichung, die unzulässige Veröffentlichung von Senatsvorlagen auch in der Vergangenheit gegeben. Der Senat hat in solchen Fällen, von Fall zu Fall unterschiedlich, auch schon die Vertraulichkeit solcher Vorlagen aufgehoben.

Also, Sie können sich hier nicht auf irgendwelche Prinzipien berufen, die es nicht gibt! Ich habe den Eindruck, wenn Sie diese Vorlage jetzt nicht veröffentlichen wollen, daß Sie uns entweder ärgern wollen oder daß Sie irgend etwas zu verbergen haben. Ich glaube, Sie müßten ein viel größeres Interesse daran haben, sich nicht selbst weiterhin dem Vorwurf der Geheimniskrämerei auszusetzen. Darum verstehen wir überhaupt nicht, warum Sie die Vorlage weiterhin zurückhalten. Also Unterstützung der Aufforderung an den Präsidenten, sich um die Herausgabe zu bemühen!

Wir sind auch dafür, daß die Entscheidung über den Entschließungsantrag in der Sache vertagt wird, damit eben diese Informationen allen Abgeordneten zugänglich gemacht werden. Sollte die Mehrheit, die Mehrheitsfraktion mit dieser Vertagung nicht einverstanden sein, meine Damen und Herren, so werden wir uns erforderlichenfalls auch heute entscheiden.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Na, wie schön!)

Zum SPD-Antrag, meine Damen und Herren: Wir lassen uns doch nicht veralbern mit einem solchen Antrag, den Sie jetzt in der Schlußphase dieser Debatte einbringen!

(Beifall bei FDP, CDU und BGL — Abg. Neumann [CDU]: Vergackeierung!)

Diesen SPD-Antrag werden wir ablehnen, weil er nämlich eine pure Selbstverständlichkeit enthält. Ich frage mich vergeblich, warum Sie nicht gleich einen Antrag mit der Feststellung einbringen, daß Bremen an der Weser liegt.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP, CDU und BGL)

Es wäre vielleicht ganz gut, wenn man sich auch das noch hin und wieder einmal klarmachen würde.

Nun zum CDU-Antrag, meine Damen und Herren! Wenn wir in dem Augenblick, in dem über ihn abgestimmt werden muß, die Informationen nicht schriftlich in Form der Senatsvorlage in der Hand haben, dann werden wir die Richtigkeit aller Zitate unterstellen, die hier heute vorgetragen worden sind. Wir werden uns auch nicht mehr aufhalten mit dem einen oder anderen formalen Bedenken zu den Formulierungen in diesem Entschließungsantrag.

(C)

(D)

(A) Wir werden ihm zustimmen, weil wir damit zweierlei zum Ausdruck bringen wollen. Erstens: Die FDP ist gegen jede Staatsbeteiligung in diesem Bereich. Und zweitens: Die FDP-Fraktion kann zur Zeit auch einen Grund für eine Bürgerschaft im vorliegenden Fall nicht erkennen.

(Beifall bei FDP, CDU und BGL — Abg. Klein [CDU]: Kompliment, Herr Kollege!)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Lahmann, gestatten Sie, daß ich nur einen Satz zu Ihren Ausführungen sage!

(Abg. Klein [CDU]: Nicht zur Sache, Herr Präsident!)

Nicht zur Sache, nein!

(Abg. Klein [CDU]: Gut, sonst müßten Sie nämlich ans Katheder!)

Nur zur Feststellung, daß er etwas über meine Einflußmöglichkeiten enttäuscht ist! Ich fühle mich natürlich sehr geehrt, daß er mir eine so hohe Einflußmöglichkeit einräumt, aber ich kann beim besten Willen, Herr Abgeordneter Lahmann, Unterlagen, die im Einflußbereich und im Entscheidungsbereich des Senats sind, die der Senat für vertraulich erklärt und nicht herausgeben will, nicht beschaffen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Sie hätten sich darum bemühen können!)

(B) Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hänecke. Ich bitte, den Vertagungsantrag einzubeziehen!

(Unruhe — Glocke)

Meine Damen und Herren, ich bin nach der Geschäftsordnung verpflichtet, einen Vertagungsantrag sofort zur Debatte zu stellen. — Bitte sehr!

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Vertagungsantrag möchte ich sagen, daß das doch wohl eine ganz vernünftige Sache ist,

(Abg. Neumann [CDU]: Sie ist logisch!)

da werden wir auch mitmachen.

Aber, meine Damen und Herren, ich fühle mich hier, nachdem die SPD-Fraktion jetzt einen Antrag vorlegen will beziehungsweise angekündigt hat, wir haben ihn ja noch nicht, jetzt als Abgeordnete dieses Hauses mißbraucht. Das möchte ich doch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen sagen, warum. Ich habe während der ganzen Verhandlungen ein unangenehmes Gefühl gehabt.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Es ist parlamentarischeres Recht, Anträge einzubringen!)

(C) Ja, ich möchte Ihnen ja erklären, warum ich das hier jetzt sage!

Ich habe während des ganzen Verlaufs dieser Verhandlungen ein unangenehmes Gefühl gehabt, weil ich gern wissen möchte vom Vorstand unseres Parlaments beziehungsweise von Ihnen, von Ihrer Fraktion, ob hier wirklich niemand in diesem Fall befangen ist, weder von Ihrer Fraktion noch von den Geschäftsführern Ihrer Fraktion

(Abg. Tiedemann [SPD]: Herr Neumann!)

beziehungsweise über Angehörige und so weiter, denn wir haben in unserem CDU-Antrag in der Überschrift wortwörtlich stehen: „für das SPD-eigene Unternehmen“. Es ist von Ihnen in keiner Weise angezweifelt beziehungsweise verneint worden, daß das so richtig ist. Deswegen möchte ich bitten, daß der Vorstand überprüft, ob in diesem Falle hier wirklich niemand aus der SPD-Fraktion beziehungsweise von deren Geschäftsführern befangen ist. Darum bitte ich!

(Beifall bei CDU und BGL — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Frau Hänecke, ich würde herzlich darum bitten, und das würde hilfreich für uns alle sein, wenn Sie einen konkreten Anlaß haben, nennen Sie den Namen!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Namen nennen! — Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Aber jetzt nicht kneifen, Namen nennen!)

Dann werden wir uns sofort damit befassen. Wir können aber mit einem so allgemeinen Hinweis nichts anfangen.

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Herr Präsident, ich hatte ja eben gesagt, daß ich immer darauf gewartet habe, daß von der SPD heute einmal gesagt wird, es sei kein SPD-eigenes Unternehmen. Herr Bürgermeister Thape hat während seiner Ausführungen auch noch einmal vom SPD-eigenen Unternehmen gesprochen, er hat noch einen anderen Ausdruck gebraucht.

(Bürgermeister Thape: Vorsicht!)

Ich kann es wortwörtlich nicht wiedergeben, weil ich es mir nicht aufgeschrieben habe. Ich kann Ihnen keinen Namen sagen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Das ist auch nicht erforderlich!)

Ich bin der Meinung, daß der Vorstand das überprüfen sollte. Darum wiederhole ich meine Bitte, daß der Vorstand eine Überprüfung vornimmt.

(Beifall bei der CDU)

(A) Ich möchte Ihnen auf Verdacht hin nicht irgendeinen Namen nennen.

(Abg. Klein [CDU]: Dafür ist er da, das ist seine Pflicht!)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich frage das Haus, ich frage alle Abgeordneten,

(Abg. Gassdorf [CDU]: Uns nicht!)

ich frage alle Abgeordneten, ob einer — und es kann ja nur im Sinne von Artikel 84 unserer Landesverfassung sein —, ob ein Abgeordneter in bezug auf die Druckerei und den Verlag Schmalfeldt — —.

(Abg. Neumann [CDU]: SPD alle! —
Abg. Seifriz [SPD]: Zwei Verlage, es gibt auch einen „Weser-Report“! — Unruhe
— Glocke)

Bitte, das Wort hat der Abgeordnete Wedemeier!

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Hänecke, ich halte das für eine ziemlich windige Schote, die Sie jetzt hier bringen. Ich habe vorhin beobachten können, wie Ihr Fraktionsgeschäftsführer Ihnen das eingebleut hat, das hier zu bringen. In der SPD-Fraktion gibt es — —.

Ich habe das genau beobachtet, ich darf das doch wohl noch einmal sagen, dahinten sitzt er, er lacht auch, er weiß auch, wen ich meine, seht einmal, wie er strahlt!

(B)

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Wir kennen ihn auch!)

Sie sind auch glatt darauf hereingefallen.

Herr Präsident, Ihre Frage ist, glaube ich, von unseren Abgeordneten beantwortet worden mit Nein, daß nach Artikel 84 von uns keiner betroffen ist. Wir sind ja auch nicht Gesellschafter oder so etwas ähnliches.

(Abg. Klein [CDU]: Das kann doch festgestellt werden!)

Ich bitte, wenn das festgestellt wird, auch festzustellen, welche wirtschaftlichen Vorteile der „Weser-Report“ hat

(Beifall bei der SPD)

beim Eingehen von Schmalfeldt. Einen hat Herr Neumann vorhin in einem Zwischenruf genannt: er brauche Mitarbeiter beim „Weser-Report“. Deshalb soll Schmalfeldt pleite gehen.

(Lachen bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Herr Wedemeier, Sie sind doch Realist!)

Das hat er gesagt, nicht ich. Dann müssen Sie ihn auslachen!

Wenn das wahr ist, daß der „Weser-Report“ wirtschaftliche Vorteile hat, was auf der Hand liegt, weil

er das Anzeigenvolumen kassieren wird, dann frage ich, ob die CDU am Verlag für Staatsbürgerkunde, und zwar die Bremer CDU, beteiligt ist, und ob sie überhaupt eine solche Debatte führen darf, um einen Verlag pleite gehen zu lassen, damit ihr Verlag „Weser-Report“ abkassieren kann.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich habe erst einmal, und dazu komme ich jetzt, den Vertagungsantrag vom Abgeordneten Adamietz. Die Äußerungen liegen dazu vor.

(Abg. Adamietz [BGL]: Zu Artikel 84 möchte ich etwas sagen!)

Bitte, kommen Sie, und sagen Sie etwas zu Artikel 84!

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz** (BGL)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem zu Recht die Frage der Befangenheit von Abgeordneten der Fraktion der SPD aufgegriffen worden ist, meine ich, muß diese Frage hier doch geklärt werden. Man muß dann aber doch auch etwas sorgfältiger darangehen, als etwa zu fragen, ob jemand hier im Hause Anhaltspunkte habe, der solle sich melden. Die SPD meldet sich natürlich nicht.

(Glocke — Abg. Stichweh [SPD]: Was ist daran so natürlich? Ein Spinner ist das!)

(D)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, bei aller Geduld und bei aller Sanftmut, das wird jetzt, glaube ich, etwas zuviel. Wenn ich von diesem Stuhl aus Abgeordnete befrage, ob sie in diesem Fall von Artikel 84 der Landesverfassung in irgendeiner Form tangiert sind, und mir wird erklärt, daß dies nicht der Fall sei, und Sie sagen, Sie zögen das in Zweifel, dann muß ich das mit aller Entschiedenheit zurückweisen!

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Präsident, ich habe überhaupt nichts in Zweifel gezogen.

(Unruhe)

Lassen Sie mich doch einmal ausreden!

(Abg. Wedemeier [SPD]: So haben die Nazis das auch gemacht früher! So machen Sie das jetzt auch!)

Vielen Dank, Herr Wedemeier, vielen Dank, Herr Wedemeier! Nein, das kann der Präsident ja nicht, in dieser Frage wäre er ja nun wieder befangen.

(Lachen bei der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Adamietz, Sie haben den Sinn von Artikel 84 der Landesverfas-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) sung noch gar nicht begriffen, sonst können Sie von der Befangenheit überhaupt nicht sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Präsident, dann möchte ich Ihnen erklären, wie ich den Sinn von Artikel 84 verstehe. Dann können Sie mir vielleicht Aufklärung geben.

Der erste Sinn ist, meine ich, der, daß hier nicht diejenigen, die den Finger darauflegen und sagen, da kann aus allgemein bekannten Tatsachen heraus die Möglichkeit bestehen, daß nämlich der Artikel 84 hier in Frage steht, nun von Ihnen die Beweislast aufgedrängt bekommen können, so daß Sie nun etwa Frau Hänecke fragen, sie müsse einen konkreten Anhaltspunkt geben, sonst könnten wir das nicht prüfen.

Frau Hänecke hat den ganz sachlichen und vernünftigen Vorschlag hier gemacht, das Präsidium möge das prüfen. Wenn das Präsidium das nicht so schnell aus der Hand kann, dann muß das Präsidium sich dazu zurückziehen. Das ist der erste Punkt der Auslegung des Artikels 84.

Der zweite Punkt ist der der sachlichen Befangenheit. Da bin ich schon der Meinung, Herr Präsident, daß man sich die Sache etwas gründlicher ansehen muß, wenn es zutreffend ist, was gesagt worden ist, nämlich daß das Verlags- und Druckhaus Schmalfeldt SPD-eigen sei. Ich habe die wirtschaftlichen Verhältnisse dort nicht geprüft. Ich kann das nicht selbst aus eigener Sachkenntnis beurteilen. Aber wenn das zutreffend ist, dann muß ich doch auch noch die weitere Frage stellen, wie es denn dann mit den internen wirtschaftlichen Verhältnissen innerhalb der SPD-Fraktion aussieht.

(B)

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Sollen wir alle hinausgehen?)

Nein, Herr Wedemeier, es sollen nicht alle hinausgehen, sondern es sollen die hinausgehen, die da unmittelbar betroffen sind.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das ist keiner!)

Das ist keiner! Die erste und einfachste Frage ist doch die — da muß man dann vielleicht in das Statut der Sozialdemokratischen Partei für den Landesverband Bremen hineinsehen —, wie verhält es sich denn mit den Parteifunktionären, wenn es heißt, die SPD sei Eigner des Druckhauses.

(Unruhe)

Herr Wedemeier, nun hören Sie doch einmal zu! Ich brauche ein stärkeres Mikrophon.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz!

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Wedemeier, die einfachste Frage, wenn es darum geht, ob jemand von der SPD —

(Zurufe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, es gilt nicht nur für die eine, sondern für alle Fraktionen, wir wollen jetzt etwas disziplinierter zuhören! Ich glaube, das Erscheinungsbild, das das Parlament heute abgibt, ist nicht so, daß es viel Vertrauen vermittelt.

(Beifall bei SPD und FDP — Abg. **Klein** [CDU]: Ich habe nur der SPD-Fraktion geantwortet!)

Abg. **Adamietz** (BGL): An dem Beifall merkt man, daß daran natürlich hier die Grünen schuld sind. Das werden wir dann morgen aus der SPD-Presse vielleicht wieder hören.

Wenn es um das Problem geht, ob dadurch Befangenheit besteht, daß die SPD als Partei Eigner eines Verlages ist, der hier möglicherweise mit Staatsgeldern unterstützt werden soll, also einen unmittelbaren materiellen Vorteil hat und nicht nur dadurch, daß ein anderer Verlag vielleicht dann wirtschaftlich konkurrenzfähiger wäre, ist es doch das Einfachste von der Welt, sich zu überlegen, wer in der SPD verkörpert denn in seiner Person hier als Abgeordneter, als Funktionsträger, die SPD. Da sehe ich hier vorn Herrn Kunick.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Landesvorsitzender!)

Vielleicht geben Sie mir einmal Nachhilfe, welche Parteifunktion Herr Kunick hat!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Es geht um Schmalfeldt! Er ist weder Gesellschafter noch sonst irgend etwas!)

Es geht doch nicht darum, ob Herr Kunick persönlich Gesellschafter bei Schmalfeldt ist. Die Frage ist, ob die SPD einen unmittelbaren Vorteil davon hat, daß hier das Druckhaus Schmalfeldt die Bewilligung einer Bürgerschaft bekommt oder nicht bekommt.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Natürlich hat sie einen Vorteil!)

Wenn die SPD da einen Vorteil hat, dann sind die Organträger, die die SPD rechtlich nach außen vertreten, diejenigen, die hier befangen sind. Das ist doch eine ganz einfache Frage! Sie vertreten die SPD kraft Parteisatzung, Statut oder so etwas oder kraft Bevollmächtigung. Ich kann das nicht beurteilen, weil ich das Statut des SPD-Landesverbands nicht kenne und auch nicht weiß, ob das vielleicht für diese Konzentration GmbH dann noch die Bundes-SPD ist. Aber ich meine doch, daß diese Frage so zu stellen ist. Darüber kann man nicht so einfach hinweggehen und sagen, es melde sich ja keiner. Ich meine, daß das hier geklärt werden sollte.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Adamietz** (BGL): Ja, bitte!

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Kunick!

Abg. **Kunick** (SPD): Wenn es der Wahrheitsfindung und Beschleunigung dienen könnte: Herr Kollege, sind Sie bitte bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß kein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei im Landesverband Bremen, das hier im Parlament sitzt, Verfügungsgewalt über das Druckhaus Schmalfeldt hat noch Beschäftigter ist?

(Abg. **Klein** [CDU]: Sie sind doch Mitglied der SPD!)

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Kunick, jetzt sind wir in der schwierigen Lage, daß ich das zur Kenntnis nehmen kann,

(Glocke)

was Sie dort sagen, aber ich kann natürlich jetzt nicht überprüfen, was es bedeutet, wenn das ein SPD-eigener Verlag ist.

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Sie haben das doch gar nicht zu überprüfen! Das ist nicht Ihre Aufgabe! — Glocke)

Aber, Herr Beckmeyer!

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Adamietz, nun belasten Sie Ihr Gewissen nicht! Über die Auslegung des Artikels 84 entscheidet der Vorstand. Das brauchen Sie nicht zu entscheiden!

(Beifall bei der SPD)

(B) Abg. **Adamietz** (BGL): Ich habe auch deswegen nur darauf hingewiesen, daß dieser Zusammenhang hier deutlich gesehen werden muß. Es geht um die Frage, wer vertritt die SPD, wenn die SPD als Organisation Eigner des hier betroffenen Verlags ist. Da kann man sich nicht damit in die Tasche lügen, daß vielleicht Individuen, nicht in dieser Eigenschaft, dort Gesellschafter sind, sondern es reicht, wenn die Organisation SPD dort beteiligt ist. Aber es wird da eine Zwischenfrage gewünscht!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Adamietz, ich finde das alles gar nicht so lustig.

(Abg. **Klein** [CDU]: Das glaube ich!)

Das war keine politische Bemerkung! Ich mache mir Sorgen, wie der Bürger eigentlich die Debatten, die wir hier im Hause führen, noch verstehen soll.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Neumann** [CDU]: Sagen Sie das Ihren Freunden, nicht uns! — Unruhe)

Ich glaube, wir sollten uns einmal Gedanken machen, was der Bürger eigentlich denkt, wenn er unsere Debatten verfolgt!

(Starke Unruhe und Zurufe — Glocke)

Zu einer Zwischenfrage hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Adamietz, als Beitrag zu der Frage, was die Bürger über uns hier denken, möchte ich Ihnen die Frage stellen und hilfsweise auch dem Präsidenten betreffend den Artikel 84: Ist es vielleicht so mit der Befangenheit, wenn das Druckhaus Schmalfeldt in Konkurs ginge und die SPD-Bundesorganisation mit den negativen Folgen belastet würde und eventuell daraus resultierend eine Beitragserhebung auf die Bremer SPD zukäme,

(Lachen bei der SPD)

daß da durchaus eine Verbindung stattfände und da auch die Betroffenheit vorläge?

(Lachen bei der SPD — Starke Unruhe)

Abg. **Adamietz** (BGL): Es wird noch eine Zwischenfrage gewünscht!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Kunick!

Abg. **Kunick** (SPD): Um das Bild des Hauses abzurunden — bei Ihnen, Herr Adamietz, gehe ich gar nicht mehr davon aus, daß Sie auffassungsbereit sind —: Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß auch die Landesorganisation der SPD oder irgendwelche ihrer Untergliederungen keine Eigentümer von Schmalfeldt sind?

(Zuruf des Abg. **Klein** [CDU])

Abg. **Adamietz** (BGL): Das ist ein klares Wort! Das nehme ich gern zur Kenntnis! Genau das war meine Frage! Vielen Dank, Herr Kunick!

(Abg. **Wedemeyer** [SPD]: Na, bitte, alles klar?)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu der Abstimmung über den Vertagungsantrag.

Es haben sich zwei Redner dafür und zwei dagegen geäußert.

Jetzt wird abgestimmt über den Vertagungsantrag.

Wer für die Vertagung ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Ich stelle fest, das letztere war die Mehrheit. Damit ist die Vertagung abgelehnt.

Wir fahren in der Sachdebatte fort.

Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Neumann?

(Abg. **Neumann** [CDU]: Das kann ich nicht so genau sagen!)

Entschuldigung, dann kommt ein anderer!

(Abg. **Neumann** [CDU]: Moment, dann melde ich mich zur Geschäftsordnung! — Heiterkeit)

(C)

(D)

(A) Sie wollen also zur Geschäftsordnung sprechen! Wir werden darauf achten, daß Sie zur Geschäftsordnung sprechen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß wir uns, nachdem die Sachdebatte heute vormittag beendet war, nachmittags nur über Geschäftsordnungsfragen unterhalten, und ich will dies fortsetzen. Ich will mich also in der Aussage, was die Formalien anbetrifft, nicht abheben von den Vorrednern, deswegen rede ich auch zur Geschäftsordnung.

Herr Wedemeier, kleiner Nachhilfeunterricht, was den „Weser-Report“ betrifft! Ich habe Verständnis dafür, daß das Ihnen im Magen liegt.

(Abg. Jettka [SPD]: Überhaupt nicht! —
Abg. Aulfes [SPD]: Was ist da zur Geschäftsordnung?)

Das, was auch vorher zur Geschäftsordnung war, Herr Kollege! Ich weiß nicht, wie Ihr Name war! Wie war der Name? Aulfes!

(Glocke)

Genau dasselbe!

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Neumann, wir wollen zur Geschäftsordnung sprechen! Vorhin haben wir die Geschäftsordnungsdebatte über die Vertagung mit den übrigen Anträgen verbunden. Das war der Wunsch der jeweiligen Redner. Dieser Antrag ist abgeschlossen! Jetzt bitte ich Sie, zur Geschäftsordnung zu sprechen. Wenn Sie zur Geschäftsordnung nichts zu sagen haben, bitte ich Sie, Platz zu nehmen, und dann kommt Herr Bürgermeister Thape an die Reihe!

(Beifall bei der SPD)

Abg. Neumann (CDU): Meine Damen und Herren, es ist hier das Thema der Befangenheit eingebracht worden

(Abg. Klein [CDU]: Natürlich!)

im Rahmen der Geschäftsordnung. Sie haben zwar die Debatte zu dem Vertagungsantrag beendet, Sie können mir aber nicht verbieten, zu dem Thema der Befangenheit etwas zu sagen.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut! Das hat der Präsident vergessen!)

Das werde ich auch.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Eine Sekunde!

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Sie können doch nicht dauernd abklingeln!)

Abg. Neumann (CDU): Die dauernden Unterbrechungen kosten unsere Redezeit, Herr Präsident!

(Unruhe)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, Sie müssen sich einmal daran gewöhnen, daß Sie sich an parlamentarische Spielregeln zu halten haben!

(Beifall bei der SPD — Unruhe bei der CDU)

Wenn der Abgeordnete Neumann mich anspricht, habe ich doch wohl das Recht, darauf zu antworten.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Wenn er fertig ist, aber doch nicht vorher!)

Ich will ihm darauf antworten. Wenn er geschäftsmäßig die Befangenheit anspricht, hat er selbstverständlich dazu das Wort!

Abg. Neumann (CDU): Das will ich doch!

Präsident Dr. Klink: Dann werde ich doch wohl antworten können!

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das ist doch selbstverständlich! — Zuruf des Abg. Klein [CDU])

Sie sollten einmal zuhören lernen, bevor Sie reden!

(Abg. Klein [CDU]: Herr Neumann ist doch kein Klippschüler!)

Bitte sehr, fahren Sie fort!

Abg. Neumann (CDU): Also zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Wedemeier! Eine Bemerkung: Sind denn einige von Ihnen nicht vielleicht deshalb befangen, weil sie möglicherweise zusammenhängen mit einem Organ, das durch sie herausgegeben wird, das ja am Ende Folgen — Vorteile oder Nachteile, wie in dem Fall Nachteile — haben könnte, wenn die Sanierung des Schmalfeldt-Verlags, wie sie vorgesehen ist, nicht klappt?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das hätten Sie sich auch vor acht Tagen fragen können!)

Die Geschäftsordnung und der Artikel 84 — das müssen Sie nun einmal hinnehmen, ich glaube, daß mir der Präsident da auch recht geben wird — beziehen sich immer auf den Tatbestand, der hier angesprochen worden ist.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Auf den, der Vorteile hat!)

Auf den, der angesprochen worden ist! Meine Damen und Herren, Sie dürfen doch eines nicht verwechseln: Ich habe Verständnis dafür, wenn Sie nun, weil die Sonntagszeitung „Weser-Report“ Ihnen hin und wieder Kopfschmerzen bereitet, hier dauernd dieses Thema einbringen. Wir hätten doch überhaupt gar nichts dagegen, Herr Kollege Wedemeier, wenn Sie mit Ihrer „Bürgerzeitung“ oder die Liberalen mit ihrer „Liberalen Zeitung“ mit den Geldern, die sie haben, tätig sind. Darum geht es doch hier nicht. Hier geht es doch darum, daß Sie für eine Ihrer Partei nahestehenden Zeitung, für einen Ihrer Partei nahe-

(C)

(D)

(A) stehenden Verlag staatliche Gelder benutzen wollen — —.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wir haben doch keine Zeitung mehr!)

Nein, Herr Kollege, lassen Sie mich das einmal zu Ende führen!

(Abg. Kunick [SPD]: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis — —! — Starke Unruhe bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Sie sind doch gar nicht dran, Herr Kunick! — Glocke — Abg. Kunick [SPD]: Herr Klein, ich stelle jetzt eine Frage und lasse mir von Ihnen da keine Vorschriften machen! — Starke Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Kunick, ich frage den Abgeordneten Neumann, ob er bereit ist, eine Zwischenfrage anzunehmen!

Abg. Neumann (CDU): Er ist bereit!

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Kunick!

Abg. Kunick (SPD): Verehrter Herr Kollege Neumann, damit gar keine Zweifelsfragen auftauchen! Sind Sie denn auch bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei in Bremen vor zirka einem Vierteljahr beschlossen hat, das bis dahin in wechselnder Reihenfolge beim Verlag Schmalfeldt gedruckte Blatt „Bremer Bürgerzeitung“ einzustellen, so daß Sie auch von daher überhaupt keine Vermutung hinsichtlich Artikel 84 ableiten können?

(B)

Abg. Neumann (CDU): Über meine Vermutung habe ich ja noch gar nichts gesagt!

(Heiterkeit)

Ich bin ja gerade dabei zu erklären, was ich vermute oder nicht vermute. Ich wollte nur sagen, das Thema einer anderen Sonntagszeitung können Sie in diesem Zusammenhang vergessen. Ich bitte auch, das hier nicht miteinander zu verquicken!

Meine Damen und Herren, was die Befangenheit angeht, da nehme ich zur Kenntnis, was Sie hier gesagt haben. Es hätte ja sein können, weil Sie überall Ihre Leute unterbringen, daß Sie sie auch irgendwie da untergebracht hätten. Ich meine, das ist ja nicht unwahrscheinlich!

(Beifall bei der CDU)

Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie hier sagen, von uns, denjenigen SPD-Abgeordneten, die hier im Saal sitzen, ist keiner wirtschaftlich direkt oder indirekt, wie es der Artikel 84 meint, mit dem Verlag Schmalfeldt verbunden. Das ist eine klare Aussage. Der Fall ist erledigt.

Aber, Herr Kollege Kunick, Sie müssen natürlich auch Verständnis haben, wenn es hier darum geht, letztlich einen der SPD nahestehenden Verlag zu sanieren, denn Dinné hat recht, wenn er sagt, die

(C) Folge sei natürlich, wenn er nicht saniert werde, daß die SPD Nachteile habe.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Und Sie Vorteile, das ist doch klar!)

Die SPD Nachteile! Daß hier mindestens der Anschein gegeben ist, selbst wenn er unter Artikel 84 nicht zu fassen ist, daß Sie im Grunde alle befangen sind, weil es hier um Ihre eigenen Vor- oder Nachteile geht!

(Beifall bei CDU und BGL)

Diese kollektive Befangenheit gibt es aber nicht.

Ich hielt es für eine Pflicht des Anstands, hier nicht noch selbst einen so abstrusen Antrag einzubringen. Den haben Sie anscheinend nicht, deswegen werden wir das hinnehmen müssen. Das Thema ist für mich aus dieser Sicht erledigt.

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren! Herr Präsident, ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, daß Sie an das Erscheinungsbild appellieren, das das Parlament abgibt. Ich will nur einmal Revue passieren lassen, was denn eigentlich passiert ist.

(Abg. Aulfes [SPD]: Was hat das denn mit der Geschäftsordnung zu tun?)

Ich komme zum Schluß!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das würde ich noch als zur Geschäftsordnung gehörig ansehen! — Bitte sehr! (D)

Abg. Neumann (CDU): Es ist doch nichts anderes passiert, als daß hier ein Antrag eingebracht worden ist, der einen bestimmten — —.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sie mußten ihr das noch aufschreiben, sonst hätte sie das nicht geschafft! — Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Jetzt muß ich einmal das Wort zu einer persönlichen Erklärung nach Paragraph 42 der Geschäftsordnung haben!)

Präsident Dr. Klink: Bitte, fahren Sie fort, Herr Abgeordneter Neumann!

Abg. Neumann (CDU): Es ist ein Antrag eingebracht worden, der einen bestimmten Sachverhalt kritisiert. Es ist ein Beitrag des Kollegen Klein erfolgt aus Sicht der Opposition, auch vom Kollegen Adamietz, da wurde nicht Ihnen gegenüber davon gesprochen, daß Sie Faschisten, Kommunisten oder sonst etwas seien, sondern es wurde kritisiert, was Sie vorhaben. Das gleiche hat der FDP-Fraktionsvorsitzende gemacht.

(Zuruf des Abg. Kunick [SPD])

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich, Herr Präsident, nicht wundern, und deswegen bitte ich, die Appelle auch einmal an die Fraktionen zu richten, an die sie gerichtet werden müssen, wenn in einer solchen Debatte die SPD — nehmen Sie es mir ab, und fragen Sie alle die, die hier zugehört haben! —

(A) ein klägliches Bild bietet, sich in Verbalinjurien flüchtet! Den einen vergleichen Sie mit der KPD, den anderen, Sie, Herr Kunick, bringen Sie in die Nähe des Nationalsozialismus, nur weil Sie keine Argumente mehr auf der Flinte haben! Unterlassen Sie dies!

(Beifall bei CDU und BGL)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, es wird wahrscheinlich immer sehr schwierig sein, endgültig zu sagen, woran es liegt. Wir sollten uns alle kritisch fragen, welchen Beitrag wir durch unser Verhalten — jeder einzelne — erbringen können, daß das Erscheinungsbild dieses Parlaments wieder etwas in der Öffentlichkeit aufgewertet werden kann!

Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Thape.

Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich bedauere, mich noch einmal zu Wort melden zu müssen, weil ja nun aus politischen Unterstellungen auch persönliche Verunglimpfungen geworden sind, und zwar gegen Senatsdirektor Dr. Hennemann. Ich bedauere das und weise diese Angriffe als völlig haltlos zurück!

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Hennemann hat seiner Verpflichtung genügt, den Senat zu unterrichten, und zwar in Ortsabwesenheit seines Senators, den er sonst unterrichtet hätte. Das erwarten wir auch. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

(B)

Entscheidungen des Bürgerschaftsausschusses oder der Bürgerschaftsausschüsse wurden damit überhaupt nicht vorweggenommen. Es wurde lediglich festgestellt, und zwar schon im Senat, daß eine beantragte Eigentumsbeteiligung — auch nur vorübergehend — als Teil eines Sanierungskonzepts nicht erfolgen solle und nicht in Frage komme.

Das ist doch eine völlig klare Verhaltensweise, über die zu rätseln und sie mit Unterstellungen zu versehen überhaupt keine Ursache besteht. Ich verstehe die ganze Diskussion, muß ich ehrlich sagen, nur noch als eine parteipolitische Auseinandersetzung, die aber mit der Sache selbst nichts mehr zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Wie weit das geht, hat der Fraktionsvorsitzende der FDP gerade bewiesen durch seinen letzten Beitrag.

Zunächst einmal, Herr Abgeordneter Lahmann, der Senat trifft natürlich seine eigenen Entscheidungen, ob er vertrauliche Vorlagen veröffentlichen will oder nicht! Ich habe Ihnen heute vormittag gesagt, wir werden dies nicht tun, auch in Zukunft nicht. Sie können noch soviel jammern, das wird sich nicht ändern.

Was mich gewundert hat, ist, daß Sie heute morgen gesagt haben, Sie könnten zu den Dingen nicht Stellung nehmen, weil Ihnen diese geheimnisvolle Unterlage fehle, aber am Nachmittag stellen Sie ganz kate-

gorisch fest, diese Bürgerschaftsbewilligung komme überhaupt nicht in Frage. Daß es hier um ein parteipolitisches Argument geht, kann man doch wirklich nicht besser darstellen, als Sie das hier getan haben!

(C)

(Beifall bei der SPD — Abg. Lahmann [FDP]: Das ist doch das letzte, was Sie da erzählen! Stundenlang wird zitiert aus den Vorlagen!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Monnerjahn.

(Abg. Dr. Monnerjahn [SPD]: Sind wir noch in der Geschäftsordnungsdebatte?)

Nein, die Geschäftsordnungsdebatte ist abgeschlossen!

(Abg. Dr. Monnerjahn [SPD]: Auch Artikel 84?)

Auch Artikel 84 ist nach Meinung des Präsidiums nach dem Verlauf der Debatte, nach dem Austausch der Argumente kein Ansatz für den Vorstand, tätig zu werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

(Abg. Adamietz [BGL]: Herr Präsident, ich möchte nur einen Änderungsantrag stellen!)

Sie haben dreimal zu diesem Punkt gesprochen. Nach der Geschäftsordnung haben Sie keine Möglichkeit mehr.

(D)

(Starke Unruhe)

Frau Abgeordnete Hänecke will gemäß Paragraph 42 der Geschäftsordnung eine Erklärung abgeben zur Abwehr persönlicher Angriffe. Bitte sehr, Frau Hänecke!

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte tatsächlich versuchen, einen persönlichen Angriff, den Herr Wedemeier gegen mich gestartet hat, abzuwehren. Es ist die klare Arroganz der Macht, Herr Wedemeier, die aus Ihren Worten spricht. Ich brauche mir nicht aufschreiben zu lassen, was ich hier zu sagen habe.

Ich habe Ihnen zu Beginn meiner Ausführungen erklärt, daß ich mich als Abgeordnete dieses Parlaments mißbraucht fühle, wenn Sie als SPD einen Antrag zu diesem Tatbestand einbringen, obwohl dieser Verlag einem Unternehmen angehört, das der SPD gehört. Das habe ich Ihnen erklärt zu Beginn meiner Ausführungen.

Ich möchte Sie bitten, das, was Sie hier in Zwischenrufen so unqualifiziert ins Haus geschleudert haben, zurückzunehmen, da ich mich wirklich persönlich angegriffen fühle!

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung.

(A) Wir haben drei Anträge vorliegen.

Herr Abgeordneter Adamietz, bei Ihnen war eine Wortmeldung, die nicht mehr möglich war, oder war es ein Hinweis auf einen Antrag?

(Unruhe)

Entschuldigung, wir müssen Klarheit über die Abstimmung haben! Bitte sehr!

Abg. **Adamietz** (BGL): Ich weiß nicht, ob ich zur Sache gesprochen habe, und welches Geschäftsordnungsbeiträge waren!

Präsident Dr. Klink: Darauf achten wir! Zur Sache haben Sie dreimal gesprochen.

(Abg. **Adamietz** [BGL]: Ich weiß nicht, ob ich zur Sache — —!)

Haben Sie nun Anträge, oder haben Sie sie nicht?

(Abg. **Adamietz** [BGL]: Ich möchte einen Änderungsantrag zum Antrag der SPD stellen! Dazu muß ich den Antrag erst einmal noch haben! Der ist vorhin ja so schnell verlesen worden! — Abg. **Neumann** [CDU]: Das kann er nicht abstimmen! Das ist doch völlig klar! Ich habe auch keine!)

Ich lese Ihnen einmal den Antrag vor, Herr Abgeordneter Adamietz, dann können Sie mir sagen, wo die Änderung gewünscht wird.

(B) Der Antrag lautet: „Die Bürgerschaft begrüßt, daß der Senat die Anträge eines Bremer Druckhauses auf Unternehmenshilfe in den ordentlichen Beratungsgang der Bürgerschaftsausschüsse einleitet. Die Bürgerschaft erklärt, daß Staatsbeteiligungen an Vertragshäusern nicht Gegenstand von Landeshilfen sein können.“

Soweit der Antrag! Wenn dazu eine Änderung gewünscht wird, dann bitte ich, mir diese einzureichen!

(Abg. **Dr. Cassens** [CDU]: Wann bekommen wir den Antrag? — Abg. **Dinné** [BGL]: Dazu wollen wir eine Änderung einbringen! — Abg. **Neumann** [CDU]: Der Antrag muß vorliegen! Sonst stimmen wir nicht ab!)

Also gut, meine Damen und Herren, ich setze jetzt die weitere Abstimmung — wir sind im Abstimmungsvorgang — aus. Wir treten in die Kaffeepause ein.

(Zurufe)

Ja, die sollen alle ihren Willen haben!

Wir treten in 20 Minuten wieder zusammen. Es gibt dann zu diesem Punkt keine Debatte mehr, sondern es wird nur noch abgestimmt. Dann ist die Tagesordnung des Landtags erledigt.

(Abg. **Dinné** [BGL]: Nein, wir haben Änderungsanträge!)

Natürlich! Dann wird abgestimmt, aber nicht mehr debattiert!

(C) Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) für 20 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung 15.33 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 15.55 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung, und zwar haben wir mehrere Anträge. Ich hoffe, daß sie verteilt sind beziehungsweise zur Verteilung kommen. Meine Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung. Es war heute eine Unruhe, wir wollen sie jetzt nicht fortsetzen! Es liegt der Antrag der CDU-Fraktion vor. Über ihn will ich zuerst abstimmen lassen, und zwar ziffernweise, außerdem liegt der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion vor mit der Drucksachen-Nummer 10/147, und zwar gibt es da eine ganz geringfügige Änderung: „der Bürgerschaftsausschüsse“, nicht „der Bürgerschaftsausschüsse“!

Dazu ist ein Änderungsantrag der Bremer Grünen Liste eingereicht worden, der in Satz 1 des Antrags der Fraktion der SPD folgende Änderung vorsieht: hinter dem Wort „Unternehmenshilfe“ die Worte anzufügen „ordentlich behandelt und folglich“.

(Abg. **Neumann** [CDU]: Dazu ist er doch verpflichtet, daß er sie ordentlich behandelt!)

(D)

Es würde also heißen: Der SPD-Antrag lautet: „Die Bürgerschaft begrüßt, daß der Senat die Anträge eines Bremer Druckhauses auf Unternehmenshilfe“ — jetzt kommt die Einfügung von der Bremer Grünen Liste — „ordentlich behandelt und folglich in den ordentlichen Beratungsgang der Bürgerschaftsausschüsse einleitet.“

(Abg. **Klein** [CDU]: Das ist ein weißer Schimmel!)

Meine Damen und Herren, das ist der Änderungsantrag zum SPD-Antrag, und dann liegt ein Entschließungsantrag der Bremer Grünen Liste mit der Drucksachen-Nummer 10/146 vor:

„Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, die Senatsvorlage vom 17. März 1980 betreffend Sanierungskonzept Schmalfeldt zur Kenntnisnahme an die Abgeordneten zu erhalten.“

In dieser Reihenfolge werde ich auch abstimmen lassen, meine Damen und Herren.

Ich lasse zuerst über den CDU-Antrag absatzweise abstimmen.

Ich rufe auf die Drucksache 10/130 — Entschließungsantrag der CDU —, und zwar den Teil „Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt“ bis einschließlich Ziffer 1.

(A) Wer diesem Teil seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Teil eins des Antrags ab.

Ich rufe jetzt die Ziffer 2 des Antrags auf.

Wer der Ziffer 2 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, auch die Ziffer 2 ist abgelehnt. Damit ist der gesamte Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Antrag 10/147 auf, vorgelegt von der SPD-Fraktion. Hierzu ist ein Änderungsantrag eingegangen von der Bremer Grünen Liste. Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag abstimmen, und zwar nach dem Wort „Unternehmenshilfe“ die Worte anzufügen „ordentlich behandelt und folglich“.

Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B)

(Dafür BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Teile der FDP)

Stimmenthaltungen?

(CDU und Teile der FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Änderungsantrag ab.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/147.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP und BGL)

Stimmenthaltungen?

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag zu.

Nunmehr rufe ich den Entschließungsantrag der Bremer Grünen Liste mit der Drucksachen-Nummer 10/146 auf.

Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Entschließungsantrag ab.

Meine Damen und Herren, damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wahl von neun Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern eines nichtständigen Ausschusses „Hochschulreform“

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in der gestrigen Sitzung einen aus neun Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern bestehenden nichtständigen Ausschuß zu folgendem Thema eingesetzt: „Erfahrungen und Ergebnisse der Hochschulreform in Bremen und Fortschreibung des Bremischen Hochschulgesetzes“.

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen hektographiert vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie die anderen Mitglieder des Hauses die Wahl hier vornehmen wollen. Ich bitte darum, daß über den Wahlvorschlag der Fraktion der FDP gesondert abgestimmt wird.

(Abg. Neumann [CDU]: Der SPD?)

(D)

Der FDP! Der Freien Demokratischen Partei! Ich möchte das auch begründen.

Wir werden diesen Wahlvorschlag unterstützen und die der beiden anderen Fraktionen nicht, weil wir in dem Verhalten der anderen Fraktionen gesehen haben, daß sie nicht bereit sind, in Ausschüssen, die das Haus einsetzt, alle politischen Kräfte in diesem Hause zu berücksichtigen, um so dann tatsächlich allen politischen Kräften auch die Möglichkeit zu geben, Entscheidungen vorzubereiten.

Das ist für uns deswegen besonders bemerkenswert, weil gerade wir Grünen immer wieder speziell von der SPD angegriffen werden mit dem Argument, nun macht einmal Sacharbeit, beteiligt euch hier an den einzelnen Vorbereitungen und ähnliches. Wenn es dann aber konkret darum geht, daß dieses Haus etwa Ausschüsse einsetzt, die so etwas vorbereiten sollen, wird uns natürlich nicht die Gelegenheit gegeben, dort vertreten zu sein.

Das bedeutet, das kann ich hier nur andeuten, daß wir die Ergebnisse dieses Ausschusses natürlich in allen Fragen, die dort diskutiert werden, hier in das Plenum hineintragen müssen.

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Wir kommen zur Wahl.
 Ich verstehe das Petitum des Abgeordneten Adamietz so, daß wir geteilt abstimmen. Das setzt voraus, daß wir die Wahl per Akklamation vornehmen.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß Paragraph 58 Absatz 3 der Geschäftsordnung per Akklamation vornehmen.

Ergibt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Ich lasse dann entsprechend dem Wunsch des Abgeordneten Adamietz getrennt über diesen Wahlvorschlag abstimmen.

Ich rufe deswegen zuerst den Wahlvorschlag der FDP-Fraktion auf, Professor Dr. Holl, Stellvertreter Ernst von Schönfeldt.

Wer diesem Teil des Vorschlags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!
 Stimmenthaltungen?

(Abg. v. Schönfeldt [FDP])

Ich stelle fest, dieser Teil hat die Zustimmung des Hauses gefunden, und zwar des ganzen Hauses. (C)

Jetzt rufe ich den restlichen Teil auf.

Wer dem restlichen Teil des Vorschlags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Kröning [SPD])

Ich stelle fest, bei Gegenstimmen der Vertreter der Bremer Grünen Liste ist auch der Rest des Vorschlags akzeptiert. Damit ist der gesamte Vorschlag akzeptiert.

Ich bitte den Abgeordneten Fluß, die konstituierende Sitzung des Ausschusses einzuberufen!

Meine Damen und Herren, damit ist die Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) erledigt.

Ich schließe die Sitzung und wünsche unseren Kollegen aus Bremerhaven einen guten Heimweg.

(Schluß der Sitzung 16.05 Uhr)

(B)

(D)